



LSV BS SH | Brunswiker Str. 16-22 | 24105 Kiel

An:

Die Delegierten zum LSP der BS SH

Die Schülervertretungen der
berufsbildenden Schulen in SH

Kiel, der 29. Dezember 2025

Liebe Delegierte, liebe Schülervertretungen,

anbei erhaltet ihr das Protokoll zum

94. Landesschüler*inneparlament der berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein

,dass am Freitag, den 28.11.2025, sowie am Samstag, den 29.11.2025 ab jeweils 09:00
im RBZ Eckener-Schule, Friesische Lücke 15, 24397 Flensburg

stattgefunden hat.

Wie immer haben wir für das Protokoll viel Zeit und Mühe aufgewendet, daher lest es euch
bitte aufmerksam durch und meldet euch bei Fragen oder Anmerkungen unter
inneres@bs.schuelervertretung.de.

Sämtlicher Dokumente im Zusammenhang mit dem 94. LSP wie Anträge, Änderungsanträge
und vor allem die gefassten Beschlüsse befinden sich im Anhang zum Protokoll.

Das Protokoll ist in mehrere Abschnitte gegliedert. Anbei folgt eine Übersicht zum
Nachschlagen:

Ab Seite	Abschnitte
35	Tagesordnung
36	Tätigkeitsberichte
50	Bewerbungen
68	Alle Anträge & Änderungsanträge
194	Beschlüsse (ggf. in geänderter Form)

Mit freundlichen Grüßen

Magnus Erdmann

Landesschüler*innensprecher der berufsbildenden Schulen in SH

Protokoll des 94. Landesschülerparlament

Datum: 28.11.- 29.11.2025

Beginn: 9:06 Uhr

Ort: RBZ Eckener-Schule Flensburg

Anwesenheit: Beschlussfähig, Liste im Archiv
der Geschäftsstelle der LSVen.

TOP 1: Begrüßung und Grußworte

TOP 1.1: Begrüßung

Magnus Erdmann eröffnet in seiner Funktion als Landesschüler*innensprecher der BS in SH die Sitzung und begrüßt alle herzlich zum 94. Landesschülerparlament.

Magnus stellt sich vor und redet über das geplante Vorgehen für die kommenden Stunden.

Ilmira Michak stellt sich und ihre Aufgaben als LVL der BS vor.

TOP 1.2: Wahl des Präsidiums

Magnus fährt mit der Tagung fort und stellt den Vorschlag des Landesvorstandes zur Besetzung des Präsidiums vor:

- Mina Engelmann als Sitzungspräsidentin.
- Süeda-Nur Okurlar als stellv. Sitzungspräsidentin.
- Ella Bös, Jannes Hagemeier und Sophie Scholz als Beisitzer*innen

Wahl des Präsidiums in vorgeschlagener Zusammensetzung:

Dafür = 28

Dagegen = 0

Enthaltungen = 0

Der Vorschlag des Landesvorstandes für das Präsidium ist angenommen.

TOP 1.3: Grußworte

Uta Wentzel (Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Flensburg, sowie Sprecherin für Minderheiten, Existenzgründung, Digitalisierung und Inklusion an Schulen) hält ein Grußwort.

Die Landesschülervertretung

der Berufsbildenden Schulen in
Schleswig - Holstein



TOP 2: Podiumsdiskussion

Es findet eine Podiumsdiskussion statt.

An der Podiumsdiskussion nehmen

Jannes Hagemeier als Moderator,
Tom Schröder (Junge Liberale),
Georgios Strantasis (Jusos),
Tobias Süß (SDS Flensburg),
Roman Grein (Stadtschüler*innensprecher Flensburg) und
Magnus Erdmann (Landesschüler*innensprecher der LSV BS SH)

teil.

TOP 3: Tagesordnung und Protokoll

Mina Engelmann stellt die vom LSV-Vorstand vorgeschlagene Tagesordnung (siehe Anhang) vor.

Abstimmung über den Vorschlag der Tagesordnung

Dafür = 29

Dagegen = 0

Enthaltung = 0

Der Vorschlag zur Tagesordnung ist einstimmig angenommen.

Mina Engelmann stellt fest, dass das Protokoll des 93. LSP allen Delegierten fristgerecht zugegangen ist.

Abstimmung über das Protokoll des 93. LSP

Dafür = 29

Dagegen = 0

Enthaltung = 0

Das Protokoll des 93. LSP ist einstimmig angenommen.

TOP 4: Kennlernspiele

Es werden Kennenlernspiele durchgeführt.

TOP 5: Einarbeitungsphase

Es wird eine Einarbeitungsphase durchgeführt.

- Die Delegierten werden dazu in drei Gruppen aufgeteilt und von Magnus Erdmann, Rasmus Wendt und Jannes Hagemeier in die Delegierten Arbeit und Abläufe des LSP eingeführt.

TOP 6: Berichtswesen und Entlastung

Berichte werden vorgetragen und Entlastungsreden gehalten.

- Magnus Erdmann beginnt mit dem Vortrag seines Berichts als LSS.

– GO-Antrag –

(Rasmus Wendt, 13:28 Uhr)

Unterbrechung der Sitzung für 20 Minuten.

- Keine Gegenrede

Die Sitzung wird für 20 Minuten unterbrochen.

– Die Sitzung wird um 13:28 Uhr unterbrochen–

– Die Sitzung wird um 13:50 Uhr fortgesetzt –

- Magnus trägt seinen Bericht weiter vor und hält ebenfalls den Finanzbericht und den Bericht des LSB-Delegierten.
 - Es werden keine Fragen an Magnus gestellt.
- Leni trägt ihren Bericht als Fachkoordinatorin für Öffentlichkeitsarbeit vor.
 - Es werden Fragen an Leni gestellt und beantwortet.
- Jannes trägt seinen Bericht als Fachkoordinator für Projekte vor.
 - Es werden keine Fragen an Jannes gestellt.
- Süeda trägt ihren Bericht als Fachkoordinatorin für Inneres vor und hält ihren Tätigkeitsbericht (TB1).
 - Es werden Fragen an Süeda gestellt und von ihr beantwortet.

Die Landesschülervertretung

der Berufsbildenden Schulen in
Schleswig - Holstein



- Magnus Erdmann wird ein Ordnungsruf erteilt (14:22 Uhr)

-> Der Ordnungsruf wird nach Klarstellung zurückgezogen.

Entlastung von Süeda-Nur Okurlar

Dafür = 33

Dagegen = 0

Enthaltung = 0

Süeda Nur-Okurlar ist einstimmig entlastet.

- Aisha Badjie hält ihren Tätigkeitsbericht (TB2).
- Keine Fragen werden gestellt.

Entlastung von Aisha Badjie

Dafür = 32

Dagegen = 0

Enthaltung = 1

Aisha Badjie ist einstimmig entlastet.

- Lukas Brach hält seinen Tätigkeitsbericht (TB3).
- Es werden Fragen an Lukas gestellt und von ihm beantwortet.

Entlastung von Lukas Brach

Dafür = 33

Dagegen = 0

Enthaltung = 0

Lukas Brach ist einstimmig entlastet.

Die Landesschülervertretung

*der Berufsbildenden Schulen in
Schleswig - Holstein*



- Ella hält ihren Tätigkeitsbericht (TB4).
 - Es wird eine Frage an Ella gestellt und von ihr beantwortet.

Entlastung von Ella Bös

Dafür = 30

Dagegen = 0

Enthaltung = 3

Ella Bös ist einstimmig entlastet.

- Mina hält ihren Tätigkeitsbericht (TB5).
 - Es wird eine Frage an Mina gestellt und von ihr beantwortet.

Entlastung von Mina Engelmann

Dafür = 29

Dagegen = 0

Enthaltung = 4

Mina Engelmann ist einstimmig entlastet.

Die Empfehlung zur Entlastung von Elias Görth wird vom GeVo nicht gegeben.

Auf Verlangen des GeVo wird eine Aussprache über die Entlastung durchgeführt.

- Magnus Erdmann führt eine Aussprache gegen die Entlastung.
 - Es werden Fragen gestellt und beantwortet.

Entlastung von Elias Görth

Dafür = 0

Dagegen = 33

Enthaltung = 0

Elias Görth ist einstimmig nicht entlastet.

– Die Sitzung wird um 14:54 Uhr unterbrochen –

– Die Sitzung wird um 15:04 Uhr fortgesetzt –

TOP 7: Antragsphase I

LA1: Was bleibt, was wird – Wir schreiben Zukunft

Antragsteller: Der LSV-Vorstand

Rasmus Wendt stellt den Leitantrag des LSV-Vorstandes vor und begründet ihn.

– GO-Antrag –

(Michał Mielewczyk, 15:11 Uhr)

Unterbrechung der Sitzung für 5 Minuten zum Lesen des Leitantrags.

- *Inhaltliche Gegenrede.*

(Rasmus Wendt, 15:12 Uhr)

Zum Lesen des Antrages sind mindestens 10 Minuten erforderlich.

– GO-Antrag wird zurückgezogen –

– GO-Antrag –

(Jasper von Lewinski, 15:13 Uhr)

Unterbrechung der Sitzung für 10 Minuten zum Lesen des Leitantrages

- *Keine Gegenrede*

Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen.

– Die Sitzung wird um 15:13 Uhr unterbrochen –

– Die Sitzung wird um 15:23 Uhr fortgeführt –

- Es werden Wortbeiträge zum Leitantrag gehalten.

Die Landesschülervertretung

der Berufsbildenden Schulen in
Schleswig - Holstein



– GO-Antrag –

(Tom Balda, 15:40 Uhr)

Unterbrechung der Sitzung für 5 Minuten zum Fertiglesen des Leitantrags.

- Inhaltliche Gegenrede.

(Magnus Erdmann, 15:41 Uhr)

S1 vorziehen und LA1 anschließend beraten, damit keine Zeit verloren geht.

– GO-Antrag wurde zurückgezogen –

– GO-Antrag –

(Magnus Erdmann, 15:42 Uhr)

Änderung der Antragsreihenfolge: S1 vor LA1 beraten.

- Keine Gegenrede

S1 wird vor LA1 beraten.

TOP 8: Antragsphase II

S1: Satzung der Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen

Antragsteller: Der LSV-Vorstand

Rasmus Wendt stellt den Satzungsänderungsantrag des LSV-Vorstandes vor und begründet ihn.

Abstimmung über die Satzungsänderung S1

Dafür = 34

Dagegen = 0

Enthaltungen = 0

Die Satzungsänderung ist einstimmig beschlossen.

Fortsetzung des TOP 7: Antragsphase I

- Aisha Badjie wird vom Präsidium das Rederecht erteilt.

Die Landesschülervertretung

der Berufsbildenden Schulen in
Schleswig - Holstein



- Es werden Wortbeiträge zum Leitantrag gehalten.

- Jannes Hagemeier wird ein Ordnungsruf erteilt.

-> Unangemessene Formulierung im Wortbeitrag.

Abstimmung über den Leitantrag LA1

Dafür = 30

Dagegen = 1

Enthaltungen = 3

Der Leitantrag LA1 ist beschlossen.

– GO-Antrag –

(Magnus Erdmann, 16:41 Uhr)

Unterbrechung der Sitzung für 5 Minuten.

-Inhaltliche Gegenrede.

(Michał Mielewczyk, 16:42 Uhr)

5 Minuten sind nicht ausreichend, wir brauchen eine längere Pause.

– GO-Antrag wurde zurückgezogen –

– GO-Antrag –

(Magnus Erdmann, 16:43)

Unterbrechung der Sitzung für 10 Minuten.

- Keine Gegenrede.

Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen.

– Die Sitzung wird um 16:43 Uhr unterbrochen –

– Die Sitzung wird um 16:53 Uhr fortgesetzt–

Fortsetzung des TOP 8: Antragsphase II

GWO1: Geschäfts- und Wahlordnung der LSV BS SH

Antragsteller: Der LSV-Vorstand

Rasmus Wendt und Magnus Erdmann stellen den Antrag vor und begründen ihn.

Abstimmung über den Antrag GWO1

Dafür = 27

Dagegen = 0

Enthaltung = 6

Die Änderung der Geschäfts- und Wahlordnung ist einstimmig beschlossen.

TOP 9: Antragsphase III

Ein Dringlichkeits Antrag wurde gestellt. Die Dringlichkeit des Antrags wird beraten.

DA1: Wir schultern eure Krisen nicht mit einem Gewehr in der Hand!

Antragsteller*innen: Magnus Erdmann, Leni Schwarze & Nina Andrees, Jannes Hagemeier & Süeda-Nur Okular, Rasmus Wendt & Michal Mielewczyk, Marlon Dee, Malina Schütte & Robin Scheller (LSS, SV BS Oldenburg, stellv. LSS, SV RBZ Eckener-Schule Flesnburg, SV Hanse-Schule Lübeck, SV BBZ Bad Segeberg)

Magnus Erdmann erläutert die Dringlichkeit des Antrages.

Abstimmung über die Dringlichkeit des DA1

Zustimmung = 33

Dagegen = 0

Enthaltung = 0

Die Dringlichkeit des DA1 ist gegeben.

- Rasmus Wendt fragt, bis wann ein Änderungsantrag zum DA1 gestellt werden kann.
- Es erfolgen Aussprachen zur gestellten Frage.

Die Landesschülervertretung

der Berufsbildenden Schulen in
Schleswig - Holstein



-> Verfahrensvorschlag von Magnus Erdmann:

- Das LSP soll gemäß §21 Abs. 2 der GO des LSP, nach §12 Abs. 2 der GO des LSP, über die, über den Einzelfall hinausgehende, Auslegung der Formulierung "Beratung des zu ändernden Antrages" abstimmen. Zur Auswahl stehen folgende Optionen:
 1. Beim Aufrufen des Antrags.
 2. Zu Beginn der Debatte.
 3. Nach der Antragsbegründung.

Abstimmung über den Änderungsantrag

Beim Aufrufen des Antrages = 0

Zu Beginn der Debatte = 23

Nach der antragsbegründung = 4

Es dürfen bis zum Beginn der Debatte über einen Antrag Änderungsanträge zu diesem gestellt werden.

– Die Sitzung wird um 17:29 Uhr unterbrochen –

– Die Sitzung wird um 18:26 Uhr fortgeführt –

Magnus Erdmann stellt den DA1 vor und begründet ihn.

- Süeda-Nur Okurlar wird vom Präsidium das Rederecht erteilt.

Ä1 zum DA1

*Antragsteller*innen: Lia Marie Ladwig*

Lia Marie Ladwig stellt den Ä1 zum DA1 vor und begründet ihn.

- Es erfolgen Wortbeiträge zum Ä1.

Die Landesschülervertretung

der Berufsbildenden Schulen in
Schleswig - Holstein



– GO-Antrag –

(Rasmus Wendt, 18:48 Uhr)

Schließung der Rednerliste.

- Keine Gegenrede.

Die Rednerliste wird geschlossen.

- Die Wortbeiträge werden fortgesetzt.

- Die Sitzungsleitung lässt keine weiteren Zwischenfragen/-Bemerkungen für diesen TOP zu.

– GO-Antrag –

(Rasmus Wendt, 19:11 Uhr)

Festlegung der Redezeit für TOP 9 auf 2 Minuten.

- Inhaltliche Gegenrede.

(Magnus Erdmann, 19:12 Uhr)

Aufgrund der Wichtigkeit des Themas ist eine längere Redezeit erforderlich, um auf alle Punkte einzugehen.

– GO-Antrag wurde zurückgezogen –

– GO-Antrag –

(Sophie Scholz, 19:13 Uhr)

Schluss der Debatte.

- Inhaltliche Gegenrede.

(Magnus Erdmann, 19:13 Uhr)

Es ist ein wichtiges Thema, es wird noch Redezeit gebraucht, um alles Wichtige anzuhören.

Abstimmung über den GO-Antrag

Dafür = 5

Dagegen = 27

Die Debatte wird nicht geschlossen.

Die Landesschülervertretung

der Berufsbildenden Schulen in
Schleswig - Holstein



- Joan Leonie Wassermann wird ein Ordnungsruf erteilt.

->Zwischenruf bei einem GO-Antrag

– GO-Antrag –

(Rasmus Wendt, 19:14 Uhr)

Festlegung der Redezeit für TOP 9 auf 5 Minuten.

- *Inhaltliche Gegenrede.*

(Magnus Erdmann, 19:14 Uhr)

Ich kann mich nur wiederholen: Es ist ein wichtiges Thema, es wird eine längere Redezeit gebraucht, um auf alles einzugehen.

Abstimmung über den GO-Antrag

Dafür = 16

Dagegen = 15

Die Redezeit wird für TOP 9 auf 5 Minuten begrenzt.

– GO-Antrag –

(Magnus Erdmann, 19:22 Uhr)

Zulassen von Zwischenfragen/-Bemerkungen, gegen die Entscheidung der Sitzungsleitung.

- *Inhaltliche Gegenrede.*

(Jannes Hagemeier, 19:23 Uhr)

Es sollte auf Zwischenfragen/-bemerkungen verzichtet werden, um Zeit zu sparen und voranzukommen.

Abstimmung über den GO-Antrag

Dafür = 28

Dagegen = 3

Für TOP 9 werden Zwischenfragen/-bemerkungen wieder zugelassen.

- Die Wortbeiträge werden fortgesetzt.

Die Landesschülervertretung

der Berufsbildenden Schulen in
Schleswig - Holstein



– Außerordentlicher GO-Antrag –

(Rasmus Wendt, 19:22 Uhr)

Begrenzung der Zwischenfragen/-Bemerkungen auf drei pro Redebeitrag, wobei jede Person maximal eine stellen darf.

(Vom Präsidium zugelassen)

- Keine Gegenrede.

Zwischenfragen/-bemerkungen werden auf drei pro Redebeitrag begrenzt, wobei jede Person maximal eine stellen darf.

-Die Sitzung wird um 19:45 Uhr unterbrochen-

-Die Sitzung wird um 20:00 Uhr fortgeführt-

- Der Änderungsantrag Ä1 wird nicht zugelassen, da er den Inhalt des ursprünglichen Antrages betrifft.

– GO-Antrag –

(Rasmus Wendt, 20:05 Uhr)

Schluss der Debatte.

- Keine Gegenrede.

Die Debatte wird geschlossen.

Abstimmung zum DA1

Dafür = 23

Dagegen = 4

Enthaltung = 4

Der DA1 ist beschlossen.

– GO-Antrag –

(Rasmus Wendt, 20:07 Uhr)

Unterbrechung der Sitzung für 20 Minuten.

-Formelle Gegenrede.

(Magnus Erdmann, 20:07 Uhr)

Abstimmung über den GO-Antrag

Dafür = 5

Dagegen = 23

Der GO-Antrag wurde abgelehnt.

TOP 10: Wahlen

TOP 10.1: Wahl eines stellv. LSS

Bewerber: Rasmus Wendt (Bew3)

– Außerordentlicher GO-Antrag –

(Magnus Erdmann, 20:07 Uhr)

Die Vorstellung des Kandidaten auf 5 Minuten begrenzen und pro Person nur eine Frage zuzulassen.

(Vom Präsidium zugelassen)

- Keine Gegenrede.

Die Vorstellung des Kandidaten wird auf 5 Minuten begrenzt und pro Person nur eine Frage zugelassen.

Rasmus Wendt stellt sich vor.

- Fragen werden an Rasmus gestellt und beantwortet.

Wahl eines stellv. LSS

Rasmus Wendt = 25

Dagegen = 1

Enthaltung = 3

Bei 30 abgegebenen Stimmen, 29 gültigen Stimmen und 25 Zustimmungen wird Rasmus Wendt als stellv. LSS gewählt.

TOP 10.2: Wahl des weiteren Landesvorstandes

Bewerber: Natalie Mager (Bew1)
 Sophie Scholz (Bew2)
 Michal Mielewczyk (Bew4)
 Djego Möller (Bew5)
 Pelle Moritz Schöler (Bew6)
 Nina Andrees (Bew7)
 Emma Söncksen (Bew9)
 Peer Bennet Bruhn (Bew10)
 Maximilian Kohlund (Bew11)
 Ella Bös (Bew12)
 Maron Dee (Bew13)
 Emil Maack (Bew14)

– Außerordentlicher GO-Antrag –

(Magnus Erdmann, 20:35 Uhr)

Alle LaVoMi-Bewerber*innen stellen sich vor dem Präsidium auf.

(Vom Präsidium zugelassen)

- Keine Gegenrede.

Alle LaVoMi-Bewerber*innen stellen sich vor dem Präsidium auf.

Alle LaVoMi-Bewerber*innen stellen sich der Reihe nach kurz vor.

Es soll die Anzahl der zu wählenden LaVoMis festgelegt werden.

- Zu der Anzahl der zu wählenden LaVoMis erfolgen Wortbeiträge.

Abstimmung über die Anzahl der zu wählenden LaVoMis

10 = 27

9 = 0

8 = 0

Enthaltung = 3

Es sollen 10 LaVoMis gewählt werden.

Die Landesschülervertretung

der Berufsbildenden Schulen in
Schleswig - Holstein



Alle LaVoMi-Bewerber*innen stellen sich vor dem Präsidium auf.

- Es werden Fragen an die Bewerber*innen gestellt und beantwortet.

Wahl des weiteren Landesvorstandes

Bennet Bruhn, Djego Möller, Ella Bös, Emil Maack, Emma Söncksen, Marlon Dee, Maximilian Kohlhund, Michal Mielewczyk, Nina Andrees und Sophie Scholz sind mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt.

TOP 11: Antragserarbeitungsphase

Der TOP 11 wird aufgerufen.

– Die Sitzung wird am 28.11.25 um 21:47 Uhr unterbrochen –

– Die Sitzung wird am 29.11.25 um 9:01 Uhr fortgesetzt –

TOP 12: Antragsphase IV

92A16 A32 Mehr Zeit für Sportunterricht im Stundenplan

Antragsteller: Rasmus Wendt (SV des RBZ Eckener-Schule Flensburg)

- Rasmus Wendt stellt den Antrag vor.
- Mit Ausnahme des zurückgezogenen Ä2, werden alle Änderungsanträge vom Antragsteller übernommen.

Abstimmung über den Antrag 92A16 A32 in geänderter Fassung

Dafür = 22

Dagegen = 0

Enthaltung = 4

Der Antrag 92A16 A32 ist in geänderter Fassung beschlossen.

93A5 Echte Lösungen für echte Probleme - Kein Toiletten-Terror in den Schulen!

Antragsteller: Landesschüler*innensprecher Magnus Erdmann

- Magnus Erdmann stellt den Antrag vor.

Die Landesschülervertretung

der Berufsbildenden Schulen in
Schleswig - Holstein



Abstimmung über den Antrag 93A5

Dafür = 25

Dagegen = 0

Enthaltung = 1

Der Antrag 93A5 ist einstimmig beschlossen.

93A11 Sicheres lernen garantieren – Schutz vor sexualisierter Gewalt in Schule & Betrieb

Antragsteller: Magnus Erdmann (stellv. LSS)

- Magnus stellt den Antrag vor.

– Außerordentlicher GO-Antrag –

(Rasmus Wendt, 9:18 Uhr)

Ein Stimmungsbild durchführen, um festzustellen, ob die einzelnen Schulen etwas zum Orange Day gemacht haben.

(Vom Präsidium zugelassen)

- Keine Gegenrede.

Es wird ein Stimmungsbild durchgeführt.

Stimmungsbild

Ja, wir haben zu dem Orange Day an der Schule etwas unternommen. = 14

Nein, unsere/meine Schule hat nichts zum Orange Day gemacht = 14

Ich habe nicht mitbekommen, ob etwas unternommen wurde. = 1

- Es werden Wortbeiträge zum Antrag gehalten.

Abstimmung über den Antrag 93A11

Dafür = 25

Dagegen = 0

Enthaltung = 1

Der Antrag 93A11 ist einstimmig beschlossen.

Die Landesschülervertretung

der Berufsbildenden Schulen in
Schleswig - Holstein



93A22 Kopfsache! – Unterricht für die Seele

Antragsteller*innen: Jannes Hagemeyer; Magnus Erdmann; Aisha Badjie; Rasmus Wendt (SV-RBZ am Königsweg; Stellv. Landesschüler*innensprecher; Stellv Landesschüler*innensprecher, SV-RBZ Eckener Schule)

- Jannes Hagemeyer stellt den Antrag vor.

Ä1 zum Antrag 93A22

Antragsteller: Magnus Erdmann

- Magnus erläutert den Änderungsantrag.
- Der Änderungsantrag Ä1 wird vom Antragsteller übernommen.

Abstimmung über den Antrag 93A22 in geänderter Fassung

Dafür = 25

Dagegen = 0

Enthaltung = 1

Der Antrag 93A22 ist in geänderter Fassung einstimmig beschlossen.

93A23 Rat mal, wer mitreden darf? – Der Klassenrat kommt!

Antragsteller*innen: Jannes Hagemeyer; Magnus Erdmann; Aisha Badjie; Rasmus Wendt (SV-RBZ am Königsweg; Stellv. Landesschüler*innensprecher; Stellv Landesschüler*innensprecher; SV-RBZ Eckener Schule)

- Jannes Hagemeyer stellt den Antrag vor.

Ä1 zum Antrag 93A23

Antragsteller: Magnus Erdmann

- Ä1 wird vom Antragsteller angenommen

Abstimmung über den Antrag 93A23 in geänderter Fassung

Dafür = 20

Dagegen = 0

Enthaltung = 4

Der Antrag 93A23 ist in geänderter Fassung einstimmig beschlossen.

Die Landesschülervertretung

der Berufsbildenden Schulen in
Schleswig - Holstein



93A24 Pflaster für alle! – Erste Hilfe First

Antragstellerin: Jannes Hagemeyer; Magnus Erdmann; Aisha Badjie; Rasmus Wendt (SV-RBZ am Königsweg;
Stellv. Landesschüler*innensprecher; Stellv Landesschüler*innensprecher; SV-RBZ Eckener Schule)

- Jannes Hagemeyer stellt den Antrag vor.
 - Verständnisfragen werden gestellt und beantwortet.

Ä1 zum Antrag 93A24

Antragsteller: Magnus Erdmann

- Der Änderungsantrag Ä1 wird vom Antragsteller übernommen.

- Es werden Wortbeiträge zum Antrag gehalten.

– Außerordentlicher GO-Antrag –

(Magnus Erdmann, 9:41 Uhr)

Zur Feststellung, welche Schulen über einen eigenen Sanitätsdienst verfügen, ein Stimmungsbild durchführen.

(Vom Präsidium zugelassen)

- Keine Gegenrede

Es wird ein Stimmungsbild durchgeführt.

Stimmungsbild

Wir haben einen Schulsanitätsdienst	= 8
Wir haben keinen schul Sanitätsdienst	= 20
Wir würden gerne einen aufbauen	= 15

- Es werden Wortbeiträge zum Antrag gehalten.

Die Landesschülervertretung

der Berufsbildenden Schulen in
Schleswig - Holstein



Abstimmung über den Antrag 93A24 in geänderter Fassung

Dafür = 23

Dagegen = 0

Enthaltung = 1

Der Antrag 93A24 ist in geänderter Fassung einstimmig beschlossen.

93A26 Aufklärung statt Verharmlosung: Antifaschismus ins Curriculum

Antragsteller*innen: Jannes Hagemeyer; Magnus Erdmann; Aisha Badjie; Rasmus Wendt (SV-RBZ am Königsweg; Stellv. Landesschüler*innensprecher; Stellv Landesschüler*innensprecher; SV-RBZ Eckener Schule)

- Jannes Hagemeyer stellt den Antrag vor.

Ä1 zum Antrag 93A26

Antragsteller: Magnus Erdmann

- Der Änderungsantrag Ä1 wird vom Antragsteller übernommen.

Abstimmung über den Antrag 93A26 in geänderter Fassung

Dafür = 21

Dagegen = 0

Enthaltung = 6

Der Antrag 93A26 ist in geänderter Fassung einstimmig beschlossen.

93A27 Schule soll nicht schweigen lehren

Antragsteller*innen: Jannes Hagemeyer; Magnus Erdmann;; Aisha Badjie; Rasmus Wendt (SV-RBZ am Königsweg; Stellv. Landesschüler*innensprecher; Stellv Landesschüler*innensprecher; SV-RBZ Eckener Schule)

- Jannes Hagemeyer stellt den Antrag vor.

Ä1 zum Antrag 93A27

Antragsteller: Magnus Erdmann

- Der Ä1 wird von Magnus Erdmann erläutert.
- Der Änderungsantrag Ä1 wird vom Antragsteller übernommen.

Die Landesschülervertretung

der Berufsbildenden Schulen in
Schleswig - Holstein



Abstimmung über den Antrag 93A27 in geänderter Fassung

Dafür = 14

Dagegen = 4

Enthaltung = 8

Der Antrag 93A27 ist in geänderter Fassung beschlossen.

- Rasmus Wendt wird ein Ordnungsruf erteilt.

-> Zwischenruf außerhalb eines Redebeitrags.

93A29 Psychosozial Herausgeforderte nicht alleinlassen - Schulbegleitungen konzeptionieren!

Antragsteller: Landesschüler*innensprecher (Magnus Erdmann)

- Magnus Erdmann stellt den Antrag vor.

- Der Änderungsantrag Ä1 wird nicht zugelassen, da er den Antrag inhaltlich nicht verändert.

Abstimmung über den Antrag 93A29

Dafür = 26

Dagegen = 0

Enthaltung = 1

Der Antrag 93A29 ist einstimmig beschlossen.

93A31 Tagesordnungspunkt: Revolution light

Antragsteller: Jannes Hagemeier, Magnus Erdmann (SV-RBZ am Königsweg, Stellv. Landesschüler*innensprecher)

- Jannes Hagemeier stellt den Antrag vor.

Abstimmung zum Antrag 93A31

Dafür = 18

Dagegen = 1

Enthaltung = 6

Der Antrag 93A31 ist beschlossen.

– Außerordentlicher GO-Antrag –

(Magnus Erdmann, 10:11 Uhr)

Einen Energizer durchführen.

(Vom Präsidium zugelassen)

- Keine Gegenrede

Es wird ein Energizer durchgeführt.

93A32 Statt Streikverbot: Streikverstehen

Antragsteller: Jannes Hagemeier, Magnus Erdmann (SV-RBZ am Königsweg, Stellv. Landesschüler*innensprecher)

- Jannes Hagemeier stellt den Antrag vor

Ä1 zum Antrag 93A32

Antragsteller: Magnus Erdmann

- Der Ä1 wird von Magnus Erdmann erläutert.
- Der Änderungsantrag Ä1 wird vom Antragsteller übernommen.
- Es werden Wortbeiträge zum Antrag gehalten.

Abstimmung zum Antrag 93A32 in geänderter Fassung

Dafür = 17

Dagegen = 1

Enthaltung = 7

Der Antrag 93A32 ist in geänderter Fassung beschlossen.

93A33 Haushaltsplan statt Hausaufgaben

Antragsteller: Jannes Hagemeier (SV des RBZ am Königsweg)

- Jannes Hagemeier stellt den Antrag vor.

Ä1 zum Antrag 93A33

Antragsteller: Magnus Erdmann

- Der Änderungsantrag Ä1 wird vom Antragsteller übernommen.
- Es werden Wortbeiträge zum Antrag gehalten.

– Außerordentlicher GO-Antrag –

(Joan Wassermann, 10:50 Uhr)

Zur Feststellung, welche Schulen schon einmal einen Zukunftstag durchgeführt haben, ein Stimmungsbild durchführen.

- Keine Gegenrede

Es wird ein Stimmungsbild durchgeführt.

Stimmungsbild

Wir hatten schon einen Zukunftstag = 11

Wir hatten noch keinen Zukunftstag = 16

Wir hätten gerne einen Zukunftstag = 16

– Die Sitzung wird um 11:01 Uhr unterbrochen –

– Die Sitzung wird um 11:05 Uhr fortgesetzt –

Ä2 zum Antrag 93A33

Antragstellerin: Leni Schwarze

- Der Änderungsantrag Ä2 wird vom Antragsteller übernommen.
- Die Wortbeiträge zum Antrag werden fortgesetzt.

Die Landesschülervertretung

der Berufsbildenden Schulen in
Schleswig - Holstein



Abstimmung über den Antrag 93A33 in geänderter Fassung

Dafür = 21

Dagegen = 1

Enthaltung = 4

Der Antrag 93A33 ist in geänderter Fassung beschlossen.

93A38 Unterstützung für SVen ist kein "kann" - Verbindungslehrkräfte sind Pflicht!

Antragsteller: Der LSV-Vorstand

- Rasmus Wendt stellt den Antrag vor.

Abstimmung über den Antrag 93A38

Dafür = 18

Dagegen = 0

Enthaltung = 9

Der Antrag 93A38 ist einstimmig beschlossen.

93A39 Mehr Raum für Partizipation: Freistellungen ausweiten!

Antragsteller: Der LSV-Vorstand

- Rasmus Wendt stellt den Antrag vor.
 - Zwischenfragen werden gestellt und beantwortet.

Abstimmung über den Antrag 93A39

Dafür = 26

Dagegen = 0

Enthaltung = 1

Der Antrag 93A39 ist einstimmig beschlossen.

93A48 Zeit für Mitsprache – Stundenpläne gemeinsam gestalten

*Antragsteller*innen: Mina Engelmann, Malina Schütte, Magnus Erdmann (SV BBZ Bad Segeberg, Stellv. Landesschüler*innensprecher)*

- Magnus Erdmann stellt den Antrag vor.

Die Landesschülervertretung

der Berufsbildenden Schulen in
Schleswig - Holstein



- Rasmus Wendt wird ein zweiter Ordnungsruf erteilt.

-> Zwischenruf beim Antrag 93A48.

- Es werden Wortbeiträge zum Antrag gehalten.

Abstimmung über den Antrag 93A48

Dafür = 23

Dagegen = 0

Enthaltung = 2

Der Antrag 93A48 ist einstimmig beschlossen.

A1 Schule vs. Umzugsunternehmen - Fester Raum für Bildung

Antragsteller*innen: Sophie Scholz, Jannes Hagemeier (LSV-Vorstand, Stellvertretender Landesschüler*innensprecher)

- Sophie Scholz stellt den Antrag vor.
 - Es werden Zwischenfragen gestellt und beantwortet.

- Magnus Erdmann wird ein Ordnungsruf erteilt.

-> Zwischenruf beim Antrag A1

– GO-Antrag –

(Rasmus Wendt, 11:46 Uhr)

Änderung der Tagesordnung: Nach TOP 12 in die Mittagspause übergehen, anschließend neuen TOP 13 "Geführte Antragserarbeitungsphase" einschieben.

-Keine Gegenrede.

– GO-Antrag wird zurückgezogen –

– GO-Antrag –

(Jannes Hagemeier, 11:52 Uhr)

Änderung der Tagesordnung: Einen neuen TOP 12 "Geführte Antragserarbeitungsphase" vor der Mittagspause einschieben und sobald das Mittagessen angekommen ist, die Sitzung für die Mittagspause unterbrechen.

– GO-Antrag wird zurückgezogen –

– GO-Antrag –

(Jannes Hagemeier, 11:52 Uhr)

Änderung der Tagesordnung: Einen neuen TOP 13 "Geführte Antragserarbeitungsphase" vor der Mittagspause einschieben, sobald das Mittagessen angekommen ist, die Sitzung für die Mittagspause unterbrechen und nach dem TOP 13 einen neuen TOP 14 "Antragsphase VI" einschieben.

-Keine Gegenrede.

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert: Ein neuer TOP 13 "Geführte Antragserarbeitungsphase" wird vor der Mittagspause eingeschoben, sobald das Mittagessen angekommen ist, wird die Sitzung für die Mittagspause unterbrochen und nach dem TOP 13 wird ein neuer TOP 14 "Antragsphase VI" eingeschoben.

- Kim Redmann wird ein Ordnungsruf erteilt.

-> Unangemessene Formulierung, während einer Zwischenfrage.

– Außerordentlicher GO-Antrag –

(Rasmus Wendt, 12:02 Uhr)

Ein Stimmungsbild, ob man in den Pausen das Schulgelände verlassen darf, durchführen.

- Inhaltliche Gegenrede

(Magnus Erdmann, 12:03 Uhr)

Hat keine Relevanz für die Beratung des eigentlichen Antrags.

– GO-Antrag wurde zurückgezogen –

Die Landesschülervertretung

der Berufsbildenden Schulen in
Schleswig - Holstein



– GO-Antrag –

(Michał Mielewczyk, 12:04 Uhr)

Unterbrechung der Sitzung für 10 Minuten.

- Inhaltliche Gegenrede

(Magnus Erdmann, 12:05 Uhr)

Es liegen nur noch drei inhaltliche Anträge zur Beratung vor.

– GO-Antrag wurde zurückgezogen –

Abstimmung über den Antrag Antrag A1

Dafür = 26

Dagegen = 0

Enthaltung = 0

Der Antrag A1 ist einstimmig beschlossen.

A2 Ohne FINTA* keine Demokratie – Zeit für echte Repräsentation!

Antragsteller: Magnus Erdmann (LSS)

- Magnus stellt den Antrag vor.

– GO-Antrag –

(Rasmus Wendt, 12:12 Uhr)

Unterbrechung der Sitzung für 3 Minuten.

- Inhaltliche Gegenrede

(Magnus Erdmann, 12:13 Uhr)

Über eine solche Pause kann auch einfach die Sitzungsleitung entscheiden.

– GO-Antrag wird zurückgezogen –

Die Landesschülervertretung

der Berufsbildenden Schulen in
Schleswig - Holstein



Ä1 zum Antrag A2

Antragsteller: Michal Mielewczyk

- Der Änderungsantrag Ä1 wird vom Antragsteller übernommen.

Abstimmung über den Antrag A2 in geänderter Fassung

Dafür = 21

Dagegen = 0

Enthaltung = 7

Der Antrag A2 ist in geänderter Fassung einstimmig beschlossen.

A3 Die "Shitshow BSK" beseitigen – Für eine demokratische Bundesarbeit

Antragsteller: Rasmus Wendt (SV des RBZ Eckener Schule Flensburg)

- Rasmus Wendt stellt den Antrag vor.

Ä1 zum Antrag A3

Antragsteller: Rasmus Wendt

- Der Änderungsantrag Ä1 wird vom Antragsteller übernommen.

Ä2 zum Antrag A3

Antragsteller: Jannes Hagemeyer

- Der Änderungsantrag Ä2 wird vom Antragsteller übernommen.
- Es werden Wortbeiträge zum Antrag gehalten.

- Magnus Erdmann wird ein zweiter Ordnungsruf erteilt.

-> Unangemessene Formulierung

- Magnus Erdmann wird ein dritter Ordnungsruf erteilt und das Rederecht entzogen

-> Zwischenruf während dem Antrag A3

– Die Sitzung wird um 13:08 Uhr unterbrochen –

– Die Sitzung wurde um 13:33 Uhr fortgesetzt –

- Rasmus Wendt wird ein dritter Ordnungsruf erteilt und das Rederecht entzogen.

-> Verletzung der Würde des Landesschülerparlaments.

Aisha, Rasmus und Magnus äußern sich zu der vergangenen Situation:

- Aisha stellt die Situation klar.
 - Rasmus beginnt mit seiner Sicht des Geschehens.
 - Magnus folgt mit seiner Sicht zum Geschehen.
-
- Klarstellung der Sitzungspräsidentin: Sowohl Rasmus als auch Magnus haben zu ihrem Ordnungsruf Stellung genommen, was eigentlich für beide zu einem vierten Ordnungsruf geführt hätte. Dieser wird jedoch nicht ausgesprochen, da entsprechende Aussagen im Rahmen einer Awareness-Maßnahme geschehen sind.
 - Fragen zum Geschehenen werden gestellt und beantwortet.

– Die Sitzung wird um 13:55 Uhr unterbrochen –

– Die Sitzung wird um 14:25 Uhr fortgeführt –

Die Sitzungspräsidentin schiebt für einige kurze Worte des LSS eine kurze Unterbrechung in die reguläre Sitzung ein.

- Magnus äußert sich positiv zur Arbeit von Süeda.
- Magnus verabschiedet Süeda.
- Magnus verabschiedet Lukas.
- Magnus begrüßt die neuen LaVoMis herzlich in den LSV-Vorstand.

Die reguläre Sitzung wird mit der weiteren Beratung des Antrags A3 fortgeführt.

Die Landesschülervertretung

der Berufsbildenden Schulen in
Schleswig - Holstein



- Die Wortbeiträge zum Antrag A3 werden fortgesetzt.

Abstimmung über den Antrag A3 in geänderter Fassung

Dafür = 12

Dagegen = 3

Enthaltung = 6

Der Antrag A3 ist in geänderter Fassung angenommen.

– Außerordentlicher GO-Antrag –

(Leni Schwarze, 14:53 Uhr)

Ein Stimmungsbild, ob die Sitzung vertagt werden sollte, durchführen.

(Vom Präsidium zugelassen)

- Inhaltliche Gegenrede

(Michał Mielewczyk, 14:54 Uhr)

Es gibt noch wichtige Inhalte, welche in Form eines Antrags angehört werden sollten.

– Die inhaltliche Gegenrede wird zurückgezogen –

Es wird ein Stimmungsbild zur Vertagung der Sitzung durchgeführt.

Stimmungsbild

Für die Vertagung der Sitzung = 11

Gegen die Vertagung der Sitzung = 5

Enthaltung = 6

– GO-Antrag –

(Leni Schwarze, 14:57 Uhr)

Vertagung der Sitzung.

- Formelle Gegenrede.

(Michał Mielewczyk, 14:58 Uhr)

Abstimmung über die Vertagung der Sitzung

Dafür = 13

Dagegen = 9

Die Sitzung ist nicht vertagt.

TOP 13: Geführte Antragserarbeitungsphase

Der TOP wurde eröffnet; die Teilnehmenden erhielten die Gelegenheit, unter Mithilfe des LSV-Vorstandes Anträge zu schreiben und einzureichen.

TOP 14: Antragsphase VI

A4 Tiermedizinischen Fachangestellten möchten in Pinneberg ihre Ausbildung beenden

Antragstellerin: Kimmie Radmann

- Kimmie Radmann stellt den Antrag vor.

- Es werden Wortbeiträge zu dem Antrag gehalten.

Abstimmung zum Antrag A4

Dafür = 20

Dagegen = 0

Enthaltung = 3

Der Antrag A4 ist einstimmig angenommen.

– GO-Antrag –

(Magnus Erdmann, 15:29 Uhr)

Vertagung der Sitzung.

- Keine Gegenrede

Abstimmung über die Vertagung der Sitzung

Dafür = 23

Dagegen = 0

Die Sitzung ist vertagt.

Die Landesschülervertretung

der Berufsbildenden Schulen in
Schleswig - Holstein



Die Sitzung wird um 15:30 Uhr vertagt.

gez.

Süeda-Nur Okurlar m. U. v. Rasmus Wendt
Protokollant*innen

ggez.

Magnus Erdmann
Landesschüler*innensprecher

Anhang: Protokoll 94. LSP

– LSV BS SH –

Tagesordnung

Tätigkeitsberichte

Bewerbungen

Gestellte Anträge

Inhaltliche Beschlüsse

94. LSP: Tagesordnung

TOP 1 Begrüßung und Grußworte

1. Begrüßung durch den LSS
2. Feststellung der fristgerechten Einladung
3. Genehmigung der Tagesordnung
4. Wahl des Präsidiums
5. Grußworte

TOP 2 Protokoll

- Genehmigung des Protokolls des 93. LSP

TOP 3 Podiumsdiskussion

----- PAUSE (ca. 11:30 Uhr) -----

TOP 4 Kennlernspiele

TOP 5 Einarbeitungsphase

----- MITTAGESSEN (ca. 12:30 Uhr) -----

TOP 6 Berichtswesen und Entlastungen

- Bericht des LSS
- Berichte der Fachkoordinatoren
- Bericht des Bundesreferenten
- Tätigkeitsberichte

TOP 7 Antragsphase I – Leitantrag

TOP 8 Antragsphase II – Anträge zur Änderung der Satzung, der Geschäfts- und Wahlordnung

TOP 9 Antragsphase III – Inhaltliche Anträge

----- ABENDESSEN (ca. 18:00 Uhr) -----

TOP 10 Wahlen

- Wahl eines stellv. LSS
- Wahl des weiteren Landesvorstandes

TOP 11 Antragserarbeitungsphase (§6b der Geschäftsordnung)

----- TAGUNGSENDE (ca. 20:30 Uhr) -----

----- TAGUNGSBEGINN (ca. 09:00 Uhr) -----

TOP 12 Antragsphase IV – Inhaltliche Anträge

----- MITTAGESSEN (ca. 12:30 Uhr) -----

TOP 13 Verschiedenes

----- TAGUNGSENDE (ca. 16:30 Uhr) -----

94. LSP: Tätigkeitsberichte

- *Stellvertretende LSS*
 - > *Süeda-Nur Okurlar (TB1)*
 - > *Aisha Badjie (TB2)*
- *Landesvorstandsmitglieder*
 - > *Lukas Brach (TB3)*
 - > *Ella Bös (TB4)*
 - > *Mina Engelmann (TB5)*

Tätigkeitsbericht

Initiator*innen: Süeda-Nur Okurlar (Stellv. LSS)

Titel: Tätigkeitsbericht: Süeda-Nur Okurlar

Bericht

Tätigkeitsbericht

Stellv. Landesschülersprecherin: Süeda-Nur Okurlar

Liebe Delegierte,

Ich wurde auf dem 91. Landesschülerparlament als stellvertretende Landesschülersprecherin gewählt und anschließend dem Referat Inneres zugeteilt – aufgrund meiner bisherigen Erfahrung als Referentin im selben Referat sowie meines eigenen Wunsches. Seit dem 93. Landesschülerparlament arbeite ich gemeinsam mit meinen Referentinnen und Referenten Rasmus, Ella und Marlon sowie unserem beratenden Mitglied Michal für die Schülerschaft der berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein.

Im folgenden Bericht wird dargestellt, welche Ämter ich bisher wahrgenommen habe und an welchen Terminen ich teilgenommen habe. Dabei ist zu beachten, dass nicht alle Termine aufgelistet sind. Zur besseren Übersicht habe ich die Termine in drei Kategorien unterteilt:

1. Termine, an denen ich gemeinsam mit dem geschäftsführenden Vorstand teilgenommen habe,
2. Termine, an denen ich als stellvertretende Landesschülersprecherin teilgenommen habe, entweder gemeinsam mit anderen Mitgliedern des Vorstandes oder allein,

3. Termine, an denen ich als Mitglied des Landesvorstandes teilgenommen habe.

Wahrgenommene Ämter:

- Ich war Landesvorstandsmitglied von November 2023 bis November 2024 im Referat Inneres.
 - Zudem war ich Landesschülerbeirat-Delegierte während der Zeit als LaVoMi.
- Ich bin seit November 2024 stellv. Landesschülersprecherin und Fachkoordinatorin für Inneres.

Wahrgenommene Termine:

- Im Geschäftsführendenvorstand:
 - 17.12.2024 Landesarbeitsgemeinschaft
 - 22.01.2025 Turnustermine mit Dr. Dorit Stenke
 - 11.02.2025 Turnustermine mit der SPD
 - 25.02.2025 Austauschtreffen mit der GEW
 - 26.02.2025 Landesarbeitsgemeinschaft
 - 27.02.2025 Austauschtreffen mit der Schulaufsicht (BS)
 - 27.02.2025 Turnustermine mit der CDU
 - 03.03.2025 Austauschtreffen mit dem SHIBB
 - 10.03.2025 Geschäftsführendenvorstandssitzung
 - 17.03.2025 Turnustermine mit den Grünen
 - 02.04.2025 Turnustermine mit der Bildungsministerin
 - 23.04.2025 Austauschtreffen mit der Schulaufsicht (BS)
 - 10.05.2025 Turnustermine mit der SPD
 - 30.06.2025 Landesarbeitsgemeinschaft
 - 01.07.2025 Turnustermine mit dem Staatssekretär im MBWFK SH
 - 10.07.2025 Turnustermine mit der CDU
 - 29.07.2025 Austauschtreffen mit dem Staatssekretär im MBWFK SH
 - 30.09.2025 Landesarbeitsgemeinschaft
 - 08.10.2025 Turnustermine mit dem Staatssekretär im MBWFK SH
 - 09.10.2025 Turnustermine mit der SPD
- Als stellv. Landesschülersprecherin:
 - 10.01.2025 LRSH - Neujahrsempfang
 - 10.02.2025 Kieler Dialog

- 01.03.2025 Fortbildung zur Awernass
- 22.03.2025 Treffen mit dem Referat inneres
- 03.04.2025 Veranstaltung: Schule im KI-Zeitalter
- 08.04.2025 Austauschtreffen mit dem Jugendnetzwerk Lambda:nord
- 14.10.2025 Kieler Dialog
- 15.10.2025 Anhörung: finanzielle Bildung
- 02.06.2025 Jugendaktionskonferenz
- 06.10.2025 Veranstaltung der SPD: Neurodiversität an Schule

• Im Landesvorstand:

- 11.12.2024 Landesvorstandssitzung
- 13.12.2024 Social-Media Fortbildung
- 14.12.2024 Klausurtagung
- 28.12.2024 Online-Landesvorstandssitzung
- 15.01.2025 Landesvorstandssitzung
- 29.01.2025 Online-Landesvorstandssitzung
- 03.02.2025 Landesvorstandssitzung
- 05.03.2025 Landesvorstandssitzung
- 08.03.-09.03.2025 Klausurtagung
- 12.03.2025 Landesschülerparlament
- 19.03.2025 Landesvorstandssitzung
- 22.03.2025 Bildungspolitischer Abend
- 09.04.2025 Landesvorstandssitzung
- 23.04.2025 Online-Landesvorstandssitzung
- 25.04.-26.04.2025 Klausurtagung der LAG
- 01.05.-02.05.2025 Klausurtagung
- 06.05.2025 Landesvorstandssitzung
- 09.05.2025 Basistreffen der SVen
- 21.05.2025 Landesvorstandssitzung
- 03.06.2025 Landesvorstandssitzung
- 10.06-11.06.2025 Landesschülerparlament
- 16.06.2025 Landesvorstandssitzung
- 02.06.-03.06.2025 Landesschülerparlament 2.0
- 23.07.2025 Landesvorstandssitzung
- 10.08.2025 Landesvorstandssitzung
- 16.09.2025 Landesvorstandssitzung
- 21.09.2025 Klausurtagung
- 01.10.2025 Online-Landesvorstandssitzung
- 13.10.2025 Landesvorstandssitzung
- 27.10.2025 Landesvorstandssitzung

Vielen Dank für das Vertrauen und die Möglichkeit, euch in den letzten fünf Monaten vertreten zu dürfen. Diese Zeit hat mich persönlich sehr bereichert, und

94 ich bin dankbar für all die Erfahrungen, das Miteinander und das gemeinsame
99 Engagement. Ich bitte nun um eure Entlastung.

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

Tätigkeitsbericht

Initiator*innen: Aisha Badjie (Stellv. LSS)

Titel: Tätigkeitsbericht: Aisha Badjie

Bericht

1 Liebe Delegierte,

2 in meiner Aufgabe als stellvertretende Landesschülersprecherin war ich vor allem
3 für die Socialmedia Arbeit zuständig.

4 Dazu gehörte das Verwalten unserer Kanäle wie Instagram, TikTok und weiterer
5 Plattformen. Zu meinen Aufgaben zählten das Erstellen von Posts, das Produzieren
6 von Story-Videos sowie das Vorplanen und Hochladen der Inhalte. Dabei wurde ich
7 von meinen Referent*Innen unterstützt.

8 Zusätzlich habe ich an verschiedenen Terminen teilgenommen. Dazu gehörten unter
9 anderem 9 Landesvorstandssitzungen, 5 Klausurtagungen, 13
10 Austausch/Turnusespräche und andersweitigen Terminen, 3 LAGs sowie 2 Socialmedia
11 Treffen.

12 Darüber hinaus habe ich bei der Konzeption unseres Podcasts mitgewirkt. Dabei
13 war ich insbesondere an der Themenauswahl und dem groben Aufbau beteiligt.

14 Neben der Socialmedia-Arbeit habe ich außerdem begonnen, ein Awareness-Konzept
15 für das LSP zu erarbeiten. Daran habe ich bis zum Ende meiner Amtszeit
16 gearbeitet, und das Konzept wurde anschließend weitergeführt.

Tätigkeitsbericht

Initiator*innen: Lukas Brach (LaVoMi)

Titel: Tätigkeitsbericht: LaVoMi Lukas Brach

Bericht

1 LSV Tätigkeitsbericht Lukas Brach (Lavomi)

2 1. Regelmäßige Teilnahme an Sitzungen der LSV in Präsenz und Online

3 2. Mitarbeit beim erstellen von Vorstellungsposts der LSV BS

4 3. Mitarbeit beim drehen von Reels und Tik Toks

5 4. Erstellung von Instagram Storys und Posts

6 5. Überarbeitung der LSV Website

7 6. Erstellung der LSP Berichte für die Website

8 7. Teilnahme an Austauschtreffen und Klausurtagungen

9 LSP = 30.11.24

10 Lavosi = 11.12.24

11 KT = 13.12.24

12 Referats treffen = 20.1.25

13 Lavosi (online) = 19.2.25

14 Lavosi = 5.3.25

15 LSP = 12.3.25

16 Lavosi (online) = 19.3.25

17 Lavosi = 9.4.25

18 LAG = 25.4.25

19 Lavosi (online) = 21.5.25

20 Lavosi = 3.6.25

21 LSP = 10.6.25

22 LSP = 3.7.25

23 Lavosi = 23.7.25

24 Lavosi = 16.9.25

25 Lavosi (online) = 13.10.25

26 Dieser Bericht zeigt mein Engagement und meine Aktivitäten als
27 Landesvorstandsmitglied der LSV BS. Ich hoffe, damit einen positiven Beitrag zum
28 Wohle aller Schüler*innen in Schleswig-Holstein geleistet zu haben.

29 Lukas Brach

Tätigkeitsbericht

Initiator*innen: Ella Bös (LaVoMi)

Titel: Tätigkeitsbericht: LaVoMi Ella Bös

Bericht

1. Teilnahme an Sitzungen und Veranstaltungen

- Regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen der LSV (Präsenz wie auch online)
- 21.01.2025 Austausch mit der Beauftragten für psychosoziale Gesundheit
- 22.03.2025 Bildungspolitischer Abend
- 02.06.2025 Workshop im Landtag
- Klausurtagungen

2. Tätigkeiten

- Projekterferat Aufgaben:
- Überarbeitung Nutze dein Recht
- Antrag für Schule umgestalten
- Basistreffen der SVen
- Wechsel zum Innenreferat:

13 ● Planung für das LSP / KT

14 ● Jahreskampagn

Tätigkeitsbericht

Initiator*innen: Mina Engelmann (LaVoMi)

Titel: Tätigkeitsbericht: Mina Engelmann

Bericht

1 Liebes Landesschüler*innenparlament, liebe Delegierte,

2 ich wurde im November 2024 als Vorstandsmitglied in die LSV BS gewählt und dem
3 Referat „Projekte“ unter dem ehem. stellvertretendem Landesschülersprecher
4 Magnus Erdmann zugeteilt.

5 Ich habe nach Monaten untergliedert an folgenden Terminen teilgenommen:

6 November 2024

7 - 91. Landesschüler*innenparlament (29.-30.11)

8 - Wahl als LaVoMi

9 Dezember 2024

10 - 2 Landesvorstandssitzungen (11.12. + 28.12.)

11 - Eine Klausurtagung (Kiel) mit Aufgabenverteilung (13.-14.12.)

12 - Videokonferenz im Referat Projekte (20.12.)

13 Januar 2025

- 14 - Neujahresempfang des Landesjugendrings (10.01.)
- 15 - 2 Landesvorstandssitzungen (15. + 29.01.)
- 16 - 2 Videokonferenzen zu der Broschüre „Nutze dein Recht) (13. + 27.01.)
- 17 Februar 2025
- 18 - Eine Landesvorstandssitzung (19.02.)
- 19 März 2025
- 20 - Videokonferenz zu „Nutze dein Recht) (03.03.)
- 21 - 2 Landesvorstandssitzungen (05. + 19.03.)
- 22 - Klausurtagung (Malente) mit LSP-Vorbereitung (08.-09.03.)
- 23 - 92. Landesschüler*innenparlament mit Funktion als Beisitzerin im Präsidium
24 (12.03.)
- 25 - Bildungspolitischer Abend (22.03.)
- 26 - Videokonferenz im Referat „Projekte“
- 27 April 2025
- 28 - 2 Landesvorstandssitzungen (09. + 23.04.)
- 29 Mai 2025
- 30 - Klausurtagung in Kiel (01.-02.05.)
- 31 - 3 Landesvorstandssitzungen (01. + 06. + 21.05.)
- 32 - Basistreffen für Sven (09.05.)
- 33 - Teilnahme an der Veranstaltung „Politik ohne Soziales“ im Landtag (13.05.) Juni

2025

- 2 Landesvorstandssitzung (03. + 16.06.)

- 93. Landesschüler*innenparlament mit Funktion als Stellv. Sitzungsleitung (10.06.)

- Besuch der Podiumsdiskussion im Landtag (11.06.)

Juli 2025

- 93. Landesschülerparlament (Fortsetzung) mit Funktion als Stellv. Sitzungsleitung (02.-

03.07.)

- Entlassung aus der Schule und somit austreten aus dem Vorstand (04.07.)

Außerdem habe ich an folgenden Themen mitgearbeitet, bzw. allein erarbeitet:

- Stellungnahme zum Thema finanzielle Bildung (mit Anhörung im Landtag am 15.05.

wegen Krankheit hat Süeda Nur-Okular übernommen)

- Konzeption, Organisation und Durchführung vom Basistreffen inkl. Ausarbeiten von

Workshops (Vernetzung der SVen der Berufsschulen)

- Mitarbeit an der Neuauflage der Broschüre "Nutze dein Recht"

- Mitglied des Präsidiums auf dem 92. Und 93. LSP

- Mitarbeit beim Erstellen von Pressemitteilungen und Social-Media Beiträgen

- Wahl als Stellvertretende Landesschulbeirat-Delegierte gewählt

Ich möchte mich hiermit herzlich bei allen Delegierten bedanken, die mir die Chance gegeben haben und mich im November 2024 in das Amt als

56 Landesvorstandsmitglied hereingewählt haben. Ein besonderer Dank geht an große
57 Teile des Landesvorstands, sowie unsere LVL Ilmira Michak. Die gemeinsame Arbeit
58 dieser ca. 8 Monate waren einzigartig und eine Erfahrung, die mich auch nach
59 meinem Ausscheiden sehr bereichert haben.

60 Ich bitte um Entlastung.

94. LSP: Bewerbungen

- *Als stellvertretender LSS*
 - > *Rasmus Wendt (Bew3)*

- *Als Landesvorstandsmitglied*
 - > *Natalie Mager (Bew1)*
 - > *Sophie Scholz (Bew2)*
 - > *Michal Mielewczyk (Bew4)*
 - > *Djego Möller (Bew5)*
 - > *Pelle Moritz Schöler (Bew6)*
 - > *Nina Andrees (Bew7)*
 - > *Emma Söncksen (Bew9)*
 - > *Peer Bennet Bruhn (Bew10)*
 - > *Maximilian Kohlund (Bew11)*
 - > *Ella Bös (Bew12)*
 - > *Maron Dee (Bew13)*
 - > *Emil Maack (Bew14)*

Bewerbung

Initiator*innen: Rasmus Wendt (SV Eckener-Schule Flensburg)

Titel: Rasmus Wendt

Angaben

Alter: 18

Schule: RBZ Eckener-Schule Flensburg

Selbstvorstellung

Moin erstmal, an alle meine Mitdelegierten!

Ich bin Rasmus Wendt, LSP Delegierter der Eckener Schule Flensburg und aktuell Landesvorstandsmitglied im Referat Inneres.

Kurz zu mir: Ich bin 18 Jahre alt und besuche derzeit die 13. Klasse des BG der Eckener-Schule Flensburg im Profil Informationstechnik. Neben meiner SV/LSV Arbeit interessiere ich mich selbstverständlich für jedwede Form von Technik, bin hobbymäßig als Foto- und Videograf unterwegs und bin seit vielen Jahren ehrenamtlich als Jugendgruppenleiter und Segeltrainer aktiv.

Mein erstes LSP im November 2024 hat mein großes Interesse an der landesweiten Schülervertretung geweckt. Seitdem habe ich mein Bestes getan, mich als Delegierter meiner Schule, seit Februar dieses Jahres als Teil des Landesvorstandes und seit dem Sommer als stellv. Bundesdelegierter für Schleswig-Holstein für die Schülerinnen und Schüler – insbesondere der berufsbildenden Schulen – dieses Landes einzusetzen und ihren Meinungen Gehör zu verschaffen.

Dabei sind und waren mir folgende drei Punkte besonders wichtig:

1. Mit dem LSP als oberstem beschlussfassendem Gremium, hängt es am Ende doch an unserem Vorstand, unsere Stimmen und Beschlüsse umzusetzen und nach Außen zu vertreten. Deshalb ist es

unfassbar wichtig, einen Vorstand zu haben, der auf Solidarität basiert, durch konstruktive Zusammenarbeit getragen wird und dem jede Meinung wichtig ist. Aber das allein reicht nicht – entscheidend ist auch:

2. Eine starke Basis. Eine starke Schülervertretung an jeder Schule ist unabdingbar, um allen Meinungen Gehör zu verschaffen und konkrete Änderungen zu bewirken, welche direkte positive Auswirkungen auf die Schüler haben.
3. Wir sind alle unterschiedlich – mit eigenen Interessen, Zielen und Träume. Und das ist gut so. Schule sollte kein Ort sein, der uns diese Individualität nimmt, sondern einer, der sie erkennt, fördert und ernst nimmt. Ein Ort, der aufhört, uns in Schubladen zu stecken, und anfängt, uns als Menschen zu sehen.

Nun hoffe ich auf euer Vertrauen, um mich bis zum Ende des Schuljahres, als stellvertretender Landesschüler*innensprecher, noch stärker für diese Punkte einsetzen, die Schülerschaft dieses Landes vertreten und ihren Meinungen Gehör verschaffen zu können.

Für Fragen stehe ich selbstverständlich gerne zur Verfügung und freue mich auf eine weitere gute Zusammenarbeit, hoffentlich als stellvertretender Landesschüler*innensprecher, mit eurer Stimme!

Bewerbung

Initiator*innen: Natalie (Berufsschule Elmshorn)

Titel: Natalie Mager

Angaben

Alter: 19

Schule: Berufliche Schule des Kreises Pinneberg in Elmshorn

Selbstvorstellung

Heyy, ich bin Natalie, Schülerin der Oberstufe der Beruflichen Schule in Elmshorn.

Damit ihr mich versteht beginne ich zunächst einmal mit meinen Erfahrungen ab der 5ten Klasse. Ich habe schon früh mit dem Schulsanitätsdienst angefangen und später dessen Leitung übernommen. Dabei habe ich entdeckt, dass es mir gefällt, mich aktiv in der Schule einzubringen, nicht nur als Schülerin, sondern auch als jemand, der sich immer engagieren und das Schulleben mitgestalten möchte. Dabei bin ich auch oft negativ aufgefallen, denn das Sekretariat ist mich nicht los geworden. War etwas zu bemängeln war ich dort. Als ich vor zwei Jahren dann durch meine Rolle als Klassensprecherin in die SV gekommen bin, habe ich schnell gemerkt, dass ich dafür brenne, gemeinsam mit einem Team an Projekten zu arbeiten. Mir gefällt es, das Leben von Schüler/innen positiv zu gestalten und etwas zu bewirken. Besonders am Herzen liegt mir, dass wir das Miteinander stärken und unsere Schulen zu Orten machen, an denen sich alle wohlfühlen.

Kreativität und Planung gehören für mich zusammen. Ich bin zuverlässig, organisiert und setze mich mit Leidenschaft für Themen ein, die uns Schüler*innen wirklich betreffen. Daher würde ich mich sehr freuen, erneut die Gelegenheit zu bekommen, als Landesvorstandsmitglied gewählt zu werden.

Puh, das war jetzt viel Text!

Bei Fragen oder wenn man mich gerne persönlich kennenlernen möchte, kann man mich einfach während des LSPs ansprechen.

Bewerbung

Initiator*innen: Sophie Scholz (LSV-Vorstand)

Titel: Sophie Scholz

Angaben

Alter: 26

Schule: RBZ des Kreises Steinburg

Selbstvorstellung

Hey,

ich bin Sophie, 26 Jahre alt, und mache aktuell eine Ausbildung zur Erzieherin.

Auf dem 93. Landesschülerparlament im Juli 2025 wurde ich zum ersten Mal in den Landesvorstand gewählt – und seitdem durfte ich bereits einige spannende Aufgaben im Projekte Referat übernehmen, neue Erfahrungen sammeln und gemeinsam mit vielen engagierten Menschen an Projekten arbeiten, die mir wirklich am Herzen liegen.

Die Zeit im Landesvorstand hat mir gezeigt, wie wichtig es ist, dass Schüler*innen eine starke Stimme haben – eine, die gehört und ernst genommen werden sollte, da sie etwas bewirken kann. Ich habe gemerkt, wie viel Freude es mir macht, Verantwortung zu übernehmen, Themen anzustoßen und gemeinsam mit anderen Lösungen zu finden, die für alle etwas verändern. Genau das motiviert mich, mich weiterhin aktiv im Landesvorstand einzubringen.

Besonders wichtig ist mir dabei, dass wir als Team offen, respektvoll und auf Augenhöhe miteinander umgehen. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass alle Schüler*innen die Möglichkeit haben, sich einzubringen, unabhängig davon, woher sie kommen oder auf welche Schule sie gehen.

Neben meiner Arbeit in der LSV bin ich gerade dabei, eine Fußballmannschaft aufzubauen, in der ich als Co-Trainerin mitwirken werde. Das ist manchmal herausfordernd, aber es macht total Spaß – und es zeigt mir immer wieder, wie wichtig Teamarbeit, Kommunikation und Durchhaltevermögen sind. Diese Erfahrungen helfen mir auch in der Vorstandsarbeit, denn am Ende geht's in beiden Bereichen darum, Menschen zu motivieren und gemeinsam Ziele zu erreichen.

Ich möchte gerne weiter Teil des Landesvorstands sein, um mit euch zusammen Ideen umzusetzen, die die Schüler*innenvertretung noch stärker, sichtbarer und vielfältiger machen. Ich habe Lust, Verantwortung zu übernehmen, zuzuhören, anzupacken und gemeinsam mit euch etwas zu bewegen!

Bei Fragen oder um mich kennenzulernen könnt ihr mich jederzeit während des LSPs ansprechen, ich bin da offen für alles.

Sophie

Bew4

Bewerbung

Initiator*innen: Michal Mielewczyk

Titel: Michal Mielewczyk

Angaben

Alter: 17

Schule: Eckener Schule Flensburg

Selbstvorstellung

Guten Tag,

mein Name ist Michal Mielewczyk, ich bin 17 Jahre alt und besuche die 12. Klasse der Eckener Schule Flensburg.

Durch meinen Mitdelegierten (Rasmus Wendt) bin ich im März mit zum 92. LSP gekommen, und das hat in mir direkt etwas ausgelöst. Seitdem engagiere ich mich deutlich stärker in der SV und unterstütze seit den Sommerferien die LSV als beratendes Landesvorstandsmitglied im Referat Inneres.

Schon bevor ich an der Eckener-Schule war, war es mir wichtig, dass es meinen Mitschülerinnen *gut geht*. *Dieses Engagement hat sich auf die Landesebene weiterentwickelt. Ich freue mich, nun aktiv dazu beitragen zu können, Verbesserungen für alle Schülerinnen der berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein zu erreichen.*

Nun hoffe ich, diese Arbeit als Vorstandsmitglied fortsetzen und intensivieren zu dürfen, um die Interessen der Schüler*innen klar, kompetent und konstruktiv zu vertreten hoffentlich auch mit deiner Stimme.

Bew5

Bewerbung

Initiator*innen: Djego Möller

Titel: Djego Möller

Angaben

Alter: 18

Schule: Friedrich-List-Schule

Selbstvorstellung

Sehr geehrte Damen und Herren, mein Name ist Djego und ich besuche zurzeit die Oberstufe der 10 Klasse auf der Friedrich-List-Schule in Lübeck. Rest erfolgt mündlich

Bew6

Bewerbung

Initiator*innen: Pelle Moritz Schöler (LSV)

Titel: Pelle Moritz Schöler

Angaben

Alter: 16

Schule: Berufsbildungszentrum Bad Segeberg

Selbstvorstellung

Hallo mein name ist Pelle ich bin Recht neu hier aber habe schon Interesse gefunden um mir mehr zu arrangieren und hoffe dass mein Vorhaben gelingt in denn inneren Aufgaben bereich akzeptiert zu werden

Bew7

Bewerbung

Initiator*innen: Nina Andrees (BBS Oldenburg in Holstein)

Titel: Nina Andrees

Angaben

Alter: 19

Schule: BS des Kreises Ostholstein in Oldenburg

Selbstvorstellung

Hallo,

Ich bin Nina und besuche derzeit die 13. Klasse des beruflichen Gymnasiums der beruflichen Schulen des Kreises Ostholstein in Oldenburg.

Der Rest erfolgt mündlich.

Bew8

Bewerbung

Initiator*innen: Lia Marie Ladwig

Titel: Lia Marie Ladwig

Angaben

Alter: 17

Schule: BS des Kreises Ostholstein in Bad Schwartau

Selbstvorstellung

Ich, Lia besuche die 11. Klasse der KBS in Bad Schwartau (In der Nähe von Lübeck) und bin 17 Jahre alt. Heute ist meine erste LSV Sitzung, daher noch nicht so viel Erfahrung, aber ich würde dies gerne ändern. In meiner Freizeit gehe ich ins gym, treffe mich mit Freunden, lese viel und würde mich gerne mehr arrangieren.

Bew9

Bewerbung

Initiator*innen: Emma Söncksen (Delegierte)

Titel: Emma Söncksen

Angaben

Alter: 17

Schule: BBZ Eckernförde

Selbstvorstellung

Erfolgt mündlich

Bewerbung

Initiator*innen: Peer Bennet Bruhn

Titel: Peer Bennet Bruhn

Angaben

Alter: 16

Schule: RBZ-Technik-Kiel

Selbstvorstellung

Moin moin,

ich bin Bennet, 16 Jahre alt und besuche das BGT-25-a Maschinenbau Profil am RBZ Technik in Kiel.

Zur Zeit bewegen mich vor allem folgende Themen:

1. Spaltung in der Gesellschaft, beispielweise: "jung gegen Alt"
2. Psychosoziale Gesundheit, Resilienz stärken durch zum Beispiel die Einführung eines "Mental Health Day's"
3. Unsere Stimme geltend machen, "Viel über uns, wenig mit uns"

Rest erfolgt mündlich

Bew11

Bewerbung

Initiator*innen: Maximilian Kohlhund

Titel: Maximilian Kohlhund

Angaben

Alter: 17

Schule: RBZ Technik

Selbstvorstellung

Moin,

Ich bin Max, bin 17 Jahre alt und besuche derzeit den BGT-25 (11. Klasse) des RBZ Techniks mit dem Schwerpunkt Medientechnik und Englisch. Der Rest erfolgt Mündlich.

Bew12

Bewerbung

Initiator*innen: Ella Bös (BBZ Mölln)

Titel: Ella Bös

Angaben

Alter: 17

Schule: BBZ Mölln

Selbstvorstellung

Erfolgt mündlich.

Bew13

Bewerbung

Initiator*innen: Marlon Dee

Titel: Marlon Dee

Angaben

Alter: 21

Schule: Hanse-Schule

Selbstvorstellung

Moin, ich bin Marlon 21 Jahre alt und mache eine Ausbildung zum Kaufmann für Büromanagement und befinde mich im 3. Lehrjahr.

Seitdem bin ich Schülersprecher an der Hanse-Schule in Lübeck für Wirtschaft und Verwaltung in meiner 2. Amtszeit.

Seit dem 93. LSP bin ich im Vorstand des LSV BS im Innerenreferat und würde mich freuen, wenn ich weiterhin im Vorstand bleibe, sodass ich die Projekte die wir begonnen haben, mit beenden kann.

Bew14

Bewerbung

Initiator*innen: Emil Maack (SV)

Titel: Emil Maack

Angaben

Alter: 18

Schule: Europaschule Elmshorn

Selbstvorstellung

Hey,

ich bin Emil von der BS-Elmshorn im Kreis Pinneberg. Seitdem ich 14 bin, verfolge ich mein liebstes Hobby: Klettern.

Ich mochte es sogar so sehr, dass ich seit 1,5 Jahren als Klettertrainer in Hamburg arbeite. Meine große Schwester hat mich schon immer fürs Ehrenamt begeistert. So durfte ich z.b. die letzten 2 Jahre als stellvertretender Vorsitzender im Jugendbeirat Prisdorf (wo ich wohne)

in der Politik mitmischen.

Von 2024 bis 2025 durfte ich ein Jahr in Kanada als Austausch Schüler verbringen. In diesem Jahr habe ich nicht nur viel über mich gelernt, sondern auch viel über das bekannte kanadische Schulsystem.

Dort sind autonome Schulen, keine Abschlussklausuren und individuelle Förderprogramme schon lange Standard.

Mein Ziel ist es genau diese Themen in den Schulen anzuwenden. Denn eine Individuelle Förderung spüre

ich noch lange nicht!

94. LSP: Gestellte Anträge

- *Zur Satzung*
 - > S1 (angenommen)
- *Zur Geschäfts- und Wahlordnung*
 - > GWO1 (angenommen)
- *Leitantrag*
 - > LA1 (angenommen)
- *Inhaltlich (einschl. zugehörige Änderungsanträge)*
 - > 92A11 A27 (zurückgezogen)
 - > Ä1 (zurückgezogen)
 - > Ä2 (übernommen)
 - > 92A12 A28 (zurückgezogen)
 - > Ä1 (übernommen)
 - > Ä2 (übernommen)
 - > 92A13 A29 (zurückgezogen)
 - > Ä1 (übernommen)
 - > 92A14 A30 (zurückgezogen)
 - > 92A15 A31 (zurückgezogen)
 - > 92A16 A32 (angenommen)
 - > Ä1 (übernommen)
 - > Ä2 (zurückgezogen)
 - > Ä3 (übernommen)
 - > Ä4 (übernommen)
 - > Ä5 (übernommen)
 - > 92A17 A33 (zurückgezogen)
 - > Ä1 (hinfällig)
 - > Ä2 (übernommen)
 - > 92A18 A34 (zurückgezogen)
 - > 93A5 (angenommen)
 - > 93A7 (zurückgezogen)
 - > Ä1 (hinfällig)
 - > 93A8 (zurückgezogen)
 - > 93A9 (zurückgezogen)
 - > 93A10 (zurückgezogen)
 - > 93A11 (angenommen)
 - > 93A16 (zurückgezogen)
 - > 93A17 (zurückgezogen)
 - > 93A19 (zurückgezogen)
 - > 93A22 (angenommen)
 - > Ä1 (übernommen)

- > 93A23 (angenommen)
 - › Ä1 (übernommen)
- > 93A24 (angenommen)
 - › Ä1 (übernommen)
- > 93A25 (zurückgezogen)
- > 93A26 (angenommen)
 - › Ä1 (übernommen)
- > 93A27 (angenommen)
 - › Ä1 (übernommen)
- > 93A28 (zurückgezogen)
- > 93A29 (angenommen)
 - › Ä1 (nicht zugelassen)
- > 93A31 (angenommen)
- > 93A32 (angenommen)
 - › Ä1 (übernommen)
- > 93A33 (angenommen)
 - › Ä1 (übernommen)
 - › Ä2 (übernommen)
- > 93A34 (zurückgezogen)
- > 93A35 (zurückgezogen)
- > 93A36 (zurückgezogen)
- > 93A37 (zurückgezogen)
- > 93A38 (angenommen)
- > 93A39 (angenommen)
- > 93A40 (zurückgezogen)
 - › Ä1 (übernommen)
- > 93A42 (zurückgezogen)
- > 93A44 (zurückgezogen)
- > 93A45 (zurückgezogen)
- > 93A46 (zurückgezogen)
- > 93A47 (zurückgezogen)
- > 93A48 (angenommen)
- > 93A49 (zurückgezogen)
- > A1 (angenommen)
- > A2 (angenommen)
 - › Ä1 (übernommen)
- > A3 (angenommen)
 - › Ä1 (übernommen)
 - › Ä2 (übernommen)
- > A4 (angenommen)

- Dringlichkeitsanträge

- > DA1 (angenommen)
 - › Ä1 (nicht zugelassen)

S1

Satzungsänderungsantrag

an das 94. Landesschülerparlament zur Änderung der Satzung der LSV BS SH

Initiator*innen: LSV-Vorstand (dort beschlossen am: 27.10.2025)

Titel: **S1 zu Satzung der Landesschülervertretung der
berufsbildenden Schulen**

Satzungstext

Nach Zeile 120 einfügen:

3. Der LSV-Vorstand ist den Delegierten der LSV BS SH auf Anfrage verpflichtet, in angemessenem Zeitraum Auskunft über seine Arbeit zu geben.

Begründung

Erfolgt mündlich...

an das 93. Landesschülerparlament zur Änderung der Geschäfts- und Wahlordnung des LSPs

Initiator*innen: LSV-Vorstand (dort beschlossen am: 27.10.2025)

Titel: **GWO1 zu Geschäfts- und Wahlordnung der LSV
BS SH**

Satzungstext

Von Zeile 44 bis 51:

- ~~5. LSS, stellv. LSS und LVL müssen jederzeit gehört werden. Überschreitet eine/r von ihnen die zulässige Redezeit, so steht die zusätzliche Redezeit auch allen vorhergegangenen und folgenden Rednern zum Tagesordnungspunkt zu.~~
- LSS, stellv. LSS und LVL sollen jederzeit gehört werden, um inhaltliche Richtigstellungen (Fact-Checks) zu unternehmen und organisatorische Hinweise zu geben.
- ~~6. Für persönliche Bemerkungen oder dringliche Erklärungen erteilt die Sitzungsleitung das Wort nach eigenem Ermessen.~~
- Für persönliche Bemerkungen oder dringliche Erklärungen erteilt die Sitzungsleitung das Wort nach eigenem Ermessen.
- ~~7. Zur Klärung der Sache oder des Ablaufs oder zur sachlichen Richtigstellung kann die Sitzungsleitung jederzeit das Wort ergreifen.~~

- Zur Klärung der Sache oder des Ablaufs oder zur sachlichen Richtigstellung kann die Sitzungsleitung jederzeit das Wort ergreifen.

Von Zeile 100 bis 103:

1. Über dringende Fragen, die einen Beschluss des LSP erfordern, kann der ~~GeVe~~LSV-Vorstand einen Umlaufbeschluss durchführen.
2. Der ~~GeVe~~LSV-Vorstand führt einen Umlaufbeschluss auch durch, wenn fünfzehn Delegierte einen Umlaufbeschluss zu einer dringenden Frage in der Zuständigkeit des

Von Zeile 139 bis 140 löschen:

- ~~11. Festlegung der Redezeit entgegen § 5 Abs. 7 auf zehn Minuten für LSS, stellv. LSS oder LVL~~

Von Zeile 155 bis 173 löschen:

~~§ 8a Alternativantrag~~

- ~~1. Zu jedem Antrag auf der Tagesordnung können Anträge gestellt werden, die dasselbe Thema wie der ursprüngliche Antrag betreffen und ihm eine Alternative gegenüberstellen.~~
- ~~2. Zu dem ursprünglichen Antrag und den Alternativanträgen findet eine gemeinsame Beratung statt. Auf die Beratung folgt die gemeinsame Abstimmung, die Delegierten können während dieser für den ursprünglichen Antrag oder einen der Alternativanträge, mit „Nein“ oder mit „Enthaltung“ stimmen.~~
- ~~3. Es ist derjenige Antrag oder Alternativantrag angenommen, auf den die meisten~~

~~abgegebenen Stimmen entfallen, sofern insgesamt wenigstens fünfundzwanzig Prozent der Stimmen auf diesen Antrag oder Alternativantrag entfallen sind. Alle Anträge sind abgelehnt, wenn die Zahl der „Nein“-Stimmen die Zahl, der für einen der Anträge abgegebenen Stimmen überwiegt.~~

- ~~4. Alternativanträge zu Anträgen, die Änderungen der Satzung oder der Geschäfts- und Wahlordnung beinhalten, sind unzulässig.~~
- ~~5. Alternativanträge müssen bis zum Beginn der Sitzung dem LSV-Vorstand schriftlich oder per Mail zugegangen sein. Dieser versendet entsprechende Anträge umgehend an die Delegierten.~~

Von Zeile 189 bis 192:

3. Anträge, die die Änderung der Satzung beinhalten, bedürfen einer ~~Zwei-Drittel-Mehrheit~~, Anträge, die die Änderung der Wahlordnung beinhalten, bedürfen einer ~~Drei-Fünftel-Mehrheit~~, Anträge, die die Änderung dieser Geschäftsordnung beinhalten, bedürfen einer ~~absoluten Mehrheit~~. Drei-Viertel-Mehrheit, Anträge, die die Änderung der Geschäfts- und Wahlordnung beinhalten, bedürfen einer Drei-Fünftel-Mehrheit.

Von Zeile 299 bis 301:

Beginn der Sitzung erfolgt sein. Über Ausnahmen entscheidet in besonderen Fällen der LSS.

§20 Symboliken- und Zeichenregelung

1. Das Zeigen von Symbolen oder Zeichen, die verfassungsfeindliche, diskriminierende oder gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtete Inhalte darstellen, ist während des Zeitraumes des LSPs nicht gestattet. Selbiges gilt für das Anbringen oder Verteilen von Stickern.

2. Darüber hinaus ist jegliche Symbolik untersagt, die den Grundsätzen und Bestimmungen der LSV BS SH widerspricht.

3. Das Präsidium entscheidet in einer Einzelfallprüfung nach Beschwerde eines / einer Delegierten mit einfacher Mehrheit über die Zulässigkeit von Symbolik.

§ 20~~21~~ Auslegung dieser Geschäftsordnung

Von Zeile 335 bis 343:

1. Das LSP wählt den LSS, die stellv. LSS, ~~und~~ den LSB-Delegierten ~~und die weiteren Mitglieder des Landesvorstandes~~ für die Dauer eines Schuljahres, ~~also~~ regulär während der ~~ersten~~ letzten Sitzung des LSP, eines Schuljahres. Die Satzung oder diese Wahlordnung können Ausnahmen bestimmen.
- Die weiteren Mitglieder des Landesvorstandes werden ebenfalls für die Dauer eines Schuljahres auf der ersten Sitzung des LSP, eines Schuljahres gewählt.
2. ~~Das LSP kann, sofern ein vorzeitiges Amtsende durch Rücktritt oder Ende des Schulverhältnisses bevorsteht, eine Wahl bereits während seiner letzten Sitzung vor dem feststehenden Ende der Amtszeit durchführen.~~
- Das LSP kann, sofern ein vorzeitiges Amtsende durch Rücktritt oder Ende des Schulverhältnisses bevorsteht, eine Wahl bereits während seiner letzten Sitzung vor dem feststehenden Ende der Amtszeit durchführen.
3. ~~Der gewählte Nachfolger übernimmt die Amtsgeschäfte im Falle des Abs. 2 mit dem Amtsende seines Vorgängers.~~
- Der gewählte Nachfolger übernimmt die Amtsgeschäfte im Falle des Abs. 2 mit dem Amtsende seines Vorgängers.

Von Zeile 396 bis 399:

- Mit Inkrafttreten des § 3 Absatz 2 dieser Wahlordnung enden die Amtszeiten aller zum Zeitpunkt des Inkrafttretens amtierenden Landesvorstandsmitglieder. Die

Neuwahl des Landesvorstands erfolgt auf dem 94.
Landesschüler*innenparlament gemäß § 3 Absatz 2.

~~2. Über die Auslegung dieser Wahlordnung entscheidet im Einzelfall die
Sitzungsleitung.~~

- Über die Auslegung dieser Wahlordnung entscheidet im Einzelfall die
Sitzungsleitung.

~~3. Über Auslegungen, die über den Einzelfall hinausgehen, beschließt das LSP.~~

- Über Auslegungen, die über den Einzelfall hinausgehen, beschließt das LSP.

Begründung

Erfolgt mündlich...

Leitantrag

Initiator*innen: LSV-Vorstand (dort beschlossen am: 27.10.2025)

Titel: Was bleibt, was wird – Wir schreiben Zukunft

Antragstext

1 Das Landesschüler*innenparlament möge beschließen:

2 Das aktuelle Grundsatzprogramm der LSV BS SH durch die folgenden Fassung zu
3 ersetzen:

4 **"1. Bildungsgrundsätze und Schulorganisation**

5 *Bildung ist die Grundlage einer gerechten und demokratischen Gesellschaft.*
6 *Schule muss Raum für individuelle Entwicklung, kritisches Denken und gemeinsames*
7 *Lernen bieten. Eine moderne Bildungsorganisation muss gerecht, transparent und*
8 *frei von unnötiger Bürokratie sein. Ziel der LSV BS SH ist ein Schulsystem, das*
9 *alle Schüler*innen gleichermaßen befähigt, an einer solidarischen,*
10 *demokratischen Gesellschaft teilzuhaben.*

11 **1.1. Gerechte Leistungsbewertung**

12 Wir fordern die Abschaffung der klassischen Schulnoten, da sie keine
13 individuellen und gerechten Leistungsbewertungen ermöglichen.

14 Stattdessen soll ein System eingeführt werden, das die persönlichen
15 Lernfortschritte und Kompetenzen der Schüler*innen differenziert abbildet und
16 zugleich Vergleichbarkeit sichert.

17 Zusätzlich sollen die mündlichen Noten durch transparente Bewertungsraster
18 ersetzt werden.

1.2. Abschaffung der Abiturprüfungen

Wir fordern die Abiturprüfungen als überholtes und unverhältnismäßiges Bewertungssystem abzuschaffen.

Die Leistungen der Qualifikationsphase vollständig zur Ermittlung der Hochschulreife heranzuziehen.

1.3. Schulsystem-Reform – Eine Schule für alle

Wir fordern die Abschaffung des zwei- bzw. dreigliedrigen Schulsystem zugunsten einer gemeinsamen, inklusiven Gesamtschule, in der alle Schüler*innen bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen.

1.4. Oberstufenreform – Spezialisierung schafft Fachkräfte

Wir fordern, dass alle Schüler*innen in der Oberstufe mehr Wahlmöglichkeiten erhalten, in welchen Fächern Sie unterrichtet werden und welche Fachrichtung sie anstreben. Die allgemeinbildenden Gymnasien sollen sich langfristig an den beruflichen Gymnasien orientieren.

1.5. Zentrale Bildungsverwaltung

Wir fordern die Zentralisierung des Bildungssystems in Deutschland, um gleiche Standards, faire Ressourcenverteilung und eine bundesweite Vergleichbarkeit sicherzustellen.

1.6. Alle Lehrpläne zu Fachanforderungen

Wir fordern, dass sofort konsequent alle Lehrpläne zu Fachanforderungen umgeschrieben werden, um den Fokus auf Kompetenzen zu legen.

1.7. Aktualisierte Fachanforderungen und Kompetenzorientierung

Wir fordern, dass Fachanforderungen regelmäßig überprüft und modernisiert werden, um sie an gesellschaftliche, wirtschaftliche und digitale Entwicklungen anzupassen.

Der Fokus muss auf Demokratiebildung, Nachhaltigkeit und praktischen Lebenskompetenzen liegen.

1.8. Abbau von Kontrolle und Repression

Wir fordern, dass generelle Attestpflichten sowie pauschale Kontrollen an Schulen verboten werden.

Schule muss auf Vertrauen, nicht Misstrauen basieren.

1.9. Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung

Wir fordern die digitale Transformation der Schulverwaltung: elektronische Aktenführung, Online-Kommunikation, vereinfachte Antragsverfahren und datenschutzkonforme digitale Schulplattformen.

1.10. Schulautonomie und Partizipation

Wir fordern, dass Schulen mehr pädagogische und organisatorische Autonomie erhalten unter aktiver Mitbestimmung von Schüler*innen und Eltern.

2. Generelle Mitbestimmung und Schülervertretung

*Demokratie beginnt in der Schule. Mitbestimmung bedeutet, dass Schüler*innen aktiv an Entscheidungen beteiligt werden, die ihren Lern- und Lebensraum betreffen. Eine starke Schüler*innenvertretung (SV, KSV, LSV) ist dafür unerlässlich. Sie braucht rechtliche Absicherung, verlässliche Ressourcen und echte Mitsprachemöglichkeiten auf allen Ebenen der Bildungspolitik.*

2.1. Demokratische Mitbestimmung auf allen Ebenen

Wir fordern die Stärkung der demokratischen Mitbestimmung in allen Schulen – von der Klassen- bis zur Landesebene.

Schüler*innen müssen in allen Gremien Antrags-, Rede- und Stimmrechte haben.

2.2. Gemeinsame Landesschüler*innenvertretung

Wir fordern eine gemeinsame Landesschüler*innenvertretung aller Schularten in Schleswig-Holstein mit ausgewogener Vertretung der Interessen aller Schüler*innen.

2.3. Verbindliche Finanzierung der Schülervertretungen

Wir fordern eine verbindliche Mindestfinanzierung:

- 500 € jährlich für jede Schul-SV,

- 5.000 € für jede Kreisschüler*innenvertretung und

- 100.000 € für die Landesschüler*innenvertretungen,

automatisch indexiert mit der Inflationsrate.

2.4. Freistellung und Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit

Wir fordern gesetzlich verankerte Freistellungsansprüche für Mitglieder von SV, KSV und LSV und eine Erhöhung der Ansprüche für Landesschüler*innen- und Kreisschüler*innensprecher*innen.

Auch Arbeitgeber*innen müssen für den Einsatz von Berufsschüler*innen in der SV-, KSV- und LSV-Arbeit Freistellung gewähren.

2.5. Unterstützungsstrukturen und Verbindungslehrkräfte

Wir fordern die Bereitstellung einer stellvertretenden Landesverbindungslehrkraft und zwei Ausgleichsstunden für alle Verbindungslehrkräfte pro Woche, vier für Kreisverbindungslehrkräfte.

2.6. Unabhängige Geschäftsstelle der LSV

Wir fordern eine räumlich und personell eigenständige Geschäftsstelle für die Landesschüler*innenvertretungen Schleswig-Holsteins.

Diese muss unabhängig vom für Bildung zuständigen Ministerium arbeiten und darf nicht unter der fachlichen Aufsicht abgeordneter Lehrkräfte stehen.

2.7. Verlässliche Kommunikation

Wir fordern regelmäßige, niedrigschwellige Austauschrunden zwischen dem für Bildung zuständigen Ministerium (Schulaufsichten), LSVen und KSVen, einschließlich der Hausspitze (Minster*in, Staatssekretär*in)

96 Für die SVen fordern wir regelmäßige Austauschtermine mit der jeweiligen
97 Schulleitung.

98 2.8. Rechtsschutz und Beschwerdemöglichkeit für Schüler*innen

99 Wir fordern die Einrichtung einer anonymen Meldestelle bei der Schulaufsicht, an
100 die Schüler*innen Verstöße und Fehlverhalten melden können.

101 Darüber Hinaus sollte stets sichergestellt werden, dass die Rechte von
102 Schüler*innen gewahrt werden.

103 2.9. Strukturierter Dialog mit dem SHIBB

104 Wir fordern, dass das Schleswig-Holsteinische Institut für Berufliche Bildung
105 (SHIBB) verpflichtet wird, vor grundlegenden Änderungen an Schulformen oder
106 Bildungswegen einen strukturierten Dialog mit Schulleitungen, Lehrkräften,
107 Schüler*innenvertretungen und Ausbildungspartner*innen zu führen. Dieser Diskurs
108 soll verbindlich dokumentiert und öffentlich einsehbar sein.

109 2.10. Landesweites Vernetzungsportal für die SVen

110 Die LSV BS SH fordert ein landesweiter digitales Schüler*innenvertretungsportal,
111 über das die SVen vor Ort Zugang zu einem Funktionspostfach, wichtigen
112 Informationen, Vernetzungsangeboten und SV- Materialien erhalten.

113 3. Unterricht und Lernqualität

114 *Guter Unterricht ist das Herzstück jeder Schule. Lehrqualität entsteht durch*
115 *fachliche Kompetenz, pädagogisches Geschick und gute Rahmenbedingungen. Die LSV*
116 *BS SH setzt sich für modernen, praxisnahen, digitalen und gerechten Unterricht*
117 *ein, der Vielfalt fördert und individuelle Lernwege ermöglicht.*

118 3.1. Angemessene Klassengröße und Unterrichtsversorgung

119 Wir fordern kleine Klassen und Lerngruppen.

120 Der Klassenteiler soll um mindestens 20%, am besten um 40% gesenkt werden, und
121 die Unterrichtsversorgung ist auf mindestens 110% zu erhöhen, um Ausfälle zu
122 vermeiden.

123 3.2. Qualifizierte und motivierte Lehrkräfte

124 Wir fordern, dass alle Lehrkräfte, insbesondere Quereinsteiger*innen, eine
125 umfassende pädagogische und medientechnische Ausbildung erhalten.

126 Außerdem müssen regelmäßige, verpflichtende Fortbildungen zu Pädagogik,
127 Inklusion, Gendergerechtigkeit, Digitalisierung und ihren Fachkompetenzen
128 garantiert werden.

129 3.3. Gerechter Einsatz und faire Arbeitsbedingungen

130 Wir fordern, dass Lehrkräfte ausschließlich in ihren Fachrichtungen eingesetzt
131 werden und angemessene Entlastung bei Prüfungen, Korrekturen und Klassenfahrten
132 erhalten. Dazu gehört ein Bereitschaftsgeld für mehrtägige Fahrten außerhalb der
133 regulären Arbeitszeit.

134 3.4. Lehrkräfte-Evaluation durch Schüler*innen

135 Wir fordern, dass Schüler*innen Lehrkräfte anonym evaluieren können. Die
136 Ergebnisse müssen veröffentlicht, im Kollegium besprochen, in den Konferenzen
137 behandelt und zur Qualitätsverbesserung genutzt werden.

138 3.5. Unterrichtsformen der Zukunft

139 Wir fordern zeitgemäße Unterrichtsformen wie Doppelstunden, betreute Lernzeiten,
140 Projektunterricht, Portfolioprüfungen und kooperative Lernformate.

141 Hausaufgaben in ihrer bisherigen Form sollen abgeschafft werden.

142 3.6. Faire Leistungsbewertung

143 Wir fordern eine faire und transparente Leistungsbewertung:

144 – anonyme Klausuren,

145 – Korrekturfristen von maximal 4 Wochen,

146 – nicht mehr als 4 schriftliche Leistungsnachweise pro Wochen und

147 – keine Prüfungen und Nachschreibetermine an Wochenenden.

148 3.7. Moderne Lehrmittel und Lernmittelfreiheit

149 Wir fordern die vollständige Lernmittelfreiheit für alle Bildungsgänge,
150 einschließlich Fachbücher, Tablets, branchenspezifisches Material und
151 Berufskleidung.

152 3.8. Digitale Schule

153 Wir fordern die flächendeckende digitale Ausstattung aller Schulen mit WLAN,
154 Smartboards, Endgeräten und sicheren Lernplattformen.

155 Schulendürfen dabei keine personenbezogenen Nutzerdaten speichern.

156 3.9. Medien und Nachrichtenkompetenz

157 Wir fordern die verbindliche Integration von Medienbildung, Quellenkritik und
158 digitaler Verantwortung in allen Fachanforderungen.

159 3.10. Unterrichtsqualität sichern und überprüfen

160 Wir fordern einen unabhängigen "Schul-TÜV", der Schulen regelmäßig evaluiert und
161 die Ergebnisse transparent veröffentlicht.

162 3.11. Von der Befehlskette zur Beziehungskultur

163 Wir fordern, dass im Vorbereitungsdienst sowie in der Lehrkräfteausbildung an
164 Berufsschulen verpflichtende Module zu Machtkritik, Hierarchien im
165 Bildungssystem und feministischer Pädagogik eingeführt werden. Dabei soll
166 insbesondere die Reproduktion patriarchaler, autoritärer Strukturen im
167 Schulalltag reflektiert und dekonstruiert und die Partizipation erhöht werden.

168 3.12. KI – Kritische Insights

169 Wir fordern landesweite und bildungsgang-/fachspezifische Regelungen zur Nutzung
170 künstlicher Intelligenz im Unterricht und bei Klausuren.

171 Außerdem sollen KI-Tools aktiv in den Unterricht integriert und dort auch
172 inhaltlich, pädagogisch und datenschutzkonform behandelt werden.

3.13. Weltverständnis statt Indoktrinierung

Wir fordern die Streichung von Religions- und Philosophieunterricht. Ersetzend soll Weltverständnis als Fache geschaffen werden, welches nicht nur die Elemente von Ethik, kritisches Hinterfragen und Verständnis der Weltreligion und Grundsätze des philosophischen Denkens behandelt. Dazu soll eine entsprechende Fachanforderung geschaffen werden.

4. Soziale Gerechtigkeit und Finanzierung

*Bildung ist ein Grundrecht und darf nicht vom Einkommen, sozialen Hintergrund oder Wohnort abhängen. Soziale Gerechtigkeit im Bildungssystem bedeutet, dass alle Schüler*innen unabhängig von ihrer Lebenslage die gleichen Chancen auf Erfolg und Teilhabe haben. Dazu gehören finanzielle Unterstützung, Lernmittelfreiheit und eine faire Ausbildungsförderung.*

4.1. Bildung ohne finanzielle Barrieren

Wir fordern, dass Zugang zu Bildung in Schleswig-Holstein vollständig kostenfrei ist – von der Kita bis zur Hochschule.

Elternbeiträge zu Klassenfahrten, Lernmitteln, Prüfungen oder verpflichtenden Schulaktivitäten müssen abgeschafft werden.

4.2. Gerechte Ausbildungs- und Studienfinanzierung

Wir fordern die finanzielle Gleichstellung von Ausbildungs- und Studienplätzen – gleiche Chancen, gleiche Unterstützung.

4.3. Elternunabhängiges und gerechtes BAföG/BAB

Wir fordern, dass BAföG und BAB elternunabhängig, geschwisterunabhängig und unbürokratisch gewährt werden.

Anträge sollen digitalisiert, vereinfacht und sozial gerechter gestaltet werden.

4.4. Faire Vergütung für Ausbildung und Praktikum

Wir fordern eine gesetzliche Mindestvergütung für Ausbildungen und Praktika, die mindestens dem gesetzlichen Mindestlohn entspricht.

4.5. Kostenlose Unterbringung für Berufsschüler*innen

Wir fordern, dass Berufsschüler*innen, die aufgrund ihres Ausbildungsortes längere Schulwege haben, Anspruch auf kostenfreie Unterbringung oder Wohnraumförderung erhalten.

4.6. Keine Kürzung im Bildungswesen

Wir fordern, dass der Bildungsetat des Landes nicht gekürzt, sondern langfristig ausgebaut wird.

Lehrkräfte-Abbau ist sofort zu stoppen.

4.7. Bildungsgerecht finanzieren – Zukunft ermöglichen

Wir fordern, dass die Schulfinanzierung bundesweit gleichgestellt und von der regionalen Wirtschaftskraft unabhängig gestaltet wird.

4.8. Staatlich geförderte Innovationsfonds

Wir fordern die Einrichtung eines Innovationsfonds, der Schulen ermöglicht, innovative Projekte und Konzepte eigenständig zu entwickeln und umzusetzen.

4.9. Steuerliche Entlastungen für Bildungsgüter

Wir fordern die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel sowie auf Lern- und Unterrichtsmaterialien.

4.10. Kostenlose Sprachzertifikate

Die volle Übernahme der Kosten für anerkannte Sprachzertifikate durch öffentliche Mittel für alle Schüler*innen

5. Nachhaltigkeit und Mobilität

Nachhaltigkeit ist ein zentraler Bildungsauftrag. Schulen müssen Lernorte sein, die ökologisches Bewusstsein, Verantwortung und zukunftsorientiertes Handeln fördern. Mobilität, Energieverbrauch und Verpflegung sind dabei ebenso wichtig wie Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Die LSV BS SH setzt sich für ein klimafreundliches, nachhaltiges und sozial gerechtes Schulsystem ein.

226 5.1. Bildung für nachhaltige Entwicklung

227 Wir fordern, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen Fachanforderungen
228 verbindlich verankert wird.

229 Schüler*innen sollen befähigt werden, ökologische, soziale und ökonomische
230 Zusammenhänge kritisch zu reflektieren und verantwortungsvoll zu handeln.

231 5.2. Nachhaltige Schulgebäude und Beschaffung

232 Wir fordern, dass alle Schulen nach energieeffizienten, ökologischen und
233 barrierefreien Standards saniert oder gebaut werden.

234 Nachhaltige Materialien, Klimafreundliche Heizsystem und ressourcenschonende
235 Beschaffung sollen verpflichtend sein.

236 5.3. Kostenfreie, tragbare und digitale Schulmobilität

237 Wir fordern eine moderne, umweltfreundliche und digitale Schulmobilität:

238 – Kostenlose Nutzung des ÖPNV für alle Schüler*innen,

239 – Ausbau und Taktverdichtung von Bus und Bahn sowie Reaktivierung stillgelegter
240 Bahnlinien,

241 – barrierefreie Zugänge und sichere Fahrradwege,

242 – kostenloses WLAN in Verkehrsmitteln und intelligentes Entschuldigungssystem
243 bei ÖPNV-bedingten Verspätungen.

244 5.4. Nachhaltige Digitalisierung

245 Wir fordern, dass bei der Digitalisierung der Schulen Nachhaltigkeit mitgedacht
246 wird – etwa durch effiziente Soft- und Hardware, energiesparende und -bewusste
247 Nutzung, langlebige Geräte und Recyclingprogramme.

248 Besonders soll die Digitalisierung aber auch bei Schüler*innen einen
249 nachhaltigen Kompetenzerwerb hervorbringen.

6. Politische Bildung

*Politische Bildung ist die Grundlage einer lebendigen Demokratie. Schule hat den Auftrag, junge Menschen zu selbständigem Denken, kritischem Hinterfragen und verantwortungsvollem Handeln zu befähigen um mündige Bürger*innen zu schaffen. Politische Bildung muss daher fächerübergreifend stattfinden, Demokratie erlebbar machen und vor Extremismus sowie Diskriminierung schützen.*

6.1. Politische Bildung als Kernaufgabe der Schule

Wir fordern, dass politische Bildung und Demokratieverständnis als fester Bestandteil aller Fachanforderungen und Bildungsgänge verankert werden.

Dazu gehört die Förderung von Medien-, Diskussions- und Beteiligungskompetenzen sowie die Stärkung des Verständnisses für Grundrechte, Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe.

6.2. Eigenständige Fächer: Politik- und Geschichtsunterricht

Wir fordern die Einrichtung der eigenständigen Fächer "Politik" und "Geschichte" an allen berufsbildenden Schulen, welche regelmäßig, mit mindestens 2 Wochenstunden und praxisnah unterrichtet werden.

6.3. Demokratiebildung im Schulalltag

Wir fordern, dass Schulen demokratische Entscheidungsprozesse erlebbar machen – etwa durch eine gestärkte Schülervertretung, Beteiligungsprojekte und Wahltrainings.

Lehrkräfte sollen für Demokratiepädagogik qualifiziert und Schüler*innen zur aktiven Mitwirkung ermutigt werden.

Der Beutelsbacher Konsens sollte stets als Vorbild gelten.

6.4. Erinnerungskultur und historische Verantwortung

Wir fordern, dass jede*r Schüler*in während der Schulzeit mindestens einmal eine Gedenkstätte des Nationalsozialismus besucht.

Der Geschichtsunterricht soll die Auseinandersetzung mit Antisemitismus,

277 Rassismus und totalitären Systemen fördern und Bezüge zur Gegenwart herstellen.

278 6.5. Aufklärung über Extremismus und Diskriminierung

279 Wir fordern umfangreiche Aufklärung über alle Formen von Extremismus,
280 insbesondere Rechtsextremismus, Antisemitismus, Sexismus und
281 Queerfeindlichkeit.

282 Schulen müssen aktiv und transparent gegen jede Form gruppenbezogener
283 Menschenfeindlichkeit vorgehen.

284 6.6. Konsequenzen bei verfassungsfeindlichen Verhalten

285 Wir fordern, dass Lehrkräfte, die gegen die freiheitliche-demokratische
286 Grundordnung handeln oder Mitglieder rechtsextremer Organisationen (u.a. die
287 AfD) sind, aus dem Schuldienst entfernt werden.

288 6.7. Mitbestimmung auch auf Landesebene

289 Wir fordern, dass im Land Schleswig-Holstein zur Förderung der Mitbestimmung von
290 Kindern und Jugendlichen, sowie als Instrumente der politischen Bildung ein
291 Landesjugendbeirat unter Einbeziehung der großen Jugendverbände und
292 Jugendvertretungen, sowie der LSVen im Land gebildet wird.

293 6.8. Europäische und globale politische Bildung

294 Wir fordern die Schaffung einer Europäischen Zentrale für politische Bildung
295 (EZPB).

296 Ebenfalls sollen im Politikunterricht europäische und internationale
297 Zusammenhänge stärker integriert werden, um globale Verantwortung und
298 Solidarität zu fördern.

299 6.9. Projektstage als Mittel der politischen Bildung

300 Wir fordern die Einführung von mindestens zwei verpflichtenden Projekttagen pro
301 Schuljahr an berufsbildenden Schulen, die sich mit aktuellen politischen und
302 gesellschaftlichen Themen beschäftigen.

303 7. Lebensraum Schule

Schule ist mehr als ein Lernort – sie ist Lebensraum, sozialer Treffpunkt und Ort der Persönlichkeitsentwicklung. Damit sich Schüler*innen wohlfühlen und entfalten können, braucht es gute Ausstattung, Inklusion, Gleichstellung, Gesundheitsförderung und eine Kultur des Respekts. Die LSV BS SH setzt sich für Schulen ein, die sicher, inklusiv, barrierefrei und wertschätzend sind.

7.1. Schule als Ort des Wohlbefindens

Wir fordern, dass Schulen Orte sind, an denen sich alle Beteiligten sicher, respektiert und wohl fühlen.

Dazu gehören Rückzugsräume, Ruhebereiche, gesunde Lernbedingungen und eine offene, wertschätzende Schulkultur.

7.2. Ausstattung und Schulräume

Wir fordern ergonomisches Mobiliar, ausreichende Schließfächer, funktionale Arbeitsräume, digitale Infrastruktur und moderne Mensen an allen berufsbildenden Schulen.

7.3. Schulverpflegung und Gesundheit

Wir fordern die kostenlose Bereitstellung gesunder, ausgewogener Mahlzeiten mit veganen, vegetarischen und halal- zertifizierten Optionen.

Zudem sollen Schulen Konzepte zur Bewegung, Ernährung und mentaler Gesundheit verankern.

7.4. Inklusion und Teilhabe

Wir fordern, dass Schulen konsequent inklusiv gestaltet werden – baulich, organisatorisch und pädagogisch.

Jede Schule muss barrierefrei zugänglich sein und individuelle Nachteilsausgleiche anbieten.

7.5. Individuelle Förderung und Nachteilsausgleich

Wir fordern transparente und einheitliche Regelungen für Nachteilsausgleiche sowie individuelle Förderkonzepte für Schüler*innen mit Beeinträchtigungen,

331 Teilleistungsstörung (z.B. LRS, Dyskalkulie etc.) oder besondere Begabungen.

332 Alle Maßnahmen sollen frühzeitig, nachvollziehbar und diskriminierungsfrei
333 umgesetzt werden.

334 7.6. Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt

335 Wir fordern, dass alle Schulen ein diskriminierungsfreies Umfeld für queere,
336 trans* und nicht-binäre Personen schaffen.

337 Dazu gehören auch die Anerkennung des dgti-Ergänzungsausweises sowie die
338 konsequente Nutzung des gewählten Namens.

339 7.7. Gleichstellung und gendergerechte Bildung

340 Wir fordern, dass Lehrkräfte verpflichtend auf geschlechtergerechte Sprache und
341 Darstellungsformen achten.

342 Das Thema "Gendergerechtigkeit" ist verbindlich in den Fachanforderungen,
343 insbesondere im Deutschunterricht, zu verankern.

344 7.8. Sensibilisierung und Prävention

345 Wir fordern verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte zur Antidiskriminierung,
346 Mental Health und Gewaltprävention.

347 Schulen sollen Konzepte für einen achtsamen Umgang mit psychischen Belastungen
348 entwickeln.

349 7.9. Hygiene, Privatsphäre und Grundbedürfnisse

350 Wir fordern ausreichend genderneutrale Toiletten, kostenfreie
351 Menstruationsprodukte und sichere Trinkwasserversorgung an allen Schulen.

352 7.10. Kommunikation und Partizipation im Schulalltag

353 Wir fordern, dass Informationsflüsse zwischen Schüler*innen, Lehrkräfte und
354 Schulleitung verbindlich und transparent geregelt werden.

355 7.11. Religiöse und kulturelle Bedürfnisse

356 Wir fordern, dass an allen Schulen Gebetsräume eingerichtet werden und religiöse
357 Feiertage respektiert werden.

358 7.12. Schüler*innen Meinung durch und durch

359 Schüler*innen aktiv in die Planung und Durchführung von Schulfahrten und anderen
360 Veranstaltungen mit einbezogen werden.

361 7.13. Schule als Schutzort

362 Die LSV BS SH fordert verpflichtende Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt
363 für alle berufsbildenden Schulen und Ausbildungsbetriebe in Schleswig-Holstein.
364 Dazu gehören Präventionsworkshops, geschulte Ansprechpersonen und vertrauliche
365 Beschwerdewege. Diese sind verbindlich im Curriculum zu verankern, jährlich zu
366 behandeln und im Rahmen schulinterner Evaluationen regelmäßig zu überprüfen

367 **8. Bundesweite und Internationale Schule**

368 *Bildung endet nicht an Landesgrenzen. Schüler*innen brauchen Austausch,*
369 *Kooperation und gemeinsame Stimme – national wie international. Die LSV BS SH*
370 *setzt sich dafür ein, dass Schüler*innenvertretungen bundesweit vernetzt sind*
371 *und internationale Bildungsprojekte gefördert werden, um globale Perspektiven*
372 *und Solidarität zu stärken.*

373 8.1. Inhalte demokratisch sichern

374 Wir fordern, dass die Satzungen bundesweiter Zusammenschlüsse sicherstellen,
375 dass inhaltliche Anträge beraten und demokratisch nach dem Mehrheitsprinzip
376 abgestimmt werden.

377 8.2. Schüler*innengremium wie KMK

378 Wir fordern, dass die Bundesschülerkonferenz sich stärker an der Struktur und
379 Arbeitsweise der Kultusministerkonferenz orientiert, um eine gleichwertige
380 Vertretung der Schüler*innen Interessen zu erreichen.

381 8.3. Mehr Internationaler Austausch

382 Wir fordern, dass internationale Austauschprogramme für Schüler*innen und
383 Lehrkräfte stärker gefördert und ausgebaut werden.

384 8.4. Partnerschulen für Europa

385 Wir fordern, dass Partnerschaften zwischen Schulen im In- und Ausland aktiv
386 unterstützt werden, um interkulturelle Kompetenz und europäisches Bewusstsein zu
387 fördern.

388 8.5. Internationale Kosten? Gesichert!

389 Wir fordern, dass berufliche Austauschprogramme und Praktika im Ausland
390 finanziell unterstützt werden.

391 8.6. Europa in den Unterricht

392 Wir fordern, dass europäische und internationale Bildungsinitiativen aktiv in
393 den Unterricht integriert werden, um globale Verantwortung und Friedensbildung
394 zu fördern.

395 8.7. Finanzielles für Soziales

396 Wir fordern die finanziellen Mittel für die unterschiedlichen Formen der
397 sozialen Dienste (FSJ, BFD, etc.) zu erhalten und langfristig auszubauen."

Begründung

1. Aufräumen und Strukturen schaffen

Das bisherige Grundsatzprogramm ist über viele Jahre gewachsen und enthält zahlreiche Wiederholungen, Vermischungen auf verschiedener Ebene sowie teils überholte Formulierungen. Das neue Grundsatzprogramm räumt diesen Wildwuchs auf: Inhalte wurden gesichtet, zusammengeführt, klarer strukturiert und sprachlich vereinheitlicht. Das Ergebnis ist ein nachvollziehbares, verständliches und stringentes Zukunftsdokument.

2. Redundanzen abbauen

An vielen Stellen gab es inhaltliche Doppelungen oder Feorderung, die bereits an andere Stelle der Beschlusslage geregelt waren. Im neuen Grundsatzprogramm wurden diese Redundanzen konsequent gestrichen oder zusammengeführt. Dadurch wird das Programm nicht nur kürzer und kompakter, sondern

auch deutlich klarer in seiner Botschaft.

3. Aktualisierung

Seit Änderungen am Grundsatzprogramm nachzuvollziehen sind, hat sich die schulische Realität stark verändert: Digitalisierung, Fachkräftemangel, psychische Belastungen, gesellschaftliche Spannungen und Entwicklungen in den Grundsätzen von Bildung und Politik erfordern neue Antworten. Das neue Grundsatzprogramm stellt genau das sicher, dass die LSV BS SH diesen aktuellen Herausforderungen präzise und zeitgemäß begegnet.

4. Zukunftsfähigkeit

Ein Grundsatzprogramm soll den zukünftigen Weg weisen. Das neue GSP orientiert sich daher nicht an den Problemen der Vergangenheit, sondern an den Anforderungen der kommenden Jahre: nachhaltige Bildung, digitale Kompetenz, chancengerechte Bildung, moderne Mitbestimmung sowie zeitgemäße Unterrichts- und Schulstrukturen. Damit legt die LSV BS SH die Grundlage für eine langfristige, progressive Bildungspolitik.

5. Trennung zwischen Grundsatzprogramm und Beschlusslage

Das bisherige Grundsatzprogramm vermischte häufig grundsätzliche Leitlinien mit konkreten Forderungen, die besser in der aktuellen Beschlusslage aufgehoben sind. Im neuen GSP wurde bewusst eine klare Trennung vorgenommen:

- Das Grundsatzprogramm formuliert Werte, langfristige Leitlinien und Grundüberzeugungen
- Die Beschlusslage regelt konkrete, kurzfristige Forderungen und politische Maßnahmen.

Damit wird die LSV BS SH strategisch schärfer, politisch professioneller und nach außen deutlich verständlicher.

6. Frischer Wind für frische Ideen

Ein neues Grundsatzprogramm ist mehr als eine Überarbeitung, es ist ein Aufbruch. Die neue Fassung bringt frische Impulse, neue Perspektiven und Ideen, die den aktuellen Herausforderungen gerecht werden. Die Inhalte spiegeln die Energie und Motivation der aktiven Schüler*innenvertretung wider und geben dem politischen Engagement der kommenden Jahre einen neuen Schwung.

92A11 A27

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

Titel: **Bezahlbare und flächendeckende
Kantinenversorgung an beruflichen Schulen**

Antragstext

Das LSP möge beschließen:

1. An allen beruflichen Schulen in Schleswig-Holstein soll eine Kantinenlösung eingeführt oder bestehende Angebote verbessert werden.
2. Die Preise für Mahlzeiten sollen bezahlbar gestaltet werden, sodass alle Schüler*innen Zugang zu einer ausgewogenen Verpflegung haben.
3. Die Schulen sollen bei der Preisbildung unterstützend tätig sein und Maßnahmen ergreifen, um sozialverträgliche Preise zu gewährleisten.
4. Das Land Schleswig-Holstein sowie der Bund werden aufgefordert, finanzielle Unterstützung bereitzustellen, um eine flächendeckende und kostengünstige Kantinenversorgung an den beruflichen Schulen sicherzustellen.

Begründung

Erfolgt mündlich

Ä1

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: SV BBZ-Norderstedt (dort beschlossen am: 02.04.2025)

Titel: Ä1 zu 92A11 A27: Bezahlbare und flächendeckende Kantinenversorgung an beruflichen Schulen

Titel

Ändern in:

Kostenlose und flächendeckende Kantinenversorgung an beruflichen Schulen

Antragstext

Von Zeile 1 bis 7:

Das LSP möge beschließen:

Das Grundsatzprogramm im folgenden Wortlaut zu ändern.

Punkt 2.15 wird neu gefasst und im Grundsatzprogramm wie folgt verfasst:

1. ~~An~~Es wird gefordert an allen beruflichen Schulen in Schleswig-Holstein ~~soll~~ eine Kantinenlösung ~~eingeführt oder bestehende~~einzuführen, sowie die bestehenden Angebote verbessert werden zu verbessern und für alle Varianten, Vorlieben und oder Einschränkungen von Schüler*innen dementsprechend zu erweitern. (Vegan, Halal, Allergene etc.).
2. Die ~~Preise für~~ Mahlzeiten sollen ~~bezahlbar gestaltet werden~~kostenlos sein,

- sodass alle Schüler*innen Zugang zu einer ausgewogenen Verpflegung haben.
3. Die Schulen sollen bei der ~~Preisbildung~~Umsetzung unterstützend tätig sein und Maßnahmen ergreifen, um ~~sozialverträgliche Preise~~kostenloses Schulessen zu gewährleisten.

Von Zeile 9 bis 11:

4. finanzielle Unterstützung bereitzustellen, um eine flächendeckende und ~~kostengünstige~~kostenlose Kantinenversorgung an den beruflichen Schulen sicherzustellen.

Begründung

Das 92. LSP hat bereits am 12.03.2025 einem inhaltlichen Antrag zugestimmt, dass das Schulessen

in Schleswig-Holsteinischen Bildungszentren und berufsbildenden Schulen kostenlos für alle zur Verfügung gestellt werden soll. Somit wäre ein Antrag, in welchem nun "bezahlbares" Schulessen gefordert wird nicht mit den Grundsätzen der LSV-BS-SH vereinbar und sollte somit gemäß des Grundsatzprogrammes auch daran angeglichen werden.

Auch müssen die Minderheiten geschützt werden, welche durch potenzielle Einschränkungen oder aus anderen Gründen dann im Zweifelsfall nicht am Kantinen Angebot profitieren können.

Denken wir alle an ein inklusives und soziales Miteinander.

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Rasmus Wendt (SV Eckener-Schule Flensburg)

Titel: **Ä2 zu 92A11 A27: Bezahlbare und flächendeckende Kantinenversorgung an beruflichen Schulen**

Antragstext

Von Zeile 1 bis 11:

~~Das LSP möge beschließen:~~

Das LSP wolle beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

- ~~1. An allen beruflichen Schulen in Schleswig-Holstein soll eine Kantinenlösung eingeführt oder bestehende Angebote verbessert werden.~~

Der 2.14 wird in folgendem Wortlaut neu gefasst: "Wir fordern an allen beruflichen Schulen in Schleswig-Holstein kostenlose Kantinenlösungen einzuführen oder bestehende Angebote zu verbessern und für alle Varianten, Vorlieben und oder Einschränkungen von Schüler*innen (Vegan, Halal, Allergene etc.) entsprechend zu erweitern."

- ~~2. Die Preise für Mahlzeiten sollen bezahlbar gestaltet werden, sodass alle Schüler*innen Zugang zu einer ausgewogenen Verpflegung haben.~~

Der 2.19 wird gestrichen.

- ~~3. Die Schulen sollen bei der Preisbildung unterstützend tätig sein und Maßnahmen ergreifen, um sozialverträgliche Preise zu gewährleisten.~~
- ~~4. Das Land Schleswig-Holstein sowie der Bund werden aufgefordert, finanzielle Unterstützung bereitzustellen, um eine flächendeckende und kostengünstige~~

~~Kantinenversorgung an den beruflichen Schulen sicherzustellen.~~

Begründung

Erfolgt mündlich.

92A12 A28

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

Titel: **Moderne technische Ausstattung für jeden Klassenraum**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird ein 13.3. in folgendem Wortlaut eingefügt:
- 3 "Wir fordern, dass jeder Klassenraum mit einem Beamer ausgestattet sein soll,
4 der eine einfache Verbindung über HDMI ermöglicht. Zusätzlich soll zu jedem
5 Beamer eine Dokumentenkamera gehören, um Arbeitsblätter unkompliziert
6 projizieren und bearbeiten zu können."

Begründung

Erfolgt mündlich

Ä1

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 12.03.2025)

Titel: Ä1 zu 92A12 A28: Moderne technische Ausstattung für jeden Klassenraum

Antragstext

Von Zeile 3 bis 6:

"Wir fordern, dass jeder Klassenraum mit einem Beamer oder Smartboard ausgestattet sein soll, ~~der~~der/das eine einfache Verbindung über HDMI sowie kabellose Verbindungsmöglichkeiten ermöglicht. Zusätzlich soll zu jedem ~~Beamer~~ Beamer/Smartboard eine Dokumentenkamera gehören, um Arbeitsblätter unkompliziert projizieren und bearbeiten zu können."

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Elias Görth (Landesschülersprecher)

Titel: Ä2 zu 92A12 A28: Moderne technische Ausstattung für jeden Klassenraum

Antragstext

Von Zeile 0 bis 6:

Das LSP möge beschließen:

~~Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:~~

1. Jeder Klassenraum soll mit einem Beamer oder Smartboard ausgestattet sein, sodass eine kabellose Verbindung sowie eine Verbindung über HDMI möglich ist. Zusätzlich soll zu jedem Beamer/Smartboard eine Dokumentenkamera gehören, um Arbeitsblätter unkompliziert projizieren und bearbeiten zu können.
2. Der technische Stand soll dabei jeweils ständig evaluiert und bei neuen technischen Entwicklungen angepasst werden.

~~Es wird ein 13.3. in folgendem Wortlaut eingefügt:~~

3. In das Grundsatzprogramm wird ein 13.3. in folgendem Wortlaut eingefügt:

~~"Wir fordern, dass jeder Klassenraum mit einem Beamer ausgestattet sein soll, der eine einfache Verbindung über HDMI ermöglicht. Zusätzlich soll zu jedem Beamer eine Dokumentenkamera gehören, um Arbeitsblätter unkompliziert projizieren und bearbeiten zu können."~~

"Wir fordern, dass jeder Klassenraum mit angemessenen technischen Vorrichtungen zur Unterrichtsunterstützung ausgestattet ist."

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

Titel: **Klare Regelungen und Integration von Künstlicher Intelligenz im Unterricht**

Antragstext

Das LSP möge beschließen:

1. Das MBWFK wird aufgefordert, klare Regelungen zur Nutzung Künstlicher Intelligenz im Unterricht und bei Klausuren durch Schüler*innen zu erarbeiten.
2. Diese Regelungen sollen fachspezifisch sowie an die unterschiedlichen Schularten und Bildungsgänge angepasst sein.
3. KI-gestützte Tools sollen aktiv im Unterricht eingesetzt werden. Dabei sollen sowohl ihre Vorteile als auch ihre Grenzen sowie die korrekte Nutzung thematisiert werden.
4. Zur Verankerung dieser Forderungen im Grundsatzprogramm wird es wie folgt ergänzt:
 1. Es wird ein 13.4. in folgendem Wortlaut eingefügt: "Wir fordern, dass KI-Tools aktiv in den Unterricht integriert und dort auch inhaltlich behandelt werden."

- 15 2. Es wird ein 13.5. in folgendem Wortlaut eingefügt: "Wir fordern,
16 dass es klare, landesweite und bildungsgang-/fachspezifische
17 Regelungen zur Nutzung künstlicher Intelligenz im Unterricht und bei
18 Klausuren geben soll."

Begründung

Erfolgt mündlich

Ä1

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Elias Görrh (Landesschülersprecher)

Titel: Ä1 zu 92A13 A29: Klare Regelungen und
Integration von Künstlicher Intelligenz im
Unterricht

Antragstext

Von Zeile 3 bis 4 einfügen:

1. Intelligenz im Unterricht und bei Klausuren durch Schüler*innen zu erarbeiten. Inbesondere sollen verbindliche Regelungen für den Umgang mit mutmaßlicher KI-Nutzung durch Schüler*innen gefunden werden. Dabei muss stets die Beweispflicht stets bei den beurteilenden Lehrkräften liegen.

Begründung

erfolgt mündlich

92A14 A30

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

Titel: **Mehr Wahlmöglichkeiten und Mitbestimmung im Stundenplan**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird ein 7.19. in folgendem Wortlaut eingefügt:
- 3 "Wir fordern eine stärkere Implementierung von Wahlpflichtkursen sowie mehr
- 4 Mitbestimmung der Schülerinnen über die Inhalte ihres Stundenplans."

Begründung

Erfolgt mündlich

92A15 A31

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

Titel: Lebensnahe Inhalte im Unterrichtsalltag

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird ein 8.8. in folgendem Wortlaut eingefügt:
- 3 "Wir fordern, dass Unterricht und Lehrpläne – insbesondere im Wirtschafts- und
- 4 Politikunterricht – so angepasst werden, dass verstärkt lebensnahe Inhalte
- 5 vermittelt werden, die Schüler*innen im späteren Leben benötigen."

Begründung

Erfolgt mündlich

Ä1

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer (SV-RBZ am Königsweg)

Titel: Ä1 zu 92A15 A31: Lebensnahe Inhalte im
Unterrichtsaltag

Antragstext

Von Zeile 3 bis 4:

"Wir fordern, dass Unterricht und ~~Lehrpläne~~Fachanforderungen – insbesondere im Wirtschafts- und Politikunterricht – so angepasst werden, dass verstärkt lebensnahe Inhalte

92A16 A32

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 24.02.2025)

Titel: **Mehr Zeit für Sportunterricht im Stundenplan**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird ein 7.20. in folgendem Wortlaut eingefügt:
- 3 "Wir fordern, dass dem Sportunterricht mehr Zeit im Stundenplan eingeräumt wird,
4 um die körperliche Gesundheit und das Wohlbefinden der Schüler*innen zu
5 fördern."

Begründung

Erfolgt mündlich

Ä1

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer (SV-RBZ am Königsweg)

Titel: **Ä1 zu 92A16 A32: Mehr Zeit für Sportunterricht
im Stundenplan**

Antragstext

Von Zeile 3 bis 4 einfügen:

"Wir fordern, dass dem Sportunterricht mehr Zeit im Stundenplan eingeräumt und um Themen wie körperliche Gesundheit im Alltag und im Beruf erweitert wird, um die körperliche Gesundheit und das Wohlbefinden der Schüler*innen zu

Begründung

erfolgt mündlich

Ä2

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Elias Görth (Landesschülersprecher)

Titel: Ä2 zu 92A16 A32: Mehr Zeit für Sportunterricht
im Stundenplan

Antragstext

Von Zeile 3 bis 4:

"Wir fordern, dass ~~dem Sportunterricht~~ Themen wie körperliche Gesundheit im Alltag und im Beruf

Begründung

folgt

Ä3

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 16.05.2025)

Titel: **Ä3 zu 92A16 A32: Mehr Zeit für Sportunterricht im Stundenplan**

Antragstext

In Zeile 1:

Das LSP möge beschließen,[Leerzeichen]

das Grundsatzprogramm soll wie folgt ~~zu ändern~~geändert werden:

Von Zeile 4 bis 5 einfügen:

um die körperliche Gesundheit und das Wohlbefinden der Schüler*innen zu fördern."

Zusätzlich soll das Fach Sport in BGVO §4 Abs. 1 ebenfalls dem Aufgabenfeld "mathematisch-naturwissenschaftlich-technisch" zugeordnet werden, um es Schulen zu ermöglichen, Sport ebenfalls als Pflicht-, Wahlpflicht- oder Wahlfach anzubieten.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Rasmus Wendt (SV Eckener-Schule Flensburg)

Titel: **Ä4 zu 92A16 A32: Mehr Zeit für Sportunterricht im Stundenplan**

Antragstext

Von Zeile 1 bis 5:

Das LSP möge beschließen, ~~das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:~~
~~Es wird ein 7.20. in folgendem Wortlaut eingefügt:~~

1. In das Grundsatzprogramm wird ein 7.20. in folgendem Wortlaut eingefügt:

"Wir fordern, dass dem Sportunterricht mehr Zeit im Stundenplan eingeräumt und um Themen wie körperliche Gesundheit im Alltag und im Beruf erweitert wird, um die körperliche Gesundheit und das Wohlbefinden der Schüler*innen zu fördern."

2. Die rechtliche Grundlage soll entsprechend angepasst werden, als dass es Schulen ermöglicht wird, das Fach Sport zusätzliczh auch als Wahlpflicht- oder Wahlfach anzubieten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Ä5

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Rasmus Wendt (Eckener-Schule) (SV-ESFL)

Titel: Ä5 zu 92A16 A32: Mehr Zeit für Sportunterricht
im Stundenplan

Antragstext

Von Zeile 1 bis 5:

Das LSP möge beschließen, ~~das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:~~

~~Es wird ein 7.20. in folgendem Wortlaut eingefügt:~~

~~"Wir fordern, dass dem Sportunterricht mehr Zeit im Stundenplan eingeräumt wird, um die körperliche Gesundheit und das Wohlbefinden der Schüler*innen zu fördern."~~

Die rechtliche Grundlage soll entsprechend angepasst werden, als dass es Schulen ermöglicht wird, das Fach Sport zusätzlich auch als Wahlpflicht- oder Wahlfach anzubieten.

Begründung

Erfolgt mündlich,

restlicher Antrag ergibt sich durch LA1

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Elias Görth (Landesschülersprecher)

Titel: Transsexuelle in Schule gleichstellen

Antragstext

Das LSP möge beschließen:

1. Das LSP stellt fest:

1. Im Umgang mit Transsexualität ist ein sensibler Umgang mit allen Beteiligten vor Ort erforderlich. Dazu braucht es entsprechende Fortbildungen insbesondere für den Lehrkörper. Wissensrückstände sind abzubauen.
2. Dort, wo es um intime Räume/Schutzräume geht, ist bei geschlechtsbezogener Trennung die Trennung anhand des Geschlechts vorzunehmen, zu dem sich die Schüler*innen jeweils zugehörig fühlen.
3. Sofern es durch die Identifizierung eines*einer Schüler*in mit einem Geschlecht, das von ihrem*seinem biologischen Geschlecht abweicht und die entsprechende Zuweisung zu einem Unwohlsein bei beteiligten Schüler*innen führt, ist niedrigschwellig eine Lösung zu entwickeln, die für die sich unwohl föhlenden Schüler*innen Ausweichorte vorsieht.
4. Keinesfalls darf es durch eine Lösung nach 3. zu einer Trennung eines*einer Schüler*in ohne dessen*deren Einverständnis von einer Lerngruppe aufgrund seines*ihrer Transsexualität kommen.
5. Im Bezug auf Schultoiletten ist eine geschlechtsneutrale Lösung geboten. Dafür ist die Voraussetzung die Abschaffung von Urinalen und die Installation fester Toilettenwände für einzelnen

Sanitäranlagen, die vom Boden bis zur Decke reichen.

6. Alle Beteiligten in Schule müssen gemeinsam daran arbeiten, Transfeindlichkeit abzubauen. Dazu ist unter anderem die Einbindung der Gleichstellung aller Geschlechter sowie der Angehörigen aller Geschlechter als Querschnittsaufgabe in die Unterrichte erforderlich.

2. Das Grundsatzprogramm wird folgt zu geändert:

1. Es wird ein 9.12. im folgenden Wortlaut eingefügt:

"Wir fordern, dass sämtliche Schüler*innen entsprechend dem Geschlecht, dem sie sich zugehörig fühlen, zugewiesen und behandelt werden. Treten dabei Herausforderungen auf, so sind diese im Einzelfall sensibel und diskriminierungsfrei zu lösen."

2. Es wird ein 9.13. im folgenden Wortlaut eingefügt:

"Wir fordern, dass in Schulen ausschließlich geschlechtsneutrale Toiletten eingerichtet werden. Diese sind baulich vollständig in einzelne Einheiten zu unterteilen."

Begründung

erfolgt mündlich

Ä1

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg (dort beschlossen am: 04.03.2025)

Titel: Ä1 zu 92A17 A33: Transsexuelle in Schule
gleichstellen

Antragstext

Von Zeile 18 bis 20:

5. Im Bezug auf Schultoiletten ist eine zusätzliche geschlechtsneutrale Lösung geboten. ~~Dafür ist~~ Für diese ist die Voraussetzung die Abschaffung von Urinalen und die Installation fester Toilettenwände für einzelnen

Von Zeile 35 bis 37:

2. "Wir fordern, dass in allen Schulen ~~ausschließlich~~ zusätzlich geschlechtsneutrale Toiletten eingerichtet werden. Diese sind baulich vollständig in

Begründung

Erfolgt mündlich

Ä2

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Finn Christiansen, Jannes Hagemeier (SV-RBZ am Königsweg)

Titel: **Ä2 zu 92A17 A33: Transsexuelle in Schule
gleichstellen**

Antragstext

Von Zeile 30 bis 32:

1. "Wir fordern, dass sämtliche Schüler*innen entsprechend dem Geschlecht, dem sie sich zugehörig fühlen, ~~zugewiesen~~akzeptiert, toleriert und entsprechend behandelt werden. Treten dabei Herausforderungen auf, so sind diese im

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Elias Görth (Landesschülersprecher)

Titel: **Für die WEHRhafte Demokratie: Die Bundeswehr in die Schulen**

Antragstext

Das LSP möge beschließen:

1. Das LSP stellt fest:

1. Das Staatskonzept der Bundesrepublik Deutschland stellt eine wehrhafte Demokratie dar, die sich gegen ihre Gegner von Innen und Außen verteidigt. Wesentlicher Bestandteil der Verteidigung nach Außen ist die Bundeswehr.
2. In Zeiten, in denen auf europäischem Boden wieder Krieg geführt wird und die Verlässlichkeit internationaler Partner wie der USA abnimmt, ist Deutschland mehr denn je in der Pflicht, sich in der Landesverteidigung breiter aufzustellen. Für diese breitere Aufstellung ist unter anderem ein personeller Ausbau der Bundeswehr erforderlich.
3. Angesichts des Nachwuchsmangels der Bundeswehr und des Verständnisses von Landesverteidigung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe bedarf es der Nachwuchswerbung auch in Schule. Ebenso wie jeder andere Arbeitgeber muss die Bundeswehr die Möglichkeit haben, den Nachwuchs direkt dort abzuholen, wo er sich befindet: In den Schulen.
4. Selbstverständlich muss das Thema Militär, gerade auch in Verbindung mit der deutschen Geschichte sowie mit militärischer Gewalt, in

Schule sensibel behandelt werden. Deshalb dürfen derartige Werbeaktionen erst ab Klassenstufe 9 und nur mit intensiver Vor- und Nachbereitung sowie Begleitung durch die Lehrkräfte durchgeführt werden.

5. Initiativen wie "GegenWEHR" von u.a. der LSV NRW lehnen wir demnach ab. Obgleich der Wille nach Diplomatie und Frieden jederzeit Leitlinie des politischen Handelns sein muss, darf gerade in diesen Zeiten Pazifismus nicht mit Unterwerfung gegenüber Demagogen und Staaten, die mit Gewalt Grenzen zu verschieben beabsichtigen, verwechselt werden.

2. Das Grundsatzprogramm wird deshalb wie folgt geändert:

1. 2.5. wird wie folgt neugefasst:

"Wir fordern, dass ab Klassenstufe 9 in den Schulen Nachwuchswerbung durch die Bundeswehr stattfindet. Eine der Thematik angemessene Vor- und Nachbereitung ist sicherzustellen."

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann (Landesschülersprecher)

Titel: **Echte Lösungen für echte Probleme - Kein
Toiletten-Terror in den Schulen!**

Antragstext

Das LSP möge beschließen:

1. Vandalismus in Schulen und besonders in Toilettenräumen ist in den berufsbildenden Schulen Schleswig-Holsteins ein widerkehrendes Problem. Schülervertretungen und Schulleitungen müssen gemeinsam daran arbeiten, im Sinne eines guten Schulklimas Vandalismus zu bekämpfen.
2. Dabei darf es keine kollektive Bestrafung der Schüler*innenschaft geben. Das Recht der Schüler*innen, jederzeit die Toiletten zu benutzen, muss im Sinne der allgemeinen Menschenwürde unberührt bleiben.
3. Die LSV BS spricht sich gegen sämtliche Maßnahmen aus, die obiges Recht infragestellen und fordert die Schulleitungen dringend auf, einen menschlichen Dialog zu führen, der echte Lösungen birgt und keine Strafmaßnahmen ohne Erfolgsaussichten hervorbringt.

Begründung

folgt

93A7

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann (Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: **Nachhaltige Mobilität heißt auch sichere
Abstellplätze - Ein Schluss der unsicheren
Mobilität für Schüler*innen**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird ein 1.11 im folgenden Wortlaut eingefügt:
- 3 "Die LSV BS SH setzt sich für die Einrichtung und Instandhaltung von sicheren
- 4 und mehr Fahrradabstellplätzen an allen berufsbildenden Schulen ein."

Begründung

Erfolg mündlich...

Ä1

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer, Finn Christiansen (SV-RBZ am Königsweg)

Titel: **Ä1 zu 93A7: Nachhaltige Mobilität heißt auch sichere Abstellplätze - Ein Schluss der unsicheren Mobilität für Schüler*innen**

Antragstext

Von Zeile 3 bis 4 einfügen:

"Die LSV BS SH setzt sich für die Einrichtung und Instandhaltung von sicheren, überdachten und mehr Fahrradabstellplätzen an allen berufsbildenden Schulen ein."

93A8

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann (Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: **Digitale Stimme statt stummem Frust –
Schüler*innenfeedback ernst nehmen**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird ein 5.8 im folgenden Wortlaut eingefügt:
- 3 "Die LSV BS SH fordert die Entwicklung und Implementierung eines digitalen und
4 anonymen Feedbacksystems an allen berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein,
5 das den Schüler*innen ermöglicht, ständig Rückmeldungen zum Unterricht zu geben"

Begründung

Erfolgt mündlich...

93A9

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann (Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: **Demokratie verlernen wir nicht in der Schule
oder doch? - Politische Bildung darf nicht in der
Schule aufhören!**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird ein 14.6 im folgenden Wortlaut eingefügt:
- 3 "Die LSV BS SH fordert die Einführung von mindestens zwei verpflichtenden
- 4 Projekttagen pro Schuljahr an berufsbildenden Schulen, die sich mit aktuellen
- 5 politischen und gesellschaftlichen Themen beschäftigen."

Begründung

Erfolg mündlich...

93A10

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Mina Engelmann, Magnus Erdmann (SV BBZ Bad Segeberg, Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: KI im Klassenzimmer – fair, kritisch, transparent

Antragstext

1 Das LSP wolle beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

2 Es wird ein 13.3 im folgenden Wortlaut eingefügt:

3 "Die LSV BS SH fordert ein landesweites Rahmenkonzept zum Umgang mit KI im
4 Bildungssystem. Dieses soll Schulen verpflichten, den Einsatz von KI
5 transparent, datenschutzkonform und pädagogisch sinnvoll zu gestalten. Außerdem
6 sollen Fortbildungen für Lehrkräfte und Unterrichtsmodule zur kritischen KI-
7 Nutzung entwickelt werden."

Begründung

Erfolg mündlich...

93A11

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann (Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: **Sicheres lernen garantieren – Schutz vor
sexualisierter Gewalt in Schule & Betrieb**

Antragstext

1 Das LSP wolle beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

2 Es wird ein 2.20 im folgenden Wortlaut eingefügt:

3 "Die LSV BS SH fordert verpflichtende Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt
4 für alle berufsbildenden Schulen und Ausbildungsbetriebe in Schleswig-Holstein.
5 Dazu gehören Präventionsworkshops, geschulte Ansprechpersonen und vertrauliche
6 Beschwerdewege. Diese sind verbindlich im Curriculum zu verankern, jährlich zu
7 behandeln und im Rahmen schulinterner Evaluationen regelmäßig zu überprüfen."

Begründung

Erfolg mündlich...

93A16

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann & Süeda-Nur Okular, Elias Görth, Malina Schütte & Mina Engelman, Leni Schwarze, Jannes Hagemeier (Stellv. LSS, LSS, SV BBZ Bad Segeberg, SV BS Oldenburg i. H., RBZ am Königsweg in Kiel)

Titel: **Mitreden, vernetzt, informiert – SV digital denken**

Antragstext

- 1 Das LSP wolle beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt anzupassen:
- 2 Es wird ein 3.9. in folgenden Wortlaut eingefügt:
- 3 „Die LSV BS SH fordert ein landesweiter digitales
- 4 Schüler*innenvertretungsportal, über das die SVen vor Ort Zugang zu einem
- 5 Funktionspostfach, wichtigen Informationen, Vernetzungsangeboten und SV-
- 6 Materialien erhalten.“

Begründung

Schülervertreter*innen werden oft schlecht informiert oder einbezogen, besonders bei großen Berufsschulen mit unübersichtlicher Struktur. Digitale Tools könnten Kommunikation, Vernetzung und Mitbestimmung erleichtern.

Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass nicht flächendeckend alle SVen über eine eigene E-Mail verfügen.

Was wiederum dazu führt, dass teilweise nicht alle Information und ähnliches ankommen. Ein gut informierte und vernetzte SV sollte das Minimum in einem demokratischen Staat sein.

93A17

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann & Süeda-Nur Okular, Elias Görth, Malina Schütte & Mina Engelmann, Leni Schwarze, Jannes Hagemeier (Stellv. LSS, LSS, SV BBZ Bad Segeberg, SV BS Oldenburg i. H., RBZ am Königsweg in Kiel)

Titel: **Demokratie braucht Zeit – Bildungsfreistellung für Azubis jetzt!**

Antragstext

1 Das LSP wolle beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt anzupassen:

2 Es wird ein 14.6. in folgenden Wortlaut eingefügt:

3 „Die LSV BS SH fordert, dass Auszubildenden in Schleswig-Holstein das Recht auf
4 Bildungsfreistellung analog zur Bildungsfreistellung für Arbeitnehmer*innen
5 eingeräumt wird. Dafür ist eine Änderung des Bildungsfreistellungsgesetzes SH
6 notwendig. Die Bildungszeit soll für gewerkschaftliche, politische oder
7 ökologische Seminare genutzt werden können.“

Begründung

Berufsschülerinnen haben wenig Zeit für politische Weiterbildung – neben Schule, Betrieb und Alltag bleibt kaum Raum für Seminare, Gremienarbeit oder gesellschaftliches Engagement. Viele wissen zudem nicht, dass sie (anders als normale Arbeitnehmerinnen) bislang keinen Anspruch auf Bildungsfreistellung in Schleswig-Holstein haben.

Gerade in einer Demokratie ist es jedoch zentral, dass alle jungen Menschen – unabhängig vom Beruf – die Möglichkeit haben, sich gesellschaftlich weiterzubilden. Politische Teilhabe darf kein Bildungsprivileg sein. Es braucht einen rechtlichen Rahmen, der auch Auszubildenden bezahlte Bildungszeit ermöglicht.

93A19

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: E.J.G. / Magnus Erdmann (Landesschülersprecher)

Titel: **Individuelle Unterstützung statt pauschaler
Repression - keine starren
Fehlzeitenregelungen!**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen,
- 2 das GSP wird wie folgt geändert:
- 3 Der 7.8. wird wie folgt neu gefasst:
- 4 "Wir fordern die Abschaffung der pauschalen Fehlzeitenquoten in den
- 5 Berufsausbildungen. In den Vollzeitbildungsgängen dürfen
- 6 entschuldigte/krankheitsbedingte Fehlzeiten nicht zu Maßnahmen wie Attestpflicht
- 7 oder Ausschulung führen."

Begründung

folgt

93A22

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer; Magnus Erdmann; Elias Göth; Aisha Badjie; Rasmus Wendt (SV-RBZ am Königsweg; Stellv. Landesschülersprecher; Landesschülersprecher; Stellv. Landesschülersprecher, SV-RBZ Eckener Schule)

Titel: **Kopfsache! – Unterricht für die Seele**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2
3 „Mentale Gesundheit, psychische Belastung und Stressprävention müssen
4 verpflichtend in das Curriculum aufgenommen werden, um nachhaltige Gesundheit zu
5 fördern.“

Begründung

*Die Schule soll Schüler*innen auf das Leben vorbereiten. Dazu gehört Wissen über psychische Gesundheit und Prävention. Dies muss verbindlich durch den Lehrplan sichergestellt werden.*

Ä1

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann (Landesschüler*innensprecher)

Titel: Ä1 zu 93A22: Kopfsache! – Unterricht für die Seele

Antragstext

Von Zeile 4 bis 5:

verpflichtend in das Curriculum aufgenommen werden, um nachhaltige Gesundheit zu fördern.“

Darüber hinaus sollen präventive Angebote wie regelmäßige Achtsamkeits- und Bewegungsprogramme, Beratungsangebote sowie Projektwochen zur mentalen Gesundheit fest im Schulalltag etabliert werden.

Lehr- und pädagogisches Personal sind entsprechend fortzubilden, um Kompetenzen im Erkennen psychischer Belastungen und im gesundheitsfördernden Umgang damit zu erlangen.

Schüler*innen sind aktiv in die Entwicklung von Maßnahmen zur mentalen Gesundheit einzubeziehen, um passgenaue und lebensnahe Angebote sicherzustellen.“

Begründung

mündlich...

93A23

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer; Magnus Erdmann; Elias Görth; Aisha Badjie; Rasmus Wendt (SV-RBZ am Königsweg; Stellv. Landesschülersprecher; Landesschülersprecher; Stellv. Landesschülersprecher; SV-RBZ Eckener Schule)

Titel: **Rat mal, wer mitreden darf? – Der Klassenrat kommt!**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2
3 „In jeder Klasse und Jahrgangsstufe ist ein verpflichtender Klassenrat
4 einzuführen, um die Bedürfnisse, Sorgen und Gedanken der Schüler*innen
5 regelmäßig zu thematisieren. Dafür ist das Schulgesetz entsprechend zu
6 ergänzen.“

Begründung

Der Klassenrat fördert Beteiligung, Ausdrucksfähigkeit und Verantwortungsbewusstsein. Er bietet Raum für Austausch und stärkt die demokratische Schulkultur. Er trägt nachhaltig zu einem besseren und gesünderen Klassengefühl bei und sichert eine Wohlfühlatmosphäre.

Ä1

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann (Landesschüler*innensprecher)

Titel: Ä1 zu 93A23: Rat mal, wer mitreden darf? – Der Klassenrat kommt!

Antragstext

Von Zeile 5 bis 6:

regelmäßig zu thematisieren. Dafür ist das Schulgesetz entsprechend zu ergänzen.“

Es sind altersgerechte Methoden der Moderation, Konfliktlösung und Entscheidungsfindung zu vermitteln, damit Schüler*innen befähigt werden, den Klassenrat selbstständig durchzuführen.

Themen von schulweiter Relevanz sollen aus dem Klassenrat in die Gremien der Schülervertretung eingebracht werden, um Mitbestimmung auf allen Ebenen zu stärken.“

Begründung

mündlich...

93A24

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer; Magnus Erdmann; Elias Görtz; Aisha Badjie; Rasmus Wendt (SV-RBZ am Königsweg; Stellv. Landesschülersprecher; Landesschülersprecher; Stellv. Landesschülersprecher; SV-RBZ Eckener Schule)

Titel: Pflaster für alle! – Erste Hilfe First

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2
3 „Schulen müssen mindestens einmal jährlich einen kostenlosen, zertifizierten
4 Erste-Hilfe-Kurs für Schülerinnen anbieten. Die Teilnahme ist freiwillig; die
5 Schülerinnen werden für die Kurszeit vom Unterricht freigestellt. Die Kosten
6 trägt das Land.“

Begründung

Erste Hilfe rettet Leben. Schulen können einen niedragschwelligen Zugang schaffen und Verantwortung fördern. Bei einem Landeshaushalt von rund 17,7 Milliarden Euro sind geschätzte Kosten von 2,5–3,4 Millionen Euro vertretbar. Außerdem profitieren alle Menschen von mehr Erster-Hilfe, es ist somit nicht rein eine Aufgabe für den Haushalt des MBWFK.

Ä1

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann (Landesschüler*innensprecher)

Titel: Ä1 zu 93A24: Pflaster für alle! – Erste Hilfe First

Antragstext

Von Zeile 5 bis 6:

Schülerinnen werden für die Kurszeit vom Unterricht freigestellt. Die Kosten trägt das Land.“

Besonderer Wert ist auf praktische Übungen wie stabile Seitenlage, Herz-Lungen-Wiederbelebung und den Umgang mit einem automatisierten externen Defibrillator (AED) zu legen.

Schüler*innen erhalten eine anerkannte Teilnahmebescheinigung, die ggf. für Führerscheinrelevanz oder andere Qualifikationen genutzt werden kann. Schulen sollen ermutigt werden, in Verbindung mit den Kursen Schulsanitätsdienste einzurichten oder auszubauen.“

Begründung

mündlich...

93A25

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer; Magnus Erdmann; Elias Görth; Leni Schwarze; Aisha Badjie; Rasmus Wendt (SV-RBZ am Königsweg; Stellv. Landesschülersprecher; Landesschülersprecher; SV BS Oldenburg i. H.; Stellv. Landesschülersprecher; SV-RBZ Eckener Schule)

Titel: **Wasser marsch! – Durst ist keine Option**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2
3 „Schulen müssen frei zugängliche und kostenlose Wasserspender bereitstellen, um
4 die Versorgung der Schüler*innen während der Schulzeit sicherzustellen.“

Begründung

Wasser ist ein Menschenrecht und essenziell für Konzentration und Gesundheit. Wasserspender fördern gesunde Gewohnheiten und die Vorbildfunktion der Schule.

93A26

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer; Magnus Erdmann; Elias Görth; Aisha Badjie; Rasmus Wendt (SV-RBZ am Königsweg; Stellv. Landesschülersprecher; Landesschülersprecher; Stellv. Landesschülersprecher; SV-RBZ Eckener Schule)

Titel: **Aufklärung statt Verharmlosung:
Antifaschismus ins Curriculum**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:
2

3 „Antifaschistische Bildung soll verpflichtender Bestandteil des Unterrichts an
4 allen Berufsschulen in Schleswig-Holstein werden. Dies umfasst mindestens ein
5 Schulprojekt pro Jahrgang zu Faschismustheorie, NS-Geschichte, aktuellen rechten
6 Strukturen sowie zivilgesellschaftlichem Widerstand. Die Umsetzung erfolgt im
7 Rahmen des Politik-, Geschichte- oder Deutschunterrichts.“

Begründung

*Rechter Terror, autoritäre Ideologien und Faschismus sind keine Phänomene der Vergangenheit. Schüler*innen erleben heute wieder rechte Angriffe, Antisemitismus und Nationalismus – online wie offline. Die Schule hat den Auftrag, Demokratie zu schützen. Dazu braucht es Bildung, die klar benennt: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Antifaschistische Bildung ist Demokratiebildung.*

Ä1

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann (Landesschüler*innensprecher)

Titel: **Ä1 zu 93A26: Aufklärung statt Verharmlosung:
Antifaschismus ins Curriculum**

Antragstext

Von Zeile 3 bis 7:

„Antifaschistische Bildung soll verpflichtender Bestandteil des Unterrichts an allen ~~Berufsschulen~~ berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein werden. Dies umfasst mindestens ein Schulprojekt pro Jahrgang zu Faschismustheorie, NS-Geschichte, aktuellen rechten Strukturen sowie zivilgesellschaftlichem Widerstand. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen des Politik-, Geschichte- oder Deutschunterrichts.“

Die Schulprojekte sollen methodisch vielfältig gestaltet sein, z. B. durch Workshops, Zeitzeug*innenberichte, Exkursionen, Rechercheprojekte, Medienanalysen oder projektorientiertes Lernen.

Für die Durchführung sollen Kooperationen mit anerkannten Gedenkstätten, Fachstellen gegen Rechtsextremismus, Initiativen der politischen Bildung sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglicht und gefördert werden.“

Begründung

mündlich...

93A27

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer; Magnus Erdmann; Elias Görth; Aisha Badjie; Rasmus Wendt (SV-RBZ am Königsweg; Stellv. Landesschülersprecher; Landesschülersprecher; Stellv. Landesschülersprecher; SV-RBZ Eckener Schule)

Titel: Schule soll nicht schweigen lehren

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2
3 „Das Land Schleswig-Holstein soll sich für ein volles Streikrecht für
4 Auszubildende einsetzen, auch im schulischen Kontext. Dazu gehören politische
5 Streiks (z. B. Klimastreiks), Solidaritätsstreiks sowie kollektive
6 Arbeitsniederlegungen bei Missständen in Betrieb oder Berufsschule. Bestehende
7 Repressionen gegen streikende Schüler*innen sind einzustellen.“

Begründung

In einer Demokratie muss politischer Protest möglich sein – auch für junge Menschen. Azubis sind keine willenslosen Zahnräder im Wirtschaftssystem. Wenn sie für ihre Rechte kämpfen, dürfen sie nicht dafür bestraft werden. Das Streikrecht ist ein Menschenrecht – auch in der Schule. Wer heute protestiert, wird morgen politisch handeln.

Ä1

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann (Landesschüler*innensprecher)

Titel: Ä1 zu 93A27: Schule soll nicht schweigen lehren

Antragstext

Von Zeile 6 bis 7:

Arbeitsniederlegungen bei Missständen in Betrieb oder Berufsschule. Bestehende Repressionen gegen streikende Schüler*innen sind einzustellen.“

Gewerkschaften und Jugendverbände sollen frühzeitig in die Ausgestaltung von Informations- und Unterstützungsangeboten zum Streikrecht einbezogen werden. Das Land wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für entsprechende Anpassungen im Arbeits- und Berufsbildungsgesetz einzusetzen, um das Streikrecht für Auszubildende klar und rechtssicher auszugestalten.“

Begründung

mündlich...

93A28

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: E.J.G. / Magnus Erdmann (Landesschülersprecher)

Titel: **Keine staatliche Glaubenslehre -
Religionsunterricht abschaffen!**

Antragstext

Das LSP möge beschließen,

das GSP wird wie folgt geändert:

1. Der Abschnitt 5. "Unterrichtsqualität" wird in "Unterricht" umbenannt.

2. Es wird ein 5.8. im folgenden Wortlaut eingefügt:

"Wir fordern die Abschaffung des bisherigen Religionsunterrichts. Inhalte zu allen Weltreligionen sowie zu ethischen Fragen sind in Fachanforderungen der übrigen Fächer passend einzupflegen."

Begründung

folgt

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: E.J.G. / Magnus Erdmann (Landesschülersprecher)

Titel: **Psychosozial Herausgeforderte nicht
alleinlassen - Schulbegleitungen
konzeptionieren!**

Antragstext

Das LSP möge beschließen:

1. Das GSP wird wie folgt geändert:

Es wird ein 9.13. im folgenden Wortlaut eingefügt:

"Wir fordern, dass das für Bildung zuständige Ministerium ein Landeskonzept Schulbegleitung erarbeitet und sicherstellt, dass binnen zwei Monaten nach Bekanntwerden des Bedarfs eine Schulbegleitung zur Verfügung steht. Außerdem ist eine Härtefallreserve vorzuhalten, die bei dringendem Bedarf vorübergehend abgerufen werden kann."

2. Die derzeitige Situation im Bereich Schulbegleitung ist nicht hinnehmbar. Die Wartezeiten betragen standortabhängig bis zu einem Jahr. Die Folgen sind für die betroffenen Schüler*innen oft verheerend, da sich die Schwierigkeiten in der Schule in dieser Zeit intensivieren und nicht jedes Elternteil sein Kind in der Schule begleiten kann. Eine schnellere Versorgung ist daher unerlässlich.

3. Die fachliche Ausbildung der Schulbegleitungen lässt oft stark zu wünschen

18 übrig, selten sind hier tatsächliche Fachkräfte im Einsatz. Aufgrund des
19 Fachkräftemangels ist das nachvollziehbar, das für Bildung zuständige
20 Ministerium muss jedoch Fort- und Weiterbildungen für Schulbegleitungen
21 anbieten und sicherstellen, dass der Qualitätsstandard stets zunimmt."

Begründung

folgt

Ä1

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer (SV-RBZ am Königsweg)

Titel: **Ä1 zu 93A29: Psychosozial Herausgeforderte
nicht alleinlassen - Schulbegleitungen
konzeptionieren!**

Antragstext

Von Zeile 20 bis 21 löschen:

3. Ministerium muss jedoch Fort- und Weiterbildungen für Schulbegleitungen anbieten und sicherstellen, dass der Qualitätsstandard stets zunimmt."

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer, Magnus Erdmann (SV-RBZ am Königsweg, Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: Tagesordnungspunkt: Revolution light

Antragstext

Das LSP möge beschließen:

1. „Wir fordern, dass an jeder Berufsschule ein Ausbildungsbeirat eingerichtet wird, in dem auch Schüler*innen mitwirken. Dieser Beirat soll regelmäßig tagen und eine beratende Funktion bei der Gestaltung und Reflexion von Praxisphasen, Curricularen Vereinbarungen, Kooperationsbetrieben und schulischen Rahmenbedingungen übernehmen.
2. Ebenfalls soll ein Ausbildungsrat gebildet werden, um beratend in den Diskurs über die Fachanforderungen in Zusammenarbeit mit dem Schleswig-Holsteinischen Institut für Berufliche Bildung (SHIBB) zu gehen und diese zu evaluieren. Hierfür soll mindestens ein *e Vertreter*in aus jeder Berufsschule an diesem Rat teilnehmen. Die Wahl dieses Vertreters soll durch Abstimmung der Schüler*innen Vertretung erfolgen.“

Begründung

*Berufsschüler*innen verbringen einen erheblichen Teil ihrer Ausbildungszeit in der Schule – doch ihre Stimmen finden kaum Berücksichtigung bei der Gestaltung dieses Raums. Entscheidungen über Inhalte, Praxiszeiten, Kooperationsbetriebe oder gar Pausenversorgung fallen meist über ihre Köpfe hinweg. Das ist*

*nicht nur undemokratisch, sondern widerspricht auch dem Anspruch, Schüler*innen zu mündigen Bürger*innen zu erziehen.*

*Ein Ausbildungsbeirat mit echter, verbindlicher Beteiligung von Schüler*innen schafft Strukturen der Mitbestimmung, fördert Transparenz und bringt Erfahrungswissen dorthin, wo es gebraucht wird: in die Entscheidungsprozesse. Eine Schule, die auf Augenhöhe arbeitet, beginnt bei echter Beteiligung – nicht bei Alibibeteiligung.*

93A32

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer, Magnus Erdmann (SV-RBZ am Königsweg, Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: Statt Streikverbot: Streikverstehen

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2 „Wir fordern, dass jährlich ein verpflichtender ‚Gewerkschaftstag‘ an jeder
3 Berufsschule eingeführt wird. In Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und
4 Interessenvertretungen sollen Schüler*innen an diesem Tag über ihre Rechte im
5 Ausbildungs- und Arbeitsleben informiert und zum Mitwirken befähigt werden.“

Begründung

*Viele Berufsschüler*innen starten ins Arbeitsleben, ohne zu wissen, welche Rechte ihnen zustehen. Tarifverträge, Betriebsräte, Mitbestimmung – all das bleibt für viele abstrakt. Die Folge: Ausbeutung, Einschüchterung, Schweigen. Dabei sind Gewerkschaften die zentralen Instrumente, um faire Löhne, bessere Bedingungen und demokratische Beteiligung in der Arbeitswelt zu sichern.*

Ein verpflichtender Gewerkschaftstag vermittelt nicht nur Wissen, sondern ermutigt zur politischen Teilhabe. Er zeigt: Deine Stimme zählt. Du bist nicht allein. Du kannst dich wehren – und du kannst gemeinsam etwas verändern.

Ä1

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann (Landesschüler*innensprecher)

Titel: Ä1 zu 93A32: Statt Streikverbot: Streikverstehen

Antragstext

Von Zeile 4 bis 5:

Interessenvertretungen sollen Schüler*innen an diesem Tag über ihre Rechte im Ausbildungs- und Arbeitsleben informiert und zum Mitwirken befähigt werden.“

Neben Gewerkschaften sollen auch Auszubildendenvertretungen, Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV), Betriebsräte, Kammern sowie relevante zivilgesellschaftliche Akteur*innen beteiligt werden

Der Gewerkschaftstag ist dauerhaft im Schulprogramm zu verankern und als Bestandteil der politischen und arbeitsrechtlichen Bildung an berufsbildenden Schulen auszuweisen“

Begründung

mündlich...

93A33

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer (SV-RBZ am Königsweg)

Titel: Haushaltsplan statt Hausaufgaben

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2 „Wir fordern, dass Alltagskompetenzen wie Steuererklärung, Mietrecht,
3 Krankenversicherung, Verbraucherschutz und finanzielle Selbstorganisation
4 verpflichtend in allen Bildungs- und Ausbildungsgängen behandelt werden. Dazu
5 sollen entsprechende Module in bestehende Fächer integriert und oder
6 eigenständig verankert werden.“

Ä1

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Sophie Scholz (LSV-Vorstand)

Titel: Ä1 zu 93A33: Haushaltsplan statt Hausaufgaben

Antragstext

Von Zeile 2 bis 3:

~~„Wir“~~ 1. Wir fordern, dass Alltagskompetenzen wie Steuererklärung, Mietrecht, Krankenversicherung, Verbraucherschutz und finanzielle Selbstorganisation

Von Zeile 5 bis 6 einfügen:

sollen entsprechende Module in bestehende Fächer integriert und oder eigenständig verankert werden.

2. Zusätzlich sollen Schulen einen Projekttag bezüglich dieser Themen oder anderer, von Schüler*innen, gewünschter Themen anbieten.“

Begründung

erfolgt mündlich

Ä2

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Leni Schwarze

Titel: **Ä2 zu 93A33: Haushaltsplan statt Hausaufgaben**

Begründung

Zusätzlich sollen Schulen Projekttag bezüglich dieser Themen oder anderer, von Schüler*innen, gewünschter Themen anbieten.“

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer, Magnus Erdmann (SV-RBZ am Königsweg, Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: Von der Befehlskette zur Beziehungskultur

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen,
- 2 Das Grundsatzprogramm wird wie folgt ergänzt,
- 3 Es wird um einen neuer Punkt 5.8 in folgendem Wortlaut ergänzt:
- 4 „Wir fordern, dass im Vorbereitungsdienst sowie in der Lehrkräfteausbildung an
5 Berufsschulen verpflichtende Module zu Machtkritik, Hierarchien im
6 Bildungssystem und feministischer Pädagogik eingeführt werden. Dabei soll
7 insbesondere die Reproduktion patriarchaler, autoritärer Strukturen im
8 Schulalltag reflektiert und dekonstruiert und die Partizipation erhöht werden.“

Begründung

*Das Schulsystem basiert in vielerlei Hinsicht auf überkommenen, autoritären Strukturen. Die klassische Lehrer*innenrolle ist historisch geprägt von Disziplinierung, Hierarchie und Gehorsam – Konzepte, die aus einem patriarchalen Weltbild stammen, in dem Macht von oben nach unten weitergegeben wird.*

Diese Logiken setzen sich besonders deutlich im Referendariat fort:

- *Einzelne Auszubildende (Mentorinnen, Seminarleitungen) üben enorme Macht über Referendar*innen aus – oft ohne transparente Feedbackstrukturen oder Reflexion dieser Rolle.*
- *Es gibt kaum Raum für pädagogische Innovationen, wenn sie etablierte Autoritätsbilder infrage stellen.*
- *Lehrkräfteausbildung vermittelt kaum feministische, machtkritische oder emanzipatorische Perspektiven auf Unterricht und Schule.*

Stattdessen braucht es:

- *Pflichtmodule zu Geschlechtergerechtigkeit, Intersektionalität und Machtverhältnissen im Klassenzimmer,*
- *strukturell abgesicherte Reflexionsräume im Vorbereitungsdienst über das eigene Rollenverständnis,*
- *und die Förderung einer Schulkultur, die auf Beziehung statt Autorität, auf Vertrauen statt Kontrolle, auf Solidarität statt Selektion basiert.*

Ein Schulsystem, das demokratisch sein will, muss auch in seiner Ausbildung demokratisieren. Dafür müssen patriarchale Muster und autoritäre Prägungen sichtbar gemacht und durchbrochen werden – beginnend mit der Ausbildung der Menschen, die später den Unterricht gestalten.

93A35

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeier (SV-RBZ am Königsweg)

Titel: **Nicht wegrationalisieren, was Perspektiven schafft**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen:
- 2 Das Grundsatzprogramm wird wie folgt ergänzt,
- 3 Es wird um einen neuer Punkt 5.9. in folgendem Wortlaut ergänzt:
- 4 „Wir fordern, dass das BFS 1-System in Schleswig-Holstein erhalten bleibt und
- 5 nicht durch das AVSH-Flex-Modell ersetzt wird. Statt kurzfristiger Kürzungen
- 6 muss eine langfristige Sicherung beruflicher Bildungswege gewährleistet werden.“

93A36

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer, Magnus Erdmann (SV-RBZ am
Königsweg, Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: **SHIBB auf die Schulbank**

Antragstext

1 *Das LSP möge beschließen:*

2 Das Grundsatzprogramm wird wie folgt ergänzt,

3 Es wird um einen neuer Punkt 7.21. in folgendem Wortlaut ergänzt:

4 „Wir fordern, dass das Schleswig-Holsteinische Institut für Berufliche Bildung
5 (SHIBB) verpflichtet wird, vor grundlegenden Änderungen an Schulformen oder
6 Bildungswegen einen strukturierten Dialog mit Schulleitungen, Lehrkräften,
7 Schülerinnenvertretungen und Ausbildungspartnerinnen zu führen. Dieser Diskurs
8 soll verbindlich dokumentiert und öffentlich einsehbar sein.“

93A37

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer, Magnus Erdmann & Süeda-Nur Okular,
Elias Görrh, Malina Schütte (SV-RBZ am Königsweg, Stellv.
LSS, LSS, SV-BBZ Bad Segeberg)

Titel: **Mit Marx gegen Matheangst – endlich
Wirtschaft, die Sinn ergibt**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen:
- 2 Das Grundsatzprogramm wird wie folgt ergänzt,
- 3 Es wird um einen neuer Punkt 7.20. in folgendem Wortlaut ergänzt:
- 4 „Wir fordern die verpflichtende Behandlung kapitalismuskritischer Theorien im
- 5 Politik-, Wirtschafts- und Ethikunterricht, insbesondere Perspektiven von Marx,
- 6 Luxemburg, Fanon und feministische Ökonomiekritik. Ebenso soll die Behandlung
- 7 der 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 verpflichtend im
- 8 Curriculum aller Bildungs- und Ausbildungsgängen verankert werden.“

93A38

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: LSV-Vorstand (dort beschlossen am: 01.05.2025)

Titel: **Unterstützung für SVen ist kein "kann" -
Verbindungslehrkräfte sind Pflicht!**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen,

2 das GSP wird wie folgt geändert:

3 1. Es wird ein 3.8. im folgenden Wortlaut eingefügt:

4 "Wir fordern, dass die Wahl einer Verbindungslehrkraft im Schulgesetz
5 verpflichtend wird."

6 2. 4.3. wird wie folgt neu gefasst:

7 "Wir fordern, dass das für Bildung zuständige Ministerium vier
8 wöchentliche Ausgleichsstunden für Kreisverbindungslehrkräfte zur
9 Verfügung stellt. Die Wahl einer Kreisverbindungslehrkraft muss im
10 Schulgesetz verpflichtend werden."

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: LSV-Vorstand (dort beschlossen am: 01.05.2025)

Titel: **Mehr Raum für Partizipation: Freistellungen
ausweiten!**

Antragstext

Das LSP möge beschließen,

das GSP wie folgt zu ändern:

1. 3.3. wird wie folgt neu gefasst:

"Wir fordern, dass der Rahmen der Unterrichtsbefreiungen für LSP-Delegierte erweitert und auch auf etwaige für die LSV tätige, aber nicht im Schulgesetz festgeschriebene, Schülervertreter ausgeweitet wird. Dieser Freistellungsanspruch muss auch gegenüber dem Arbeitgeber gelten, sofern sich der Schüler in einer Ausbildung befindet."

2. Es wird ein 3.8. im folgenden Wortlaut eingefügt:

"Wir fordern, dass der wöchentliche Freistellungsanspruch des LSS erweitert und die stellv. LSS ebenfalls einbezogen werden. Es muss eine flexible Regelung geschaffen werden, die den LSS in seiner Amtsführung nicht behindert."

3. Es wird ein 16.4. im folgenden Wortlaut eingefügt:

"Wir fordern, dass im Schulgesetz ein Freistellungsanspruch für Delegierte zu Versammlungen einer bundesweiten Schüler*innenvertretung geschaffen wird."

Begründung

erfolgt mündlich

93A40

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann (Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: **Sondervermögen sinnvoll nutzen – Schulen
sanieren, Bildung stärken**

Antragstext

- 1 Das LSP wolle beschließen:
- 2 Die LSV BS SH und das LSP möge sich wie folgt positionierten:
- 3 Das Landesschülerparlament und die Landesschüler*innenvertretung der
4 berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein erkennt an, das gemäß der letzten
5 KfW Studie ein Investitionsstau von 54,8 Milliarden Euro im Bereich
6 Schulinfrastruktur vorherrscht.
- 7 Von den beschlossenen 500 Milliarden Euro "Sondervermögen" sollen mindestens 75
8 Milliarden Euro zweckgebunden in die Schulsanierung und Modernisierung fließen.

Begründung

Erfolgt mündlich...

Ä1

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Elias Görth (Landesschülersprecher)

Titel: **Ä1 zu 93A40: Sondervermögen sinnvoll nutzen –
Schulen sanieren, Bildung stärken**

Titel

Ändern in:

Sondervermögen Schulinfrastruktur schaffen – Schulen sanieren, Bildung stärken

Antragstext

In Zeile 2:

Die LSV BS SH ~~und das LSP möge~~ positioniert sich wie folgt ~~positionierten~~:

Von Zeile 4 bis 8:

berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein erkennt an, das gemäß der letzten KfW Studie ein Investitionsstau von mindestens 54,8 Milliarden Euro im Bereich Schulinfrastruktur vorherrscht.

~~Von den beschlossenen 500 Milliarden Euro "Sondervermögen" sollen mindestens 75 Milliarden Euro zweckgebunden in die Schulsanierung und Modernisierung fließen.~~ Bund

und Länder sollen gemeinsam zusätzlich zum beschlossenen Sondervermögen Infrastruktur ein Sondervermögen "Schulinfrastruktur" beschließen und mit mindestens 75 Milliarden Euro zweckgebunden für die Schulbau, Schulsanierung und Schulmodernisierung ausstatten.

Begründung

erfolgt mündlich

93A42

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann (Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: **Nichtwissen tötet – Zeit für verpflichtende Erste-Hilfe-Ausbildung!**

Antragstext

- 1 Das LSP wolle beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern.
- 2 Der 2.14 wird in folgenden Wortlaut geändert:
- 3 "Wir fordern die verbindliche Aufnahme von Erste-Hilfe-Maßnahmen sowie den
- 4 Umgang mit einem AED-Defibrillator in den schulischen Lehrplan. Darüber hinaus
- 5 sollen das Land, die Kreise und die Schulen Maßnahmen zur verstärkten Aufklärung
- 6 über medizinische Notfallversorgung ergreifen."

Begründung

Erfolgt mündlich...

93A44

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg, Elias Görth
(Landesschülersprecher), Magnus Erdmann (Stellv.
Landesschülersprecher), Jannes Hagemeier (SV RBZ am
Königsweg) (dort beschlossen am: 01.06.2025)

Titel: **Regelmäßige treffen zwischen Schulleitung und
SVen**

Antragstext

1 Das Landesschülerparlament wolle beschließen: Die Landesschüler*innenvertretung
2 der berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein fordert:

3 Um ihren Aufgaben gemäß § 79 Abs. 2 des SchulG gerecht zu werden, werden die
4 berufsbildenden Schulen in SH aufgefordert, regelmäßig stattfindende Treffen
5 zwischen der Schülervertretung und der Schulleitung bzw. dem Lehrerkollegium
6 einzurichten.

7 Diese Treffen sollen mindestens einmal im Quartal stattfinden und beiden Seiten
8 ausreichend Zeit für einen konstruktiven Austausch einräumen – mindestens jedoch
9 60 Minuten.

10 Ziele dieser Treffen sollen unter anderem die gegenseitigen Information, den
11 Abbau von Kommunikationsbarrieren und die gemeinsame Erarbeitung von
12 Lösungsansätzen für schulische Herausforderungen sein. Dabei soll es stets
13 gelten, eine Beteiligung beider Seiten auf Augenhöhe zu ermöglichen.

14 Zur weiteren Verankerung dieser Forderung soll dem Grundsatzprogramm ein 3.8 in

15 folgendem Wortlaut eingefügt werden:
16 "Wir fordern verbindliche Austauschtreffen zwischen Schülervvertretung und der
17 Schulleitung bzw. dem Lehrerkollegium, die mindestens 60 Minuten produktiven,
18 inhaltlichen Austausches pro Quartal beinhalten."

Begründung

Erfolgt mündlich

93A45

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg, Elias Görth
(Landesschülersprecher), Magnus Erdmann (Stellv.
Landesschülersprecher), Jannes Hagemeier (SV RBZ am
Königsweg) (dort beschlossen am: 01.06.2025)

Titel: **Partizipative Planung und Durchführung von
Schulfahrten und Veranstaltungen**

Antragstext

- 1 Das Landesschülerparlament wolle beschließen: Die Landesschüler*innenvertretung
2 der berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein fordert:
- 3 Schüler*innen sollen aktiv an der Planung ihrer Schulfahrten beteiligt werden.
4 Dazu gehören wenigstens die Auswahl des Ziels, die Gestaltung des Programms und
5 die Organisation einzelner Programmpunkte.
- 6 Auch bei anderen Veranstaltungen, bei denen Schüler*innen involviert sind,
7 sollen diese an Planung und Organisation beteiligt werden.
- 8 Diese Mitwirkung stärkt Eigenverantwortung, fördert das soziale Miteinander und
9 schafft mehr Identifikation mit dem gemeinsamen Vorhaben. Schulfahrten und
10 Veranstaltungen, die in gemeinsamer Verantwortung geplant wurden, werden stärker
11 von der gesamten Gruppe getragen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zu einem
12 positiven und unterstützenden Klassenklima.
- 13 Zur weiteren Verankerung dieser Forderung soll dem Grundsatzprogramm ein 2.20 in

14 folgendem Wortlaut eingefügt werden: "Wir fordern Schüler*innen aktiv in die
15 Planung und Durchführung von Schulfahrten und anderen Veranstaltungen mit
16 einzubeziehen"

Begründung

Erfolgt mündlich

93A46

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: SV RBZ Eckener Schule Flensburg, Elias Görth
(Landesschülersprecher), Magnus Erdmann (Stellv.
Landesschülersprecher), Jannes Hagemeier (SV RBZ am
Königsweg) (dort beschlossen am: 01.06.2025)

Titel: **Kostenfreie Sprachzertifikate für Schüler*innen**

Antragstext

1 Das Landesschülerparlament wolle beschließen: Die Landesschüler*innenvertretung
2 der berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein fordert:

3 Sprachzertifikate sollen vollständig durch öffentliche Mittel finanziert werden.
4 Dies gilt für anerkannte Zertifikate wie z. B. Cambridge English, DELF, DELE,
5 TELC oder vergleichbare Prüfungen. Ziel ist es, allen Schüler*innen unabhängig
6 von ihrer finanziellen Lage die Teilnahme zu ermöglichen und ihre sprachlichen
7 Kompetenzen gezielt zu fördern.

8 Zur weiteren Verankerung dieser Forderung soll dem Grundsatzprogramm ein 10.11
9 in folgendem Wortlaut eingefügt werden: "Wir fordern die volle Übernahme der
10 Kosten für anerkannte Sprachzertifikate durch öffentliche Mittel für alle
11 Schüler*innen"

Begründung

Erfolgt mündlich

93A47

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Mina Engelmann, Malina Schütte, Magnus Erdmann (SV BBZ Bad Segeberg, Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: **Fair. Klar. Nachvollziehbar. – Bewertung, die man versteht**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:
- 2 Es wird ein 7.19 mit folgendem Wortlaut eingefügt:
- 3 „Die LSV BS SH fordert, mündliche Benotung durch transparente
- 4 Leistungsbewertung, insbesondere durch verpflichtende Bewertungsraster, fair und
- 5 nachvollziehbar zu gestalten. Zusätzlich soll eine regelmäßige, schriftlich
- 6 dokumentierte Feedbackkultur Bestandteil aller Unterrichte an berufsbildenden
- 7 Schulen sein.“

Begründung

Mündlich

93A48

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Mina Engelmann, Malina Schütte, Magnus Erdmann (SV BBZ Bad Segeberg, Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: **Zeit für Mitsprache – Stundenpläne gemeinsam gestalten**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

2 Es wird ein 7.19 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

3 „Die LSV BS SH setzt sich dafür ein, dass Schüler*innenvertretungen,
4 insbesondere Klassensprecher*innen in die Planung, Optimierung und mögliche
5 Flexibilisierung der Stundenpläne einbezogen werden. Die LSV BS SH fordert das
6 MBWFK auf, organisatorische Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine flexible
7 Verschiebung oder Festlegung einzelner Unterrichtsstunden zu ermöglichen.“

Begründung

Mündlich

93A49

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Mina Engelmann, Malina Schütte, Magnus Erdmann (SV BBZ Bad Segeberg, Stellv. Landesschülersprecher)

Titel: **Ehrenamt zählt: SV-Arbeit sichtbar machen!**

Antragstext

1 Das Landesschülerparlament möge beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu
2 ändern:

3 Es wird ein 3.8 in folgendem Wortlaut eingefügt:

4 „Die LSV BS SH fordern die Schulen auf, geleistete Arbeit von Schülerinnen und
5 Schülern in der Schülervertretung nachhaltig zu würdigen. Dies soll in Form
6 einer separaten Urkunde oder einer Bemerkung auf dem Zeugnis der jeweiligen
7 Person geschehen, wo diese besondere Leistung vermerkt und anerkannt wird.“

Begründung

Mündlich

A1

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Sophie Scholz, Jannes Hagemeyer (LSV-Vorstand,
Stellvertretender Landesschülersprecher)

Titel: **Schule vs. Umzugsunternehmen - Fester Raum
für Bildung**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2 "Den Schüler*innen der berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein sollen
3 genügend Räumlichkeiten für den Unterricht zur Verfügung gestellt werden, sodass
4 jede Klasse einen festen Klassenraum erhält.

5 Zusätzlich möge beschlossen werden, dass im Falle von mehreren Standorten einer
6 Schule die Schüler*innen nur an einem Standort unterrichtet werden und nicht
7 pendeln müssen."

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann (LSS)

Titel: **Ohne FINTA* keine Demokratie – Zeit für echte Repräsentation!**

Antragstext

- 1 Das Landesschüler*innenparlament möge beschließen:
- 2 Das Landesvorstand wird beauftragt, ein umfassendes Konzept zur stärkeren
3 Einbindung von FINTA*-Personen (Frauen, inter, nicht-binäre, trans und agender
4 Personen) in die Arbeit der Landesschüler*innenvertretung zu entwickeln. Dieses
5 Konzept soll Maßnahmen enthalten, die sowohl kurzfristig die Teilhabe erhöhen
6 als auch langfristig eine paritätische Representation an allen Gremien der
7 Schüler*innenvertretung ermöglichen.
- 8 Der Landesvorstand wird zudem aufgefordert, dieses Konzept dem nächsten
9 Landesschüler*innenparlament zur Beratung und Abstimmung vorzulegen.

Begründung

Trotz bestehender Bemühungen sind FINTA*-Personen in vielen Schüler*innenvertretungsstrukturen weiterhin unterrepräsentiert. Dies führt dazu, dass wichtige Perspektiven und Erfahrung nicht ausreichend in Entscheidungsprozesse einfließen. Eine paritätische Repräsentation stärkt nicht nur die demokratische Legitimation, sondern fördert auch vielfältigere Lösungsansätze und nachhaltige politische Bildung.

Ein strukturiertes Konzept ist daher notwendig, um Hürden abzubauen, Beteiligungsmöglichkeiten sichtbarer

zu machen und langfristige Gerechtigkeit in der Gremienarbeit sicherzustellen. Die Entwicklung durch den Landesvorstand gewährleistet eine praxisnahe Umsetzung und ermöglicht eine fundierte Diskussion im nächsten Plenum.

Ä1

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Michal Mielewczyk

Titel: **Ä1 zu A2: Ohne FINTA* keine Demokratie – Zeit für echte Repräsentation!**

Titel

Ändern in:

Ohne FINTA* keine Demokratie – Zeit für eche Representation!

Antragstext

Von Zeile 2 bis 4:

Das Landesvorstand wird beauftragt, ein umfassendes Konzept zur stärkeren Einbindung von **F**FLINTA*-Personen (Frauen, Lesbisch, inter, nicht-binäre, trans und agender Personen) in die Arbeit der Landesschüler*innenvertretung zu entwickeln. Dieses

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Rasmus Wendt (SV RBZ Eckener-Schule Flensburg)

Titel: **Die "Shitshow BSK" beseitigen – Für eine demokratische Bundesarbeit**

Antragstext

1 Das Landesschülerparlament wolle beschließen,

2
3 Eine starke Präsenz über die eigene LSV hinaus, getragen durch starkes
4 Engagement und Arbeitseinsatz ist elementar, beim Streben nach einer
5 strukturierten, auf Austausch basierenden und demokratischen Bundesebene.
6

7 Dafür ist es nötig, bei diversen Thematiken innerhalb des eigenen Landes mit den
8 anderen LSVen in SH in einen konstruktiven Diskurs zu gehen, den aktiven
9 Austausch voranzutreiben und die generelle Zusammenarbeit zu stärken, um geeint
10 mit den diversen bildungspolitisch relevanten Interessensgruppen in den Diskurs
11 zu gehen und den Interessen der Schüler*innen besonderen Nachdruck zu verleihen.
12

13 Dieser Diskurs darf sich dabei nicht nur auf unser eigenes Land beschränken,
14 sondern muss stets genau so sehr mit den Schülergremien der anderen Bundesländer
15 stattfinden. Dabei ist es von höchster Relevanz, den konstruktiven Austausch,
16 das voneinander Lernen und die gemeinsame Beschlussfindung immer weiter
17 voranzutreiben. Genau so gilt es, gemeinsame Austauschgremien (wie bspw. die
18 Nordländertreffen) voranzutreiben, sich aktiv einzusetzen und den stets
19 produktiven Austausch möglichst vieler Meinungen zu sichern.
20

21 Neben dem direkten Austausch mit den Bundesländern, ist der letzte fundamentale
22 Bestandteil dieser Arbeit ein Landesübergreifendes Gremium, welches die

23 Meinungen der Schüler*innen auf allen höheren Ebenen vertritt, den gemeinsamen
24 Austausch der einzelnen Länder fördert und in ihrem generellen Seien einen
25 großen Wert auf eine gute Kommunikationskultur, klar geregelte Abläufe und hohe
26 Transparenz legt.

27
28 Die LSV BS stellt fest, dass die Bundesschülerkonferenz (BSK) in ihrer aktuellen
29 Form den Kriterien für ein Länderübergreifendes Gremium nicht gerecht wird. Die
30 BSK ist geplagt von zahllosen internen Problemen und Zerrissenheit. Die
31 allgemeine Kommunikationskultur innerhalb der BSK ist in vielen Bereichen extrem
32 toxisch, in alt eingesessene Fraktionen zersplittert und insgesamt kein gutes
33 Klima für jedwede Form von Gremienarbeit.

34
35 Basierend auf diesen Feststellungen wird der LSV-Vorstand damit beauftragt,
36 seine LSV übergreifende Präsenz und Mitarbeit in benannten Gremien entsprechend
37 zu verstärken, als dass man sich verstärkt für die genannten Forderungen und
38 gegen die benannten Missstände einsetzt.

39 Hierzu sollen in erster Linie der Bundesdelegierte und sein Stellvertreter, in
40 Rücksprache mit dem GeVo und einschließlich regelmäßiger Berichte im LSV-
41 Vorstand, verantwortlich sein.

Begründung

Erfolgt mündlich...

Ä1

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Rasmus Wendt (RBZ Eckener-Schule Flensburg)

Titel: **Ä1 zu A3: Die "Shitshow BSK" beseitigen – Für eine demokratische Bundesarbeit**

Antragstext

Von Zeile 21 bis 41:

Neben dem direkten Austausch mit den Bundesländern, ist der letzte fundamentale Bestandteil dieser Arbeit ein Landesübergreifendes Gremium, welches ~~die Meinungen der Schüler*innen auf allen höheren Ebenen vertritt, den gemeinsamen Austausch der einzelnen Länder fördert und in ihrem generellen Seien einen großen Wert auf eine gute Kommunikationskultur, klar geregelte Abläufe und hohe Transparenz legt.~~

~~Die LSV BS stellt fest, dass die Bundesschülerkonferenz (BSK) in ihrer aktuellen Form den Kriterien für ein Länderübergreifendes Gremium nicht gerecht wird. Die BSK ist geplagt von zahllosen internen Problemen und Zerrissenheit. Die allgemeine Kommunikationskultur innerhalb der BSK ist in vielen Bereichen extrem toxisch, in alt eingesessene Fraktionen zersplittert und insgesamt kein gutes Klima für jedwede Form von Gremienarbeit.~~

~~Basierend auf diesen Feststellungen wird der LSV-Vorstand damit beauftragt, seine LSV übergreifende Präsenz und Mitarbeit in benannten Gremien entsprechend zu verstärken, als dass man sich verstärkt für die genannten Forderungen und gegen die benannten Missstände einsetzt.~~

~~Hierzu sollen in erster Linie der Bundesdelegierte und sein Stellvertreter, in Rücksprache mit dem GeVo und einschließlich regelmäßiger Berichte im LSV-Vorstand, verantwortlich sein.~~
den gemeinsamen Austausch der einzelnen Länder fördert und dabei großen Wert auf eine gute Kommunikationskultur, klar geregelte Abläufe und hohe Transparenz legt.

Die LSV BS stellt fest, dass die Bundesschülerkonferenz (BSK) in ihrer aktuellen Form den Kriterien für ein Länderübergreifendes Gremium nicht gerecht wird. Die BSK ist geplagt von zahllosen internen Problemen und Zerrissenheit. Die allgemeine Kommunikationskultur innerhalb der BSK ist in vielen Bereichen extrem toxisch, in alt eingesessene Fraktionen zersplittert und insgesamt kein gutes Klima für jedwede Form von Gremienarbeit.

Basierend auf diesen Feststellungen wird der LSV-Vorstand damit beauftragt, ein Konzept zum Umgang konkreteren Verhalten der LSV BS auf LSV-übergreifender Ebene zu erarbeiten.

Begründung

Erfolgt mündlich...

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Hagemeier, Jannes (RBZ am Königsweg)

Titel: **Ä2 zu A3: Die "Shitshow BSK" beseitigen – Für eine demokratische Bundesarbeit**

Antragstext

Von Zeile 21 bis 41:

Neben dem direkten Austausch mit den Bundesländern, ist der letzte fundamentale Bestandteil dieser Arbeit ein Landesübergreifendes Gremium, ~~welches die Meinungen der Schüler*innen auf allen höheren Ebenen vertritt, den gemeinsamen Austausch der einzelnen Länder fördert und in ihrem generellen Seien einen großen Wert auf eine gute Kommunikationskultur, klar geregelte Abläufe und hohe Transparenz legt.~~

~~Die LSV BS stellt fest, dass die Bundesschülerkonferenz (BSK) in ihrer aktuellen Form den Kriterien für ein Länderübergreifendes Gremium nicht gerecht wird. Die BSK ist geplagt von zahllosen internen Problemen und Zerrissenheit. Die allgemeine Kommunikationskultur innerhalb der BSK ist in vielen Bereichen extrem toxisch, in alt eingesessene Fraktionen zersplittert und insgesamt kein gutes Klima für jedwede Form von Gremienarbeit.~~

~~Basierend auf diesen Feststellungen wird der LSV-Vorstand damit beauftragt, seine LSV übergreifende Präsenz und Mitarbeit in benannten Gremien entsprechend zu verstärken, als dass man sich verstärkt für die genannten Forderungen und gegen die benannten Missstände einsetzt.~~

~~Hierzu sollen in erster Linie der Bundesdelegierte und sein Stellvertreter, in Rücksprache mit dem GeVo und einschließlich regelmäßiger Berichte im LSV-Vorstand, verantwortlich sein, welches~~

den gemeinsamen Austausch der einzelnen Länder fördert und dabei großen Wert auf eine gute Kommunikationskultur, klar geregelte Abläufe und hohe Transparenz legt.

Die LSV BS stellt fest, dass die Bundesschülerkonferenz (BSK) in ihrer aktuellen Form den Kriterien für ein Länderübergreifendes Gremium nicht gerecht wird. Die BSK ist geplagt von zahllosen internen Problemen und Zerrissenheit. Die allgemeine Kommunikationskultur innerhalb der BSK ist in vielen Bereichen extrem toxisch, in alt eingesessene Fraktionen zersplittert und insgesamt kein gutes Klima für jedwede Form von Gremienarbeit.

Basierend auf diesen Feststellungen wird der LSV-Vorstand damit beauftragt, ein Konzept zum Umgang konkreteren Verhalten der LSV BS auf LSV-übergreifender Ebene zu erarbeiten und dieses unabhängig von LAG Beschlüssen durchzusetzen.

Die LSV BS vertritt das erarbeitete Konzept in der LAG mit dem Ziel ein gemeinsamen Konsens zu finden der sich an das Konzept richtet.

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Kimmie Radmann

Titel: **Tiermedizinischen Fachangestellten möchten in Pinneberg ihre Ausbildung beenden**

Antragstext

1 „Die LSV BS SH fordert, dass Auszubildende nicht ohne zwingende fachliche
2 Notwendigkeit zum Wechsel der Berufsschule verpflichtet werden. Wohnortnahe
3 Beschulung ist sicherzustellen, wie es der Koalitionsvertrag Schleswig-Holstein
4 vorsieht, der eine flächendeckende Bereitstellung von Ausbildungs- und
5 Beschulungsangeboten garantiert.

6 Ein verpflichtender Wechsel der Berufsschule führt für Auszubildende zu
7 erheblichen Nachteilen: längere Fahrtwege, steigende Fahrtkosten, Verlust des
8 vertrauten schulischen Umfelds, Wegfall etablierter Lernbeziehungen zu
9 Lehrkräften sowie die Zerstörung gewachsener Klassengemeinschaften.

10 Wenn die bisherige Schule – wie im Fall der Berufsschule Pinneberg –
11 nachweislich über die räumlichen, personellen und fachlichen Möglichkeiten
12 verfügt und die Schulleitung ihre Bereitschaft zur vollständigen Beschulung
13 mündlich bestätigt hat, muss diese Option auch ermöglicht werden.“

Begründung

Ein verpflichtender Wechsel der Auszubildenden zur Tiermedizinischen Fachangestellten nach dem ersten Lehrjahr von der Berufsschule Pinneberg zur Berufsschule Neumünster führt zu erheblichen

organisatorischen und pädagogischen Nachteilen. Der Schulortwechsel verursacht für viele Auszubildende längere und teurere Fahrtwege sowie einen erhöhten zeitlichen Aufwand, der den Ausbildungsalltag zusätzlich belastet.

Darüber hinaus werden durch einen Schulwechsel etablierte Lernstrukturen beeinträchtigt. Bereits im ersten Ausbildungsjahr entstandene Klassengemeinschaften und pädagogische Beziehungen zu Lehrkräften werden aufgelöst, was die Kontinuität des Lernens und den Lernerfolg negativ beeinflussen kann. Ein stabiler Klassenverband und vertraute Lehrkräfte stellen im berufsschulischen Kontext einen wesentlichen Faktor für eine erfolgreiche Ausbildung dar.

Die Berufsschule Pinneberg verfügt über die organisatorischen, räumlichen und personellen Voraussetzungen, die Ausbildung zur Tiermedizinischen Fachangestellten vollständig anzubieten. Seitens der Schulleitung und Lehrkräfte wurde die Bereitschaft zur vollständigen Beschulung mündlich bestätigt.

Der Koalitionsvertrag Schleswig-Holstein sieht ausdrücklich vor, Ausbildungs- und Beschulungsangebote flächendeckend und wohnortnah sicherzustellen. Ein verpflichtender Schulwechsel ohne zwingende fachliche Notwendigkeit steht im Widerspruch zu diesem bildungspolitischen Ziel und führt zu vermeidbaren Belastungen für die Auszubildenden.

Aus diesen Gründen ist eine Überprüfung der aktuellen Regelung erforderlich, um eine wohnortnahe, kontinuierliche und pädagogisch sinnvolle Beschulung sicherzustellen.

Dringlichkeitsantrag

Initiator*innen: Magnus Erdmann, Leni Schwarze & Nina Andrees, Jannes Hagemeier & Süeda-Nur Okular, Rasmus Wendt & Michal Mielewczyk, Marlon Dee, Malina Schütte & Robin Scheller (LSS, SV BS Oldenburg, stellv. LSS, SV RBZ Eckener-Schule Flesnburg, SV Hanse-Schule Lübeck, SV BBZ Bad Segeberg)

Titel: **Wir schultern eure Krisen nicht mit einem
Gewehr in der Hand!**

Antragstext

1 Das Landesschüler*innenparlament möge beschließen:

2
3 Das Landesschüler*innenparlament spricht sich gegen die Wiedereinführung der
4 Wehrpflicht oder eines verpflichtenden Dienstjahres aus. Wir sehen dennoch die
5 gesellschaftliche Nöte für ein Pflichtjahr, wo man sich frei entscheiden kann, ob
6 man zur Bundeswehr, THW, in Krankenhäuser, Tierheime, etc. geht. Ein sogenanntes
7 Gesellschaftliches Pflichtjahr. Die Debatte
8 findet weitgehend ohne unsere Beteiligung statt, deshalb wollen wir einen
9 Kompromiss zur Verfügung stellen. Außerdem finden wir auch, dass das Image der
10 Bundeswehr verbessert werden muss. Sie stehen bei Naturkatastrophen immer an
11 erster Stelle um zu helfen, dies muss deutlicher gezeigt werden um Jugendlichen
12 zu motivieren dort hin zu gehen. In einer Zeit, in der Schulen unter steigenden
13 Belastungen leiden und Bildungspolitik vor großen Herausforderungen steht, wäre
14 eine Rückkehr zur Wehrpflicht ein Schritt in die falsche Richtung.

15 Die Auswirkungen eines verpflichtenden Dienstes auf Bildungswege wären groß.
16 Schülerinnen und Schüler, die ohnehin mit komplexen Übergängen zwischen Schule,
17 Ausbildung und Studium konfrontiert sind, würden ausgebremst und in ihren
18 Lebensentscheidungen eingeschränkt. Ausbildungs- und Studienstarts würden
19 verschoben, berufliche Orientierung verzögert und Qualifizierungsprozesse
20 unterbrochen. Gerade in einem Land, das unter massivem Fachkräftemangel leidet

21 besonders im Bildungswesen, in sozialen Berufen und in der Kinder- und
22 Jugendarbeit wäre dies ein volkswirtschaftlicher Rückschritt. Jeder verzögerte
23 Berufseinstieg bedeutet verlorenes Potenzial, geringere Produktivität und
24 verschärft den Druck auf ein ohnehin angespanntes Bildungssystem, das dringend
25 gut ausgebildete Fachkräfte braucht.

26 Statt junge Menschen in verpflichtende Strukturen zu drängen, braucht unsere
27 Gesellschaft ein Bildungssystem, das ihnen Freiheit, Orientierung und echte
28 Mitsprache ermöglicht. Politische Entscheidungen, die Jugendliche unmittelbar
29 betreffen, dürfen nicht über ihre Köpfe hinweg getroffen werden. Gerade bei so
30 tiefgreifenden Fragen wie Wehrdienst und Gesellschaftsjahr muss die Stimme der
31 Jugend nicht nur gehört, sondern verbindlich einbezogen werden. Schulen sollten
32 Orte sein, an denen junge Menschen lernen, Verantwortung zu übernehmen, nicht
33 Orte, an denen ihnen diese Verantwortung in Form von Zwang auferlegt wird.

34 Hinzu kommt, dass die psychischen Belastungen unter Schüler*innen in den
35 vergangenen Jahren deutlich zugenommen haben. Leistungsdruck, Unsicherheiten
36 über die Zukunft, gesellschaftliche Krisen und fehlende Unterstützungssysteme
37 führen zu einem hohen Bedarf an Beratung und mentaler Stabilität. Die Aussicht
38 auf eine staatliche Verpflichtung nach dem Schulabschluss schafft zusätzliche
39 Sorgen und nimmt vielen Jugendlichen das Gefühl, ihre Zukunft selbst gestalten
40 zu können. Anstatt neue Pflichten einzuführen, braucht es einen deutlichen
41 Ausbau psychologischer und sozialpädagogischer Unterstützung an Schulen, mehr
42 Prävention, mehr Zeit für mentale Gesundheit und mehr Verständnis für die
43 Lebensrealität junger Menschen.

44 Ein modernes Bildungssystem muss junge Menschen stärken, ihnen Vertrauen
45 schenken und ihnen die Freiheit geben, ihren Weg selbst zu wählen. Eine
46 Wehrpflicht jedoch drückt genau in die entgegengesetzte Richtung: Sie beschränkt
47 Chancen, bremst Bildungswege aus, verstärkt Druck und bindet Ressourcen, die an
48 Schulen dringend fehlen.

49 Das Landesschüler*innenparlament setzt deshalb ein klares Zeichen: Die Zukunft
50 der Jugend sollte nicht in verpflichtenden Dienstmodellen gesucht werden,
51 sondern in einer starken, unterstützenden und demokratischen Bildungspolitik,
52 die junge Menschen ernst nimmt, stärkt und ihnen echte Perspektiven eröffnet.

Dringlichkeitsantrag

Initiator*innen: Kimmie Radmann

Titel: Ä1 zu DA1: Wir schultern eure Krisen nicht mit einem Gewehr in der Hand!

Antragstext

Von Zeile 1 bis 52:

~~Das Landesschüler*innenparlament möge beschließen:~~

~~Das Landesschüler*innenparlament spricht sich gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder eines verpflichtenden Dienstjahres aus. Wir sehen dennoch die gesellschaftliche Nöte für ein Pflichtjahr, wo man sich frei entscheiden kann, ob man zur Bundeswehr, THW, in Krankenhäuser, Tierheime, etc. geht. Ein sogenanntes Gessellschaftsliches Pflichtjahr. Die Debatte findet weitgehend ohne unsere Beteiligung statt, deshalb wollen wir einen Kompromiss zur Verfügung stellen. Außerdem finden wir auch, dass das Image der Bundeswehr verbessert werden muss. Sie stehen bei Naturkatastrophen immer an erster Stelle um zu helfen, dies muss deutlicher gezeigt werden um Jugendlicher zu motiven dort hin zu gehen. In einer Zeit, in der Schulen unter steigenden Belastungen leiden und Bildungspolitik vor großen Herausforderungen steht, wäre eine Rückkehr zur Wehrpflicht ein Schritt in die falsche Richtung.~~

Antrag: Einführung eines verpflichtenden sozialen Jahres für alle jungen Erwachsenen
Die antragstellende Gruppe spricht sich für die Einführung eines verpflichtenden sozialen Jahres aus, das an die Idee des ehemaligen Zivildienstes anknüpft. Ziel ist es, jungen Menschen eine klar strukturierte Möglichkeit zu geben, Verantwortung zu übernehmen, gesellschaftliche Erfahrung zu sammeln und einen nachhaltigen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten. Ein verpflichtendes soziales Jahr fördert

die persönliche Reife junger Menschen, stärkt soziale Kompetenzen und ermöglicht Einblicke in Bereiche, die für das Funktionieren unserer Gesellschaft unverzichtbar sind. Einrichtungen wie Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser, Kindergärten, soziale Dienste und gemeinnützige Organisationen würden zusätzlich unterstützt und gestärkt. Gleichzeitig soll dieses soziale Jahr bewusst kein Wehrdienstersatz sein. Es entsteht kein Zwang, zur Bundeswehr zu gehen. Im Gegenteil: Durch ein freiwilliges Bild der Bundeswehr und ein verpflichtendes soziales Jahr in zivilen Bereichen wird deutlich gemacht, dass gesellschaftliches Engagement vielfältige Formen haben kann. Das verpflichtende soziale Jahr trägt dazu bei, soziale Unternehmen zu entlasten, neue Impulse zu setzen und jungen Menschen einen respektvollen, praktischen Zugang zu gesellschaftlicher Verantwortung zu bieten. Es stärkt die Gemeinschaft, weil jede und jeder einen Teil dazu beiträgt. Die antragstellende Gruppe bittet daher, die Einführung eines verpflichtenden sozialen Jahres auf den Weg zu bringen, als alternative zu dem Wehrdienst und entsprechende gesetzliche Grundlagen zu schaffen.

~~Die Auswirkungen eines verpflichtenden Dienstes auf Bildungswege wären groß. Schülerinnen und Schüler, die ohnehin mit komplexen Übergängen zwischen Schule, Ausbildung und Studium konfrontiert sind, würden ausgebremst und in ihren Lebensentscheidungen eingeschränkt. Ausbildungs- und Studienstarts würden verschoben, berufliche Orientierung verzögert und Qualifizierungsprozesse unterbrochen. Gerade in einem Land, das unter massivem Fachkräftemangel leidet besonders im Bildungswesen, in sozialen Berufen und in der Kinder- und Jugendarbeit wäre dies ein volkswirtschaftlicher Rückschritt. Jeder verzögerte Berufseinstieg bedeutet verlorenes Potenzial, geringere Produktivität und verschärft den Druck auf ein ohnehin angespanntes Bildungssystem, das dringend gut ausgebildete Fachkräfte braucht. Statt junge Menschen in verpflichtende Strukturen zu drängen, braucht unsere Gesellschaft ein Bildungssystem, das ihnen Freiheit, Orientierung und echte Mitsprache ermöglicht. Politische Entscheidungen, die Jugendliche unmittelbar betreffen, dürfen nicht über ihre Köpfe hinweg getroffen werden. Gerade bei so tiefgreifenden Fragen wie Wehrdienst und Gesellschaftsjahr muss die Stimme der Jugend nicht nur gehört, sondern verbindlich einbezogen werden. Schulen sollten Orte sein, an denen junge Menschen lernen, Verantwortung zu übernehmen, nicht Orte, an denen ihnen diese Verantwortung in Form von Zwang auferlegt wird.~~

~~Hinzu kommt, dass die psychischen Belastungen unter Schüler*innen in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen haben. Leistungsdruck, Unsicherheiten über die Zukunft, gesellschaftliche Krisen und fehlende Unterstützungssysteme führen zu einem hohen Bedarf an Beratung und mentaler Stabilität. Die Aussicht auf eine staatliche Verpflichtung nach dem Schulabschluss schafft zusätzliche Sorgen und nimmt vielen~~

Jugendlichen das Gefühl, ihre Zukunft selbst gestalten zu können. Anstatt neue Pflichten einzuführen, braucht es einen deutlichen Ausbau psychologischer und sozialpädagogischer Unterstützung an Schulen, mehr Prävention, mehr Zeit für mentale Gesundheit und mehr Verständnis für die Lebensrealität junger Menschen. Ein modernes Bildungssystem muss junge Menschen stärken, ihnen Vertrauen schenken und ihnen die Freiheit geben, ihren Weg selbst zu wählen. Eine Wehrpflicht jedoch drückt genau in die entgegengesetzte Richtung: Sie beschränkt Chancen, bremst Bildungswege aus, verstärkt Druck und bindet Ressourcen, die an Schulen dringend fehlen. Das Landesschüler*innenparlament setzt deshalb ein klares Zeichen: Die Zukunft der Jugend sollte nicht in verpflichtenden Dienstmodellen gesucht werden, sondern in einer starken, unterstützenden und demokratischen Bildungspolitik, die junge Menschen ernst nimmt, stärkt und ihnen echte Perspektiven eröffnet.

Begründung

Erfolgt Mündlich

94. LSP: Inhaltliche Beschlüsse

- LA1: *Was bleibt, was wird – Wir schreiben Zukunft*
- 92A16 A32: *Mehr Zeit für Sportunterricht im Stundenplan*
- 93A5: *Echte Lösungen für echte Probleme - Kein Toiletten-Terror in den Schulen!*
- 93A11: *Sicheres lernen garantieren – Schutz vor sexualisierter Gewalt in Schule & Betrieb*
- 93A22: *Kopfsache! – Unterricht für die Seele*
- 93A23: *Rat mal, wer mitreden darf? – Der Klassenrat kommt!*
- 93A24: *Pflaster für alle! – Erste Hilfe First*
- 93A26: *Aufklärung statt Verharmlosung: Antifaschismus ins Curriculum*
- 93A27: *Schule soll nicht schweigen lehren*
- 93A29: *Psychosozial Herausgeforderte nicht alleinlassen - Schulbegleitungen konzeptionieren!*
- 93A31: *Tagesordnungspunkt: Revolution light*
- 93A32: *Statt Streikverbot: Streikverstehen*
- 93A33: *Haushaltsplan statt Hausaufgaben*
- A1: *Schule vs. Umzugsunternehmen - Fester Raum für Bildung*
- A2: *Ohne FLINTA* keine Demokratie – Zeit für echte Repräsentation!*
- A3: *Die "Shitshow BSK" beseitigen – Für eine demokratische Bundesarbeit*
- A4: *Tiermedizinischen Fachangestellten möchten in Pinneberg ihre Ausbildung beenden*
- DA1: *Wir schultern eure Krisen nicht mit einem Gewehr in der Hand!*

Leitantrag

Initiator*innen: Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 28.11.2025)

Titel: Was bleibt, was wird – Wir schreiben Zukunft

Antragstext

1 Das Landesschüler*innenparlament möge beschließen:

2 Das aktuelle Grundsatzprogramm der LSV BS SH durch die folgenden Fassung zu
3 ersetzen:

4 **"1. Bildungsgrundsätze und Schulorganisation**

5 *Bildung ist die Grundlage einer gerechten und demokratischen Gesellschaft.*
6 *Schule muss Raum für individuelle Entwicklung, kritisches Denken und gemeinsames*
7 *Lernen bieten. Eine moderne Bildungsorganisation muss gerecht, transparent und*
8 *frei von unnötiger Bürokratie sein. Ziel der LSV BS SH ist ein Schulsystem, das*
9 *alle Schüler*innen gleichermaßen befähigt, an einer solidarischen,*
10 *demokratischen Gesellschaft teilzuhaben.*

11 **1.1. Gerechte Leistungsbewertung**

12 Wir fordern die Abschaffung der klassischen Schulnoten, da sie keine
13 individuellen und gerechten Leistungsbewertungen ermöglichen.

14 Stattdessen soll ein System eingeführt werden, das die persönlichen
15 Lernfortschritte und Kompetenzen der Schüler*innen differenziert abbildet und
16 zugleich Vergleichbarkeit sichert.

Zusätzlich sollen die mündlichen Noten durch transparente Bewertungsraster ersetzt werden.

1.2. Abschaffung der Abiturprüfungen

Wir fordern die Abiturprüfungen als überholtes und unverhältnismäßiges Bewertungssystem abzuschaffen.

Die Leistungen der Qualifikationsphase vollständig zur Ermittlung der Hochschulreife heranzuziehen.

1.3. Schulsystem-Reform – Eine Schule für alle

Wir fordern die Abschaffung des zwei- bzw. dreigliedrigen Schulsystem zugunsten einer gemeinsamen, inklusiven Gesamtschule, in der alle Schüler*innen bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen.

1.4. Oberstufenreform – Spezialisierung schafft Fachkräfte

Wir fordern, dass alle Schüler*innen in der Oberstufe mehr Wahlmöglichkeiten erhalten, in welchen Fächern Sie unterrichtet werden und welche Fachrichtung sie anstreben. Die allgemeinbildenden Gymnasien sollen sich langfristig an den beruflichen Gymnasien orientieren.

1.5. Zentrale Bildungsverwaltung

Wir fordern die Zentralisierung des Bildungssystems in Deutschland, um gleiche Standards, faire Ressourcenverteilung und eine bundesweite Vergleichbarkeit sicherzustellen.

1.6. Alle Lehrpläne zu Fachanforderungen

Wir fordern, dass sofort konsequent alle Lehrpläne zu Fachanforderungen umgeschrieben werden, um den Fokus auf Kompetenzen zu legen.

1.7. Aktualisierte Fachanforderungen und Kompetenzorientierung

Wir fordern, dass Fachanforderungen regelmäßig überprüft und modernisiert werden, um sie an gesellschaftliche, wirtschaftliche und digitale Entwicklungen anzupassen.

Der Fokus muss auf Demokratiebildung, Nachhaltigkeit und praktischen Lebenskompetenzen liegen.

1.8. Abbau von Kontrolle und Repression

Wir fordern, dass generelle Attestpflichten sowie pauschale Kontrollen an Schulen verboten werden.

Schule muss auf Vertrauen, nicht Misstrauen basieren.

1.9. Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung

Wir fordern die digitale Transformation der Schulverwaltung: elektronische Aktenführung, Online-Kommunikation, vereinfachte Antragsverfahren und datenschutzkonforme digitale Schulplattformen.

1.10. Schulautonomie und Partizipation

Wir fordern, dass Schulen mehr pädagogische und organisatorische Autonomie erhalten unter aktiver Mitbestimmung von Schüler*innen und Eltern.

2. Generelle Mitbestimmung und Schülervertretung

*Demokratie beginnt in der Schule. Mitbestimmung bedeutet, dass Schüler*innen aktiv an Entscheidungen beteiligt werden, die ihren Lern- und Lebensraum betreffen. Eine starke Schüler*innenvertretung (SV, KSV, LSV) ist dafür unerlässlich. Sie braucht rechtliche Absicherung, verlässliche Ressourcen und echte Mitsprachemöglichkeiten auf allen Ebenen der Bildungspolitik.*

2.1. Demokratische Mitbestimmung auf allen Ebenen

Wir fordern die Stärkung der demokratischen Mitbestimmung in allen Schulen – von der Klassen- bis zur Landesebene.

Schüler*innen müssen in allen Gremien Antrags-, Rede- und Stimmrechte haben.

2.2. Gemeinsame Landesschüler*innenvertretung

Wir fordern eine gemeinsame Landesschüler*innenvertretung aller Schularten in Schleswig-Holstein mit ausgewogener Vertretung der Interessen aller

Schüler*innen.

2.3. Verbindliche Finanzierung der Schülervertretungen

Wir fordern eine verbindliche Mindestfinanzierung:

- 500 € jährlich für jede Schul-SV,

- 5.000 € für jede Kreisschüler*innenvertretung und

- 100.000 € für die Landesschüler*innenvertretungen,

automatisch indexiert mit der Inflationsrate.

2.4. Freistellung und Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit

Wir fordern gesetzlich verankerte Freistellungsansprüche für Mitglieder von SV, KSV und LSV und eine Erhöhung der Ansprüche für Landesschüler*innen- und Kreisschüler*innensprecher*innen.

Auch Arbeitgeber*innen müssen für den Einsatz von Berufsschüler*innen in der SV-, KSV- und LSV-Arbeit Freistellung gewähren.

2.5. Unterstützungsstrukturen und Verbindungslehrkräfte

Wir fordern die Bereitstellung einer stellvertretenden Landesverbindungslehrkraft und zwei Ausgleichsstunden für alle Verbindungslehrkräfte pro Woche, vier für Kreisverbindungslehrkräfte.

2.6. Unabhängige Geschäftsstelle der LSV

Wir fordern eine räumlich und personell eigenständige Geschäftsstelle für die Landesschüler*innenvertretungen Schleswig-Holsteins.

Diese muss unabhängig vom für Bildung zuständigen Ministerium arbeiten und darf nicht unter der fachlichen Aufsicht abgeordneter Lehrkräfte stehen.

2.7. Verlässliche Kommunikation

Wir fordern regelmäßige, niedrigschwellige Austauschrunden zwischen dem für Bildung zuständigen Ministerium (Schulaufsichten), LSVen und KSVen, einschließlich der Hausspitze (Minster*in, Staatssekretär*in)

Für die SVen fordern wir regelmäßige Austauschtermine mit der jeweiligen Schulleitung.

2.8. Rechtsschutz und Beschwerdemöglichkeit für Schüler*innen

Wir fordern die Einrichtung einer anonymen Meldestelle bei der Schulaufsicht, an die Schüler*innen Verstöße und Fehlverhalten melden können.

Darüber Hinaus sollte stets sichergestellt werden, dass die Rechte von Schüler*innen gewahrt werden.

2.9. Strukturierter Dialog mit dem SHIBB

Wir fordern, dass das Schleswig-Holsteinische Institut für Berufliche Bildung (SHIBB) verpflichtet wird, vor grundlegenden Änderungen an Schulformen oder Bildungswegen einen strukturierten Dialog mit Schulleitungen, Lehrkräften, Schüler*innenvertretungen und Ausbildungspartner*innen zu führen. Dieser Diskurs soll verbindlich dokumentiert und öffentlich einsehbar sein.

2.10. Landesweites Vernetzungsportal für die SVen

Die LSV BS SH fordert ein landesweiter digitales Schüler*innenvertretungsportal, über das die SVen vor Ort Zugang zu einem Funktionspostfach, wichtigen Informationen, Vernetzungsangeboten und SV- Materialien erhalten.

3. Unterricht und Lernqualität

Guter Unterricht ist das Herzstück jeder Schule. Lehrqualität entsteht durch fachliche Kompetenz, pädagogisches Geschick und gute Rahmenbedingungen. Die LSV BS SH setzt sich für modernen, praxisnahen, digitalen und gerechten Unterricht ein, der Vielfalt fördert und individuelle Lernwege ermöglicht.

3.1. Angemessene Klassengröße und Unterrichtsversorgung

Wir fordern kleine Klassen und Lerngruppen.

Der Klassenteiler soll um mindestens 20%, am besten um 40% gesenkt werden, und die Unterrichtsversorgung ist auf mindestens 110% zu erhöhen, um Ausfälle zu vermeiden.

3.2. Qualifizierte und motivierte Lehrkräfte

Wir fordern, dass alle Lehrkräfte, insbesondere Quereinsteiger*innen, eine umfassende pädagogische und medientechnische Ausbildung erhalten.

Außerdem müssen regelmäßige, verpflichtende Fortbildungen zu Pädagogik, Inklusion, Gendergerechtigkeit, Digitalisierung und ihren Fachkompetenzen garantiert werden.

3.3. Gerechter Einsatz und faire Arbeitsbedingungen

Wir fordern, dass Lehrkräfte ausschließlich in ihren Fachrichtungen eingesetzt werden und angemessene Entlastung bei Prüfungen, Korrekturen und Klassenfahrten erhalten. Dazu gehört ein Bereitschaftsgeld für mehrtägige Fahrten außerhalb der regulären Arbeitszeit.

3.4. Lehrkräfte-Evaluation durch Schüler*innen

Wir fordern, dass Schüler*innen Lehrkräfte anonym evaluieren können. Die Ergebnisse müssen veröffentlicht, im Kollegium besprochen, in den Konferenzen behandelt und zur Qualitätsverbesserung genutzt werden.

3.5. Unterrichtsformen der Zukunft

Wir fordern zeitgemäße Unterrichtsformen wie Doppelstunden, betreute Lernzeiten, Projektunterricht, Portfolioprüfungen und kooperative Lernformate.

Hausaufgaben in ihrer bisherigen Form sollen abgeschafft werden.

3.6. Faire Leistungsbewertung

Wir fordern eine faire und transparente Leistungsbewertung:

- anonyme Klausuren,

- Korrekturfristen von maximal 4 Wochen,

146 – nicht mehr als 4 schriftliche Leistungsnachweise pro Wochen und

147 – keine Prüfungen und Nachschreibetermine an Wochenenden.

148 3.7. Moderne Lehrmittel und Lernmittelfreiheit

149 Wir fordern die vollständige Lernmittelfreiheit für alle Bildungsgänge,
150 einschließlich Fachbücher, Tablets, branchenspezifisches Material und
151 Berufskleidung.

152 3.8. Digitale Schule

153 Wir fordern die flächendeckende digitale Ausstattung aller Schulen mit WLAN,
154 Smartboards, Endgeräten und sicheren Lernplattformen.

155 Schulen dürfen dabei keine personenbezogenen Nutzerdaten speichern.

156 3.9. Medien und Nachrichtenkompetenz

157 Wir fordern die verbindliche Integration von Medienbildung, Quellenkritik und
158 digitaler Verantwortung in allen Fachanforderungen.

159 3.10. Unterrichtsqualität sichern und überprüfen

160 Wir fordern einen unabhängigen “Schul-TÜV”, der Schulen regelmäßig evaluiert und
161 die Ergebnisse transparent veröffentlicht.

162 3.11. Von der Befehlskette zur Beziehungskultur

163 Wir fordern, dass im Vorbereitungsdienst sowie in der Lehrkräfteausbildung an
164 Berufsschulen verpflichtende Module zu Machtkritik, Hierarchien im
165 Bildungssystem und feministischer Pädagogik eingeführt werden. Dabei soll
166 insbesondere die Reproduktion patriarchaler, autoritärer Strukturen im
167 Schulalltag reflektiert und dekonstruiert und die Partizipation erhöht werden.

168 3.12. KI – Kritische Insights

169 Wir fordern landesweite und bildungsgang-/fachspezifische Regelungen zur Nutzung
170 künstlicher Intelligenz im Unterricht und bei Klausuren.

171 Außerdem sollen KI-Tools aktiv in den Unterricht integriert und dort auch

inhaltlich, pädagogisch und datenschutzkonform behandelt werden.

3.13. Weltverständnis statt Indoktrinierung

Wir fordern die Streichung von Religions- und Philosophieunterricht. Ersetzend soll Weltverständnis als Fache geschaffen werden, welches nicht nur die Elemente von Ethik, kritisches Hinterfragen und Verständnis der Weltreligion und Grundsätze des philosophischen Denkens behandelt. Dazu soll eine entsprechende Fachanforderung geschaffen werden.

4. Soziale Gerechtigkeit und Finanzierung

*Bildung ist ein Grundrecht und darf nicht vom Einkommen, sozialen Hintergrund oder Wohnort abhängen. Soziale Gerechtigkeit im Bildungssystem bedeutet, dass alle Schüler*innen unabhängig von ihrer Lebenslage die gleichen Chancen auf Erfolg und Teilhabe haben. Dazu gehören finanzielle Unterstützung, Lernmittelfreiheit und eine faire Ausbildungsförderung.*

4.1. Bildung ohne finanzielle Barrieren

Wir fordern, dass Zugang zu Bildung in Schleswig-Holstein vollständig kostenfrei ist – von der Kita bis zur Hochschule.

Elternbeiträge zu Klassenfahrten, Lernmitteln, Prüfungen oder verpflichtenden Schulaktivitäten müssen abgeschafft werden.

4.2. Gerechte Ausbildungs- und Studienfinanzierung

Wir fordern die finanzielle Gleichstellung von Ausbildungs- und Studienplätzen – gleiche Chancen, gleiche Unterstützung.

4.3. Elternunabhängiges und gerechtes BAföG/BAB

Wir fordern, dass BAföG und BAB elternunabhängig, geschwisterunabhängig und unbürokratisch gewährt werden.

Anträge sollen digitalisiert, vereinfacht und sozial gerechter gestaltet werden.

4.4. Faire Vergütung für Ausbildung und Praktikum

208 Wir fordern eine gesetzliche Mindestvergütung für Ausbildungen und Praktika, die
209 mindestens dem gesetzlichen Mindestlohn entspricht.

200 4.5. Kostenlose Unterbringung für Berufsschüler*innen

201 Wir fordern, dass Berufsschüler*innen, die aufgrund ihres Ausbildungsortes
202 längere Schulwege haben, Anspruch auf kostenfreie Unterbringung oder
203 Wohnraumförderung erhalten.

204 4.6. Keine Kürzung im Bildungswesen

205 Wir fordern, dass der Bildungsetat des Landes nicht gekürzt, sondern langfristig
206 ausgebaut wird.

207 Lehrkräfte-Abbau ist sofort zu stoppen.

208 4.7. Bildungsgerecht finanzieren – Zukunft ermöglichen

209 Wir fordern, dass die Schulfinanzierung bundesweit gleichgestellt und von der
210 regionalen Wirtschaftskraft unabhängig gestaltet wird.

211 4.8. Staatlich geförderte Innovationsfonds

212 Wir fordern die Einrichtung eines Innovationsfonds, der Schulen ermöglicht,
213 innovative Projekte und Konzepte eigenständig zu entwickeln und umzusetzen.

214 4.9. Steuerliche Entlastungen für Bildungsgüter

215 Wir fordern die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel sowie auf
216 Lern- und Unterrichtsmaterialien.

217 4.10. Kostenlose Sprachzertifikate

218 Die volle Übernahme der Kosten für anerkannte Sprachzertifikate durch
219 öffentliche Mittel für alle Schüler*innen

220 **5. Nachhaltigkeit und Mobilität**

221 *Nachhaltigkeit ist ein zentraler Bildungsauftrag. Schulen müssen Lernorte sein,*

222 *die ökologisches Bewusstsein, Verantwortung und zukunftsorientiertes Handeln*
223 *fördern. Mobilität, Energieverbrauch und Verpflegung sind dabei ebenso wichtig*
224 *wie Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Die LSV BS SH setzt sich für ein*
225 *klimafreundliches, nachhaltiges und sozial gerechtes Schulsystem ein.*

226 5.1. Bildung für nachhaltige Entwicklung

227 Wir fordern, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen Fachanforderungen
228 verbindlich verankert wird.

229 Schüler*innen sollen befähigt werden, ökologische, soziale und ökonomische
230 Zusammenhänge kritisch zu reflektieren und verantwortungsvoll zu handeln.

231 5.2. Nachhaltige Schulgebäude und Beschaffung

232 Wir fordern, dass alle Schulen nach energieeffizienten, ökologischen und
233 barrierefreien Standards saniert oder gebaut werden.

234 Nachhaltige Materialien, Klimafreundliche Heizsystem und ressourcenschonende
235 Beschaffung sollen verpflichtend sein.

236 5.3. Kostenfreie, tragbare und digitale Schulmobilität

237 Wir fordern eine moderne, umweltfreundliche und digitale Schulmobilität:

238 – Kostenlose Nutzung des ÖPNV für alle Schüler*innen,

239 – Ausbau und Taktverdichtung von Bus und Bahn sowie Reaktivierung stillgelegter
240 Bahnlinien,

241 – barrierefreie Zugänge und sichere Fahrradwege,

242 – kostenloses WLAN in Verkehrsmitteln und intelligentes Entschuldigungssystem
243 bei ÖPNV-bedingten Verspätungen.

244 5.4. Nachhaltige Digitalisierung

245 Wir fordern, dass bei der Digitalisierung der Schulen Nachhaltigkeit mitgedacht
246 wird – etwa durch effiziente Soft- und Hardware, energiesparende und -bewusste
247 Nutzung, langlebige Geräte und Recyclingprogramme.

Besonders soll die Digitalisierung aber auch bei Schüler*innen einen nachhaltigen Kompetenzerwerb hervorbringen.

6. Politische Bildung

*Politische Bildung ist die Grundlage einer lebendigen Demokratie. Schule hat den Auftrag, junge Menschen zu selbständigem Denken, kritischem Hinterfragen und verantwortungsvollem Handeln zu befähigen um mündige Bürger*innen zu schaffen. Politische Bildung muss daher fächerübergreifend stattfinden, Demokratie erlebbar machen und vor Extremismus sowie Diskriminierung schützen.*

6.1. Politische Bildung als Kernaufgabe der Schule

Wir fordern, dass politische Bildung und Demokratieverständnis als fester Bestandteil aller Fachanforderungen und Bildungsgänge verankert werden.

Dazu gehört die Förderung von Medien-, Diskussions- und Beteiligungskompetenzen sowie die Stärkung des Verständnisses für Grundrechte, Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe.

6.2. Eigenständige Fächer: Politik- und Geschichtsunterricht

Wir fordern die Einrichtung der eigenständigen Fächer "Politik" und "Geschichte" an allen berufsbildenden Schulen, welche regelmäßig, mit mindestens 2 Wochenstunden und praxisnah unterrichtet werden.

6.3. Demokratiebildung im Schulalltag

Wir fordern, dass Schulen demokratische Entscheidungsprozesse erlebbar machen – etwa durch eine gestärkte Schülervertretung, Beteiligungsprojekte und Wahltrainings.

Lehrkräfte sollen für Demokratiepädagogik qualifiziert und Schüler*innen zur aktiven Mitwirkung ermutigt werden.

Der Beutelsbacher Konsens sollte stets als Vorbild gelten.

6.4. Erinnerungskultur und historische Verantwortung

Wir fordern, dass jede*r Schüler*in während der Schulzeit mindestens einmal eine

275 Gedenkstätte des Nationalsozialismus besucht.

276 Der Geschichtsunterricht soll die Auseinandersetzung mit Antisemitismus,
277 Rassismus und totalitären Systemen fördern und Bezüge zur Gegenwart herstellen.

278 6.5. Aufklärung über Extremismus und Diskriminierung

279 Wir fordern umfangreiche Aufklärung über alle Formen von Extremismus,
280 insbesondere Rechtsextremismus, Antisemitismus, Sexismus und
281 Queerfeindlichkeit.

282 Schulen müssen aktiv und transparent gegen jede Form gruppenbezogener
283 Menschenfeindlichkeit vorgehen.

284 6.6. Konsequenzen bei verfassungsfeindlichen Verhalten

285 Wir fordern, dass Lehrkräfte, die gegen die freiheitliche-demokratische
286 Grundordnung handeln oder Mitglieder rechtsextremer Organisationen (u.a. die
287 AfD) sind, aus dem Schuldienst entfernt werden.

288 6.7. Mitbestimmung auch auf Landesebene

289 Wir fordern, dass im Land Schleswig-Holstein zur Förderung der Mitbestimmung von
290 Kindern und Jugendlichen, sowie als Instrumente der politischen Bildung ein
291 Landesjugendbeirat unter Einbeziehung der großen Jugendverbände und
292 Jugendvertretungen, sowie der LSVen im Land gebildet wird.

293 6.8. Europäische und globale politische Bildung

294 Wir fordern die Schaffung einer Europäischen Zentrale für politische Bildung
295 (EZPB).

296 Ebenfalls sollen im Politikunterricht europäische und internationale
297 Zusammenhänge stärker integriert werden, um globale Verantwortung und
298 Solidarität zu fördern.

299 6.9. Projektstage als Mittel der politischen Bildung

300 Wir fordern die Einführung von mindestens zwei verpflichtenden Projekttagen pro
301 Schuljahr an berufsbildenden Schulen, die sich mit aktuellen politischen und

gesellschaftlichen Themen beschäftigen.

7. Lebensraum Schule

*Schule ist mehr als ein Lernort – sie ist Lebensraum, sozialer Treffpunkt und Ort der Persönlichkeitsentwicklung. Damit sich Schüler*innen wohlfühlen und entfalten können, braucht es gute Ausstattung, Inklusion, Gleichstellung, Gesundheitsförderung und eine Kultur des Respekts. Die LSV BS SH setzt sich für Schulen ein, die sicher, inklusiv, barrierefrei und wertschätzend sind.*

7.1. Schule als Ort des Wohlbefindens

Wir fordern, dass Schulen Orte sind, an denen sich alle Beteiligten sicher, respektiert und wohl fühlen.

Dazu gehören Rückzugsräume, Ruhebereiche, gesunde Lernbedingungen und eine offene, wertschätzende Schulkultur.

7.2. Ausstattung und Schulräume

Wir fordern ergonomisches Mobiliar, ausreichende Schließfächer, funktionale Arbeitsräume, digitale Infrastruktur und moderne Mensen an allen berufsbildenden Schulen.

7.3. Schulverpflegung und Gesundheit

Wir fordern die kostenlose Bereitstellung gesunder, ausgewogener Mahlzeiten mit veganen, vegetarischen und halal- zertifizierten Optionen.

Zudem sollen Schulen Konzepte zur Bewegung, Ernährung und mentaler Gesundheit verankern.

7.4. Inklusion und Teilhabe

Wir fordern, dass Schulen konsequent inklusiv gestaltet werden – baulich, organisatorisch und pädagogisch.

Jede Schule muss barrierefrei zugänglich sein und individuelle Nachteilsausgleiche anbieten.

328 7.5. Individuelle Förderung und Nachteilsausgleich

329 Wir fordern transparente und einheitliche Regelungen für Nachteilsausgleiche
330 sowie individuelle Förderkonzepte für Schüler*innen mit Beeinträchtigungen,
331 Teilleistungsstörung (z.B. LRS, Dyskalkulie etc.) oder besondere Begabungen.

332 Alle Maßnahmen sollen frühzeitig, nachvollziehbar und diskriminierungsfrei
333 umgesetzt werden.

334 7.6. Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt

335 Wir fordern, dass alle Schulen ein diskriminierungsfreies Umfeld für queere,
336 trans* und nicht-binäre Personen schaffen.

337 Dazu gehören auch die Anerkennung des dgti-Ergänzungsausweises sowie die
338 konsequente Nutzung des gewählten Namens.

339 7.7. Gleichstellung und gendergerechte Bildung

340 Wir fordern, dass Lehrkräfte verpflichtend auf geschlechtergerechte Sprache und
341 Darstellungsformen achten.

342 Das Thema "Gendergerechtigkeit" ist verbindlich in den Fachanforderungen,
343 insbesondere im Deutschunterricht, zu verankern.

344 7.8. Sensibilisierung und Prävention

345 Wir fordern verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte zur Antidiskriminierung,
346 Mental Health und Gewaltprävention.

347 Schulen sollen Konzepte für einen achtsamen Umgang mit psychischen Belastungen
348 entwickeln.

349 7.9. Hygiene, Privatsphäre und Grundbedürfnisse

350 Wir fordern ausreichend genderneutrale Toiletten, kostenfreie
351 Menstruationsprodukte und sichere Trinkwasserversorgung an allen Schulen.

352 7.10. Kommunikation und Partizipation im Schulalltag

353 Wir fordern, dass Informationsflüsse zwischen Schüler*innen, Lehrkräfte und
354 Schulleitung verbindlich und transparent geregelt werden.

355 7.11. Religiöse und kulturelle Bedürfnisse

356 Wir fordern, dass an allen Schulen Gebetsräume eingerichtet werden und religiöse
357 Feiertage respektiert werden.

358 7.12. Schüler*innen Meinung durch und durch

359 Schüler*innen aktiv in die Planung und Durchführung von Schulfahrten und anderen
360 Veranstaltungen mit einbezogen werden.

361 7.13. Schule als Schutzort

362 Die LSV BS SH fordert verpflichtende Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt
363 für alle berufsbildenden Schulen und Ausbildungsbetriebe in Schleswig-Holstein.
364 Dazu gehören Präventionsworkshops, geschulte Ansprechpersonen und vertrauliche
365 Beschwerdewege. Diese sind verbindlich im Curriculum zu verankern, jährlich zu
366 behandeln und im Rahmen schulinterner Evaluationen regelmäßig zu überprüfen

367 8. Bundesweite und Internationale Schule

368 *Bildung endet nicht an Landesgrenzen. Schüler*innen brauchen Austausch,*
369 *Kooperation und gemeinsame Stimme – national wie international. Die LSV BS SH*
370 *setzt sich dafür ein, dass Schüler*innenvertretungen bundesweit vernetzt sind*
371 *und internationale Bildungsprojekte gefördert werden, um globale Perspektiven*
372 *und Solidarität zu stärken.*

373 8.1. Inhalte demokratisch sichern

374 Wir fordern, dass die Satzungen bundesweiter Zusammenschlüsse sicherstellen,
375 dass inhaltliche Anträge beraten und demokratisch nach dem Mehrheitsprinzip
376 abgestimmt werden.

377 8.2. Schüler*innengremium wie KMK

378 Wir fordern, dass die Bundesschülerkonferenz sich stärker an der Struktur und
379 Arbeitsweise der Kultusministerkonferenz orientiert, um eine gleichwertige
380 Vertretung der Schüler*innen Interessen zu erreichen.

381 8.3. Mehr Internationaler Austausch

382 Wir fordern, dass internationale Austauschprogramme für Schüler*innen und
383 Lehrkräfte stärker gefördert und ausgebaut werden.

384 8.4. Partnerschulen für Europa

385 Wir fordern, dass Partnerschaften zwischen Schulen im In- und Ausland aktiv
386 unterstützt werden, um interkulturelle Kompetenz und europäisches Bewusstsein zu
387 fördern.

388 8.5. Internationale Kosten? Gesichert!

389 Wir fordern, dass berufliche Austauschprogramme und Praktika im Ausland
390 finanziell unterstützt werden.

391 8.6. Europa in den Unterricht

392 Wir fordern, dass europäische und internationale Bildungsinitiativen aktiv in
393 den Unterricht integriert werden, um globale Verantwortung und Friedensbildung
394 zu fördern.

395 8.7. Finanzielles für Soziales

396 Wir fordern die finanziellen Mittel für die unterschiedlichen Formen der
397 sozialen Dienste (FSJ, BFD, etc.) zu erhalten und langfristig auszubauen."

92A16 A32

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 29.11.2025)

Titel: **Mehr Zeit für Sportunterricht im Stundenplan**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen:
- 2 Die rechtliche Grundlage soll entsprechend angepasst werden, als dass es Schulen
- 3 ermöglicht wird, das Fach Sport zusätzlich auch als Wahlpflicht- oder Wahlfach
- 4 anzubieten.

93A5

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 29.11.2025)

Titel: **Echte Lösungen für echte Probleme - Kein Toiletten-Terror in den Schulen!**

Antragstext

Das LSP möge beschließen:

1. Vandalismus in Schulen und besonders in Toilettenräumen ist in den berufsbildenden Schulen Schleswig-Holsteins ein widerkehrendes Problem. Schülervertretungen und Schulleitungen müssen gemeinsam daran arbeiten, im Sinne eines guten Schulklimas Vandalismus zu bekämpfen.
2. Dabei darf es keine kollektive Bestrafung der Schüler*innenschaft geben. Das Recht der Schüler*innen, jederzeit die Toiletten zu benutzen, muss im Sinne der allgemeinen Menschenwürde unberührt bleiben.
3. Die LSV BS spricht sich gegen sämtliche Maßnahmen aus, die obiges Recht infragestellen und fordert die Schulleitungen dringend auf, einen menschlichen Dialog zu führen, der echte Lösungen birgt und keine Strafmaßnahmen ohne Erfolgsaussichten hervorbringt.

93A11

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 29.11.2025)

Titel: **Sicheres lernen garantieren – Schutz vor sexualisierter Gewalt in Schule & Betrieb**

Antragstext

1 Das LSP wolle beschließen, das Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

2 Es wird ein 2.20 im folgenden Wortlaut eingefügt:

3 "Die LSV BS SH fordert verpflichtende Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt
4 für alle berufsbildenden Schulen und Ausbildungsbetriebe in Schleswig-Holstein.
5 Dazu gehören Präventionsworkshops, geschulte Ansprechpersonen und vertrauliche
6 Beschwerdewege. Diese sind verbindlich im Curriculum zu verankern, jährlich zu
7 behandeln und im Rahmen schulinterner Evaluationen regelmäßig zu überprüfen."

93A22

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 29.11.2025)

Titel: **Kopfsache! – Unterricht für die Seele**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2
3 Mentale Gesundheit, psychische Belastung und Stressprävention müssen
4 verpflichtend in das Curriculum aufgenommen werden, um nachhaltige Gesundheit zu
5 fördern.

6 Darüber hinaus sollen präventive Angebote wie regelmäßige Achtsamkeits- und
7 Bewegungsprogramme, Beratungsangebote sowie Projektwochen zur mentalen
8 Gesundheit fest im Schulalltag etabliert werden.

9 Lehr- und pädagogisches Personal sind entsprechend fortzubilden, um Kompetenzen
10 im Erkennen psychischer Belastungen und im gesundheitsfördernden Umgang damit zu
11 erlangen.

12 Schüler*innen sind aktiv in die Entwicklung von Maßnahmen zur mentalen
13 Gesundheit einzubeziehen, um passgenaue und lebensnahe Angebote sicherzustellen.

93A23

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 29.11.2025)

Titel: **Rat mal, wer mitreden darf? – Der Klassenrat kommt!**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2
3 In jeder Klasse und Jahrgangsstufe ist ein verpflichtender Klassenrat
4 einzuführen, um die Bedürfnisse, Sorgen und Gedanken der Schüler*innen
5 regelmäßig zu thematisieren. Dafür ist das Schulgesetz entsprechend zu ergänzen.

6 Es sind altersgerechte Methoden der Moderation, Konfliktlösung und
7 Entscheidungsfindung zu vermitteln, damit Schüler*innen befähigt werden, den
8 Klassenrat selbstständig durchzuführen.

9
10 Themen von schulweiter Relevanz sollen aus dem Klassenrat in die Gremien der
11 Schülervertretung eingebracht werden, um Mitbestimmung auf allen Ebenen zu
12 stärken.

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 29.11.2025)

Titel: Pflaster für alle! – Erste Hilfe First

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2
3 Schulen müssen mindestens einmal jährlich einen kostenlosen, zertifizierten
4 Erste-Hilfe-Kurs für Schülerinnen anbieten. Die Teilnahme ist freiwillig; die
5 Schülerinnen werden für die Kurszeit vom Unterricht freigestellt. Die Kosten
6 trägt das Land.

7 Besonderer Wert ist auf praktische Übungen wie stabile Seitenlage, Herz-Lungen-
8 Wiederbelebung und den Umgang mit einem automatisierten externen Defibrillator
9 (AED) zu legen.

10
11 Schüler*innen erhalten eine anerkannte Teilnahmebescheinigung, die ggf. für
12 Führerscheinrelevanz oder andere Qualifikationen genutzt werden kann.

13 Schulen sollen ermutigt werden, in Verbindung mit den Kursen
14 Schulsanitätsdienste einzurichten oder auszubauen.

93A26

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 29.11.2025)

Titel: **Aufklärung statt Verharmlosung:
Antifaschismus ins Curriculum**

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2
3 Antifaschistische Bildung soll verpflichtender Bestandteil des Unterrichts an
4 allen berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein werden. Dies umfasst
5 mindestens ein Schulprojekt pro Jahrgang zu Faschismustheorie, NS-Geschichte,
6 aktuellen rechten Strukturen sowie zivilgesellschaftlichem Widerstand. Die
7 Umsetzung erfolgt im Rahmen des Politik-, Geschichte- oder Deutschunterrichts.

8 Die Schulprojekte sollen methodisch vielfältig gestaltet sein, z. B. durch
9 Workshops, Zeitzeug*innenberichte, Exkursionen, Rechercheprojekte,
10 Medienanalysen oder projektorientiertes Lernen.

11
12 Für die Durchführung sollen Kooperationen mit anerkannten Gedenkstätten,
13 Fachstellen gegen Rechtsextremismus, Initiativen der politischen Bildung sowie
14 zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglicht und gefördert werden.

93A27

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 29.11.2025)

Titel: Schule soll nicht schweigen lehren

Antragstext

1 Das LSP möge beschließen:

2
3 Das Land Schleswig-Holstein soll sich für ein volles Streikrecht für
4 Auszubildende einsetzen, auch im schulischen Kontext. Dazu gehören politische
5 Streiks (z. B. Klimastreiks), Solidaritätsstreiks sowie kollektive
6 Arbeitsniederlegungen bei Missständen in Betrieb oder Berufsschule. Bestehende
7 Repressionen gegen streikende Schüler*innen sind einzustellen.

8 Gewerkschaften und Jugendverbände sollen frühzeitig in die Ausgestaltung von
9 Informations- und Unterstützungsangeboten zum Streikrecht einbezogen werden.
10 Das Land wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für entsprechende Anpassungen
11 im Arbeits- und Berufsbildungsgesetz einzusetzen, um das Streikrecht für
12 Auszubildende klar und rechtssicher auszugestalten.

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 29.11.2025)

Titel: **Psychosozial Herausgeforderte nicht alleinlassen - Schulbegleitungen konzeptionieren!**

Antragstext

Das LSP möge beschließen:

1. Das GSP wird wie folgt geändert:

Es wird ein 9.13. im folgenden Wortlaut eingefügt:

"Wir fordern, dass das für Bildung zuständige Ministerium ein Landeskonzzept Schulbegleitung erarbeitet und sicherstellt, dass binnen zwei Monaten nach Bekanntwerden des Bedarfs eine Schulbegleitung zur Verfügung steht. Außerdem ist eine Härtefallreserve vorzuhalten, die bei dringendem Bedarf vorübergehend abgerufen werden kann."

2. Die derzeitige Situation im Bereich Schulbegleitung ist nicht hinnehmbar. Die Wartezeiten betragen standortabhängig bis zu einem Jahr. Die Folgen sind für die betroffenen Schüler*innen oft verheerend, da sich die Schwierigkeiten in der Schule in dieser Zeit intensivieren und nicht jedes Elternteil sein Kind in der Schule begleiten kann. Eine schnellere Versorgung ist daher unerlässlich.

- 17 3. Die fachliche Ausbildung der Schulbegleitungen lässt oft stark zu wünschen
18 übrig, selten sind hier tatsächliche Fachkräfte im Einsatz. Aufgrund des
19 Fachkräftemangels ist das nachvollziehbar, das für Bildung zuständige
20 Ministerium muss jedoch Fort- und Weiterbildungen für Schulbegleitungen
21 anbieten und sicherstellen, dass der Qualitätsstandard stets zunimmt.

93A31

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 29.11.2025)

Titel: **Tagesordnungspunkt: Revolution light**

Antragstext

Das LSP möge beschließen:

1. Wir fordern, dass an jeder Berufsschule ein Ausbildungsbeirat eingerichtet wird, in dem auch Schüler*innen mitwirken. Dieser Beirat soll regelmäßig tagen und eine beratende Funktion bei der Gestaltung und Reflexion von Praxisphasen, Curricularen Vereinbarungen, Kooperationsbetrieben und schulischen Rahmenbedingungen übernehmen.
2. Ebenfalls soll ein Ausbildungsrat gebildet werden, um beratend in den Diskurs über die Fachanforderungen in Zusammenarbeit mit dem Schleswig-Holsteinischen Institut für Berufliche Bildung (SHIBB) zu gehen und diese zu evaluieren. Hierfür soll mindestens ein *e Vertreter*in aus jeder Berufsschule an diesem Rat teilnehmen. Die Wahl dieses Vertreters soll durch Abstimmung der Schüler*innen Vertretung erfolgen.

93A32

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 29.11.2025)

Titel: **Statt Streikverbot: Streikverstehen**

Antragstext

Das LSP möge beschließen:

Wir fordern, dass jährlich ein verpflichtender ‚Gewerkschaftstag‘ an jeder Berufsschule eingeführt wird. In Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Interessenvertretungen sollen Schüler*innen an diesem Tag über ihre Rechte im Ausbildungs- und Arbeitsleben informiert und zum Mitwirken befähigt werden.

Neben Gewerkschaften sollen auch Auszubildendenvertretungen, Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV), Betriebsräte, Kammern sowie relevante zivilgesellschaftliche Akteur*innen beteiligt werden

Der Gewerkschaftstag ist dauerhaft im Schulprogramm zu verankern und als Bestandteil der politischen und arbeitsrechtlichen Bildung an berufsbildenden Schulen auszuweisen

93A33

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 29.11.2025)

Titel: Haushaltsplan statt Hausaufgaben

Antragstext

Das LSP möge beschließen:

1. Wir fordern, dass Alltagskompetenzen wie Steuererklärung, Mietrecht, Krankenversicherung, Verbraucherschutz und finanzielle Selbstorganisation verpflichtend in allen Bildungs- und Ausbildungsgängen behandelt werden. Dazu sollen entsprechende Module in bestehende Fächer integriert und oder eigenständig verankert werden.
2. Zusätzlich sollen Schulen Projektstage bezüglich dieser Themen oder anderer, von Schüler*innen, gewünschter Themen anbieten.

A1

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 29.11.2025)

Titel: **Schule vs. Umzugsunternehmen - Fester Raum für Bildung**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen:
- 2 Den Schüler*innen der berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein sollen
- 3 genügend Räumlichkeiten für den Unterricht zur Verfügung gestellt werden, sodass
- 4 jede Klasse einen festen Klassenraum erhält.
- 5 Zusätzlich möge beschlossen werden, dass im Falle von mehreren Standorten einer
- 6 Schule die Schüler*innen nur an einem Standort unterrichtet werden und nicht
- 7 pendeln müssen.

A2

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 29.11.2025)

Titel: **Ohne FLINTA* keine Demokratie – Zeit für echte Repräsentation!**

Antragstext

- 1 Das Landesschüler*innenparlament möge beschließen:
- 2 Das Landesvorstand wird beauftragt, ein umfassendes Konzept zur stärkeren
- 3 Einbindung von FLINTA*-Personen (Frauen, Lesbisch, inter, nicht-binäre, trans und
- 4 agender Personen) in die Arbeit der Landesschüler*innenvertretung zu entwickeln.
- 5 Dieses Konzept soll Maßnahmen enthalten, die sowohl kurzfristig die Teilhabe
- 6 erhöhen als auch langfristig eine paritätische Representation an allen Gremien
- 7 der Schüler*innenvertretung ermöglichen.
- 8 Der Landesvorstand wird zudem aufgefordert, dieses Konzept dem nächsten
- 9 Landesschüler*innenparlament zur Beratung und Abstimmung vorzulegen.

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 29.11.2025)

Titel: **Die "Shitshow BSK" beseitigen – Für eine demokratische Bundesarbeit**

Antragstext

1 Das Landesschülerparlament wolle beschließen,

2
3 Eine starke Präsenz über die eigene LSV hinaus, getragen durch starkes
4 Engagement und Arbeitseinsatz ist elementar, beim Streben nach einer
5 strukturierten, auf Austausch basierenden und demokratischen Bundesebene.

6
7 Dafür ist es nötig, bei diversen Thematiken innerhalb des eigenen Landes mit den
8 anderen LSVen in SH in einen konstruktiven Diskurs zu gehen, den aktiven
9 Austausch voranzutreiben und die generelle Zusammenarbeit zu stärken, um geeint
10 mit den diversen bildungspolitisch relevanten Interessensgruppen in den Diskurs
11 zu gehen und den Interessen der Schüler*innen besonderen Nachdruck zu verleihen.

12
13 Dieser Diskurs darf sich dabei nicht nur auf unser eigenes Land beschränken,
14 sondern muss stets genau so sehr mit den Schülergremien der anderen Bundesländer
15 stattfinden. Dabei ist es von höchster Relevanz, den konstruktiven Austausch,
16 das voneinander Lernen und die gemeinsame Beschlussfindung immer weiter
17 voranzutreiben. Genau so gilt es, gemeinsame Austauschgremien (wie bspw. die
18 Nordländertreffen) voranzutreiben, sich aktiv einzusetzen und den stets
19 produktiven Austausch möglichst vieler Meinungen zu sichern.

20
21 Neben dem direkten Austausch mit den Bundesländern, ist der letzte fundamentale

Bestandteil dieser Arbeit ein Landesübergreifendes Gremium, welches den gemeinsamen Austausch der einzelnen Länder fördert und dabei großen Wert auf eine gute Kommunikationskultur, klar geregelte Abläufe und hohe Transparenz legt.

Die LSV BS stellt fest, dass die Bundesschülerkonferenz (BSK) in ihrer aktuellen Form den Kriterien für ein Länderübergreifendes Gremium nicht gerecht wird. Die BSK ist geplagt von zahllosen internen Problemen und Zerrissenheit. Die allgemeine Kommunikationskultur innerhalb der BSK ist in vielen Bereichen extrem toxisch, in alt eingesessene Fraktionen zersplittert und insgesamt kein gutes Klima für jedwede Form von Gremienarbeit.

Basierend auf diesen Feststellungen wird der LSV-Vorstand damit beauftragt, ein Konzept zum Umgang konkreteren Verhalten der LSV BS auf LSV-übergreifender Ebene zu erarbeiten und dieses unabhängig von LAG Beschlüssen durchzusetzen.

Die LSV BS vertritt das erarbeitete Konzept in der LAG mit dem Ziel ein gemeinsamen Konsens zu finden der sich an das Konzept richtet.

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 29.11.2025)

Titel: **Tiermedizinischen Fachangestellten möchten in Pinneberg ihre Ausbildung beenden**

Antragstext

1 „Die LSV BS SH fordert, dass Auszubildende nicht ohne zwingende fachliche
2 Notwendigkeit zum Wechsel der Berufsschule verpflichtet werden. Wohnortnahe
3 Beschulung ist sicherzustellen, wie es der Koalitionsvertrag Schleswig-Holstein
4 vorsieht, der eine flächendeckende Bereitstellung von Ausbildungs- und
5 Beschulungsangeboten garantiert.

6 Ein verpflichtender Wechsel der Berufsschule führt für Auszubildende zu
7 erheblichen Nachteilen: längere Fahrtwege, steigende Fahrtkosten, Verlust des
8 vertrauten schulischen Umfelds, Wegfall etablierter Lernbeziehungen zu
9 Lehrkräften sowie die Zerstörung gewachsener Klassengemeinschaften.

10 Wenn die bisherige Schule – wie im Fall der Berufsschule Pinneberg –
11 nachweislich über die räumlichen, personellen und fachlichen Möglichkeiten
12 verfügt und die Schulleitung ihre Bereitschaft zur vollständigen Beschulung
13 mündlich bestätigt hat, muss diese Option auch ermöglicht werden.“

Dringlichkeitsantrag

Initiator*innen: Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen (dort beschlossen am: 28.11.2025)

Titel: Wir schultern eure Krisen nicht mit einem
Gewehr in der Hand!

Antragstext

1 Das Landesschüler*innenparlament möge beschließen:

2
3 Das Landesschüler*innenparlament spricht sich gegen die Wiedereinführung der
4 Wehrpflicht oder eines verpflichtenden Dienstjahres aus. Wir sehen dennoch die
5 gesellschaftliche Nöte für ein Pflichtjahr, wo man sich frei entscheiden kann, ob
6 man zur Bundeswehr, THW, in Krankenhäuser, Tierheime, etc. geht. Ein sogenanntes
7 Gessellschaftsliches Pflichtjahr. Die Debatte
8 findet weitgehend ohne unsere Beteiligung statt, deshalb wollen wir einen
9 Kompromiss zur Verfügung stellen. Außerdem finden wir auch, dass das Image der
10 Bundeswehr verbessert werden muss. Sie stehen bei Naturkatastrophen immer an
11 erster Stelle um zu helfen, dies muss deutlicher gezeigt werden um Jugendlicher
12 zu motiven dort hin zu gehen. In einer Zeit, in der Schulen unter steigenden
13 Belastungen leiden und Bildungspolitik vor großen Herausforderungen steht, wäre
14 eine Rückkehr zur Wehrpflicht ein Schritt in die falsche Richtung.

15 Die Auswirkungen eines verpflichtenden Dienstes auf Bildungswege wären groß.
16 Schülerinnen und Schüler, die ohnehin mit komplexen Übergängen zwischen Schule,
17 Ausbildung und Studium konfrontiert sind, würden ausgebremst und in ihren
18 Lebensentscheidungen eingeschränkt. Ausbildungs- und Studienstarts würden
19 verschoben, berufliche Orientierung verzögert und Qualifizierungsprozesse
20 unterbrochen. Gerade in einem Land, das unter massivem Fachkräftemangel leidet
21 besonders im Bildungswesen, in sozialen Berufen und in der Kinder- und
22 Jugendarbeit wäre dies ein volkswirtschaftlicher Rückschritt. Jeder verzögerte
23 Berufseinstieg bedeutet verlorenes Potenzial, geringere Produktivität und

24 verschärft den Druck auf ein ohnehin angespanntes Bildungssystem, das dringend
25 gut ausgebildete Fachkräfte braucht.

26 Statt junge Menschen in verpflichtende Strukturen zu drängen, braucht unsere
27 Gesellschaft ein Bildungssystem, das ihnen Freiheit, Orientierung und echte
28 Mitsprache ermöglicht. Politische Entscheidungen, die Jugendliche unmittelbar
29 betreffen, dürfen nicht über ihre Köpfe hinweg getroffen werden. Gerade bei so
30 tiefgreifenden Fragen wie Wehrdienst und Gesellschaftsjahr muss die Stimme der
31 Jugend nicht nur gehört, sondern verbindlich einbezogen werden. Schulen sollten
32 Orte sein, an denen junge Menschen lernen, Verantwortung zu übernehmen, nicht
33 Orte, an denen ihnen diese Verantwortung in Form von Zwang auferlegt wird.

34 Hinzu kommt, dass die psychischen Belastungen unter Schüler*innen in den
35 vergangenen Jahren deutlich zugenommen haben. Leistungsdruck, Unsicherheiten
36 über die Zukunft, gesellschaftliche Krisen und fehlende Unterstützungssysteme
37 führen zu einem hohen Bedarf an Beratung und mentaler Stabilität. Die Aussicht
38 auf eine staatliche Verpflichtung nach dem Schulabschluss schafft zusätzliche
39 Sorgen und nimmt vielen Jugendlichen das Gefühl, ihre Zukunft selbst gestalten
40 zu können. Anstatt neue Pflichten einzuführen, braucht es einen deutlichen
41 Ausbau psychologischer und sozialpädagogischer Unterstützung an Schulen, mehr
42 Prävention, mehr Zeit für mentale Gesundheit und mehr Verständnis für die
43 Lebensrealität junger Menschen.

44 Ein modernes Bildungssystem muss junge Menschen stärken, ihnen Vertrauen
45 schenken und ihnen die Freiheit geben, ihren Weg selbst zu wählen. Eine
46 Wehrpflicht jedoch drückt genau in die entgegengesetzte Richtung: Sie beschränkt
47 Chancen, bremst Bildungswege aus, verstärkt Druck und bindet Ressourcen, die an
48 Schulen dringend fehlen.

49 Das Landesschüler*innenparlament setzt deshalb ein klares Zeichen: Die Zukunft
50 der Jugend sollte nicht in verpflichtenden Dienstmodellen gesucht werden,
51 sondern in einer starken, unterstützenden und demokratischen Bildungspolitik,
52 die junge Menschen ernst nimmt, stärkt und ihnen echte Perspektiven eröffnet.